Stadt Bern
Stadtrat

Genehmigt: 24.04.2025

Protokoll 04

Stadtratssitzung
Donnerstag, 27.02.2025, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll mit Audio beachten Sie unser Audioprotokoll auf der Website.

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr 3
2024.SR.0254 4
1 Begrüssung und Mitteilungen
2024.TVS.0236 5
2 Ersatzbeschaffung Hakenfahrzeug; Kredit
2023.TVS.0192 6
3 Sanierung Zugang RBS-Station Felsenau: Projektierungs- und Ausführungskredit
2022.TVS.000043 8
4 Neubau Haltestelle Guisanplatz; Ausführungskredit (Anteil Stadt Bern)
2024.TVS.0293 14
5 Tiefbauamt (Dienststelle 510); Nachkredit zum Globalbudget 2024
2023.SK.0150 15
6 Volksinitiative "Verkehrsmonster Wankdorf stoppen – kein Mehrverkehr durch Nationalstrassenprojekte"
2024.SR.0214 20
7 Interpellation Michael Ruefer (GFL): Neuordnung Allmenden: Unterirdische Parkierung als Prämisse für neue YB-Trainingsfelder und Ausbau Anschluss Wankdorf?
2015.SR.000216 25
8 Postulat Fraktion GB/JA! (Seraina Patzen, JA!/Franziska Grossenbacher, GB) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Gesamtnutzungskonzept für den öffentlichen Raum in der Innenstadt
2024.PRD.0052 28
9 Sportplatz Steigerhubel: Erweiterung Garderobengebäude; Projektierungs- und Baukredit
2024.SR.0115 33
10 Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, GFL (Lea Bill, GB/Mahir Sancar, JA!/Dominik Nellen, SP/Michael Burkard, GFL): Es braucht eine Unterscheidung zwischen kommerziellen und ideellen Flyern
Schluss der Sitzung: 19.01 Uhr. 35
Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:20 Uhr 36
2024.SR.0115 37

10 Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, GFL (Lea Bill, GB/Mahir Sancar, JA!/Dominik Nellen, SP/Michael Burkard, GFL): Es braucht eine Unterscheidung zwischen kommerziellen und ideellen Flyern
2024.SR.0114 44
11 Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, GFL (Lea Bill, GB/Mahir Sancar, JA!/Dominik Nellen, SP/Michael Burkard, GFL): Unterschriftensammeln im öffentlichen Raum grundsätzlich ermöglichen
2024.SR.0066 45
12 Interpellation Nik Eugster (FDP), Florence Pärli (JF): Neue Organisationsverordnung: Ist die Zuteilung der Aufgaben auf die einzelnen Direktionen ausgewogen?
2024.SR.0050 45
13 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz /Thomas Glauser, SVP): Provisorium Volksschule Kirchenfeld im Gaswerkareal: Verbesserung der Schulwegsicherheit: Bau eines Brückenprovisoriums unten an der Aare, um den Zugang zum Provisorium zu verbessern! Der Gemeinderat habe bei der Armee und den zuständigen kantonalen Stellen abzuklären, unter welchen Voraussetzungen dies möglich wäre
2016.BSS.000084 47
14 Rasensportstrategie der Stadt Bern 2024
2024.SR.0109 54
15 Motion Niklaus Mürner/Alexander Feuz (SVP): Sportförderung, Erhalt aller Sportflächen
2023.SR.0232 59
16 Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA): Das Partizipationsreglement der Stadt Bern den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen – Menschen mit S-Ausweis sowie Asylsuchenden eine Stimme geben!
Verschoben und eingereicht 65
Schluss der Sitzung: 22.22 Uhr. 66

Anwesenheit in der Sitzung von 17:00 bis 19:00 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Mirjam Arn
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Lea Bill
Gabriela Blatter
David Böhner
Laura Brechbühler
Michael Burkard
Carola Christen
Francesca Chukwunyere
Laura Curau
Nik Eugster
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Sofia Fisch
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Thomas Glauser
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Barbara Keller
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Denise Mäder
Esther Meier
Matteo Micieli
Szabolcs Mihàlyi
Tanja Miljanovic
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Mirjam Roder
Sarah Rubin
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Markus Zürcher

Stadtrat entschuldigt

Nadine Aebischer
Lena Allenspach
Emanuel Amrein
Laura Binz
Sibyl Eigenmann
Fuat Köçer
Helin Genis
Muriel Graf
Nora Joos
Ingrid Kissling-Näf
Nora Krummen
Salome Mathys
Mehmet Özdemir
Simone Richner

2024.SR.0254

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsident: Geschätzte Anwesende, es ist Zeit zum Starten. Ich bitte euch, Platz zu nehmen und den Geräuschpegel auf das Niveau herunterzufahren, auf das wir uns geeinigt haben. Ich gebe die Entschuldigungen bekannt. Ihr werdet anhand der Liste merken, dass die Grippe umgeht. Für beide Sitzungen entschuldigt hat sich Nora Joos (JA). Von der SP für beide Sitzungen entschuldigt sind Nadine Aebischer, Ingrid Kissling-Näf, Helin Genis und Nora Krummen. Von der GLP entschuldigt ist Salome Mathys. Von der FDP entschuldigt ist Simone Richner. Für die erste Sitzung entschuldigt haben sich Fuat Köçer, SP, und Ursula Stöckli, FDP. Für die zweite Sitzung entschuldigt hat sich Nik Eugster, FDP. Ein bisschen später – nein, er ist im Saal, er kommt nicht ein bisschen später – Thomas Hofstetter. Schön bist du da. Wir haben auch heute keine Rücktritte und entsprechend auch keine neuen Ratsmitglieder. Man soll Leuten nicht zu früh zum Geburtstag gratulieren, aber morgen werdet ihr Corina Liebi zu einem runden Geburtstag gratulieren können. Und am Samstag wird Nadine Aebischer Geburtstag haben.
Zu den Mitteilungen: Ihr habt die Einladung bekommen. Heute in der Ratspause findet der Infoanlass von Bernmobil statt. Die Büromitglieder werden leider nicht daran teilnehmen können, weil die Sitzung des Ratsbüros stattfindet.
Wir haben heute während der ersten Sitzung eine Fotografin hier im Saal, die Fotos von unterschiedlichen Personen machen wird. Das ist mit uns so abgesprochen. Falls ihr es noch nicht gemacht habt, denkt daran zu badgen. Und beim Einreichen der Vorstösse ist es wie immer: Die dringlichen bis 21.00 Uhr, die nicht dringlichen bis 21.30 Uhr. Und ihr erlaubt mir wie immer den Hinweis, dass ihr dem Büro einen Gefallen tut, wenn ihr möglichst früh mit euren Sachen nach vorne kommt. Das wären die Mitteilungen gewesen. Wir können somit mit der Sitzung anfangen. Und wir befinden als erstes über den Ordnungsantrag, die Traktanden 17, 18 und 19 auf eine spätere Sitzung zu verschieben. Wir stimmen über den Ordnungsantrag ab.

Ordnungsantrag 1
Simone Richner, FDP
Die Traktanden 17, 18 und 19 seien auf eine spätere Sitzung zu verschieben.

Abstimmung Nr. 004

2024.SR.0254: Ordnungsantrag 1	
Annahme	
Ja	43
Nein	4
Enthalten	4

Präsident: Ihr habt den Ordnungsantrag angenommen.

2024.TVS.0236

2 Ersatzbeschaffung Hakenfahrzeug; Kredit

Präsident: Wir kommen somit zum Traktandum Nummer 2. Das ist ein Sachgeschäft ohne Referendum. Es geht um die Ersatzbeschaffung eines Hakenfahrzeuges bzw. den Kredit dafür, und ich erteile das Wort dem Sprecher der PVS, Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Kommission: Ich darf euch heute ein Geschäft vorstellen, in dem es darum geht, dass für Entsorgung und Recycling ein Ersatzfahrzeug besorgt wird, um die Container des unterirdischen Recyclings, aber auch weiterer Standorte regelmässig leeren zu können. Die Stadt betreibt derzeit zwei solche Fahrzeuge; darunter eines, das am Ende seiner Nutzungsdauer angelangt ist und im Übrigen auch noch mit Diesel betrieben wird. Es geht also darum, dafür Ersatz zu beschaffen. Die Idee ist ein Elektrofahrzeug zu beschaffen, wobei die Mulde des bestehenden Fahrzeugs weitergebraucht werden kann. Die Ladeinfrastruktur für den neuen Elektrowagen existiert ebenfalls. Das Fahrzeug soll etwa 2026 geliefert werden. Die Beschaffung kostet die Stadt Bern 850'000 Franken. Das klingt nach einem namhaften Betrag und ist in der Kommission auch durchaus kontrovers diskutiert worden. Ebenfalls ist diskutiert worden, ob es wirklich die Aufgabe der Stadt ist, diese Recyclingentsorgung selbst zu organisieren oder ob man das nicht an Private übergeben könnte. Für eine Minderheit der Kommission wäre das eben der Fall. Ebenfalls hat die Minderheit die Ansicht geteilt, dass elektrische LKWs Stand heute noch zu teuer seien. Die Kommissionsmehrheit hat dann aber aufgrund von drei Argumenten Ja gesagt zu diesem Kredit: Erstens, weil die Stadt Bern mit eigenen Fahrzeugen gemäss Angaben der Verwaltung tatsächlich um einiges günstiger fährt, als wenn Private das Recycling abholen würden. Zweitens sind die Fahrzeuge, die man heute hat, schon sehr gut ausgelastet. Drittens kann sie die Stadtverwaltung auch sehr flexibel einsetzen, wenn zum Beispiel an einem schönen Sommertag ein Container im Marzili dringend geleert werden muss. Deshalb empfiehlt euch die PVS mit 7 zu 1 bei einer Enthaltung, den Kredit anzunehmen.

Präsident: Vielen Dank, Dominik. Gibt es bei diesem Geschäft Diskussionsbedarf? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Will Gemeinderat Matthias Aebischer etwas zum Geschäft sagen? – Er verzichtet auf sein Votum. Dann frage ich, ob das Geschäft bestritten ist. – Es ist bestritten. Dann stimmen wir darüber ab. Wer dem Kredit zustimmen will, stimmt grün, wer ihn ablehnt, stimmt rot oder sonst enthaltet ihr euch.

Abstimmung Nr. 005

2024.TVS.0236	
Annahme	
Ja	49
Nein	8
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Kredit zugestimmt.

2023.TVS.0192

3 Sanierung Zugang RBS-Station Felsenau: Projektierungs- und Ausführungskredit

Präsident: Dann sind wir bereits beim Traktandum Nr. 3. Auch das ist ein Sachgeschäft ohne Referendum. Es geht um die Sanierung des Zugangs zur RBS-Station Felsenau, einen Projektierungs- und Ausführungskredit. Hier hat für die Kommission PVS das Wort Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Kommission: Die Kommission hat sich mit diesem Geschäft ziemlich intensiv beschäftigt, also mit dem Plan der Sanierung und dem Zugang zur RBS-Station Felsenau. Alle PVS-Vertreter*innen sind sich dort auch einig gewesen: Die Sanierung ist dringend und notwendig. Darum haben wir auch ein kurzes Votum beschlossen. Die Schäden sind sehr erheblich und während der Hauptinspektion 2021 wurden gravierende Mängel festgestellt. Dazu gehören Korrosion, eindringende Feuchtigkeit, fehlende Abdichtungen und statische Schwachstellen. Besonders betroffen ist die Zwischenplattform, die sich die Stadt Bern und RBS teilen. Und das ist auch der einzige Ort, wo wir noch Geld zusätzlich bekommen, und zwar 100'000 Franken von der RBS. Ohne Sanierung wäre eine Sperrung Ende Jahr unausweichlich. Die Dringlichkeit ist also unbestritten. Trotzdem gibt es einen Punkt, der sehr ärgerlich ist und der in der Kommission sehr kontrovers diskutiert worden ist. Und das ist, dass das Bauwerk ursprünglich im Auftrag des Kantons erstellt wurde. Aber aufgrund der abgelaufenen Garantie trägt jetzt die Stadt Bern die Hauptkosten, abzüglich die 100'000 Franken. Mangelhafte Planung und Baumängel aus der Vergangenheit liegen jetzt allein in der Verantwortung der Stadt. Juristisch gibt es daran gar nichts zu rütteln, politisch ist das aber äusserst unbefriedigend. An dem Geschäft kann man positiv hervorheben, dass es doch ziemlich nachhaltig umgesetzt wird, und zwar von der Stadt Bern. Statt einen Neubau zu machen, wird die bestehende Stahlstruktur weiterverwendet. Der neue Faserbeton spart Gewicht und Material. Das Beleuchtungskonzept ist in Zusammenarbeit mit Sicherheits- und Fachstellen verbessert worden. Dazu kommt noch eine Reihe von anderen kleinen Anpassungen. Die Kommission empfiehlt euch einstimmig, das Geschäft zu anzunehmen. Eine Sperrung wäre für die betroffenen Quartiere schlicht nicht tragbar.

Präsident: Vielen Dank. Ich frage auch hier schnell, ob es Diskussionsbedarf gibt. Du möchtest gerne ein Fraktionsvotum halten. Dann können sich auch weitere Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher anmelden und dann kann für die Fraktion GFL Tanja Miljanovic noch das Fraktionsvotum machen.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Die Sanierung ist, wie gesagt, dringend. Die Schäden an der RBS-Station Felsenau sind wirklich gravierend, sodass man sehr rasch handeln muss. Sonst würde sie Ende Jahr gesperrt werden. Und die Stadt Bern wird wie immer ihre Verantwortung übernehmen. Davon gehe ich hier stark aus. Sie wird bezahlen, reparieren und dafür sorgen, dass die Bevölkerung sich auf dem Berner Stadtboden sicher bewegen kann. Die Fraktion GFL stösst sich aber extrem an der Geschichte hinter dieser Sanierung. Der Kanton bestellt das Bauwerk, plant, bezahlt. Und jetzt, nicht einmal 20 Jahre später, und das muss man sich bei einem Bauwerk einmal vorstellen, fällt das Stück fast auseinander. Und eben, es handelt sich nicht um Alterserscheinungen oder einfach reguläres Altern, sondern um handfeste Planungs-

und Baufehler. Und wer zahlt? Natürlich die Stadt Bern. Noch schlimmer ist einzig, dass es sich hier aus unserer Sicht nicht um einen isolierten Einzelfall handelt, sondern lediglich um einen weiteren Akt in einem eigentlich altbekannten, intransparenten und asymmetrischen Spiel. Der Kanton wäre eigentlich verantwortlich, aber die Stadt zahlt. Ob das jetzt bei den Kitas ist, bei der Obdachlosenhilfe, im Migrationsbereich oder wie jetzt hier in der Infrastruktur, springt die Stadt immer dort ein, wo sich der Kanton – und manchmal habe ich fast das Gefühl – vermutlich ein bisschen bewusst – der Verantwortung entzieht. Und nicht selten zahlt die Stadt Bern nicht nur im Voraus, wie oft im Migrationsbereich, sondern auch noch obendrauf. Wie die zwei Standards von Kanton und Stadt aussehen können, werden wir später wunderbar an der Haltestelle Guisanplatz sehen, wie Michael Ruefer nachher ausdeutschen wird. Gleichzeitig, und das ist doppelt ärgerlich, hören wir ständig von den Bürgerlichen im Kanton wie auch hier in der Stadt, dass die Stadt Bern ausgabenfreudig sei und nicht mit Geld umgehen könne. Das ist absolut ein Witz. Die GFL-Fraktion überlegt sich darum, einen Vorstoss einzureichen, um endlich Transparenz in diese juristisch zwar korrekten, aber gesellschaftlich und finanzpolitisch fragwürdigen Gewässer zu bringen. Es kann nämlich nicht sein, dass die Stadt immer wieder als Korrektur für die Versäumnisse des Kantons herhalten muss. Die Sanierung des Felsenauzugangs steht natürlich ausser Frage. Eine Sperrung ist keine Option. Aber wir erwarten vom Kanton endlich mehr Verantwortung. Wir erwarten Baustandards, die länger halten als zwei Jahrzehnte. Und wir erwarten Transparenz bei den Leistungen, und zwar bei allen.

Präsident: Vielen Dank. Jetzt habe ich keine weiteren Anmeldungen für Fraktionsvoten. – Gibt es zu diesem Geschäft Einzelvoten? – Das ist auch nicht der Fall. Dann hat das Wort für den Gemeinderat, Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Alle, die schon einmal hinter der RBS-Station Felsenau den Lift oder eine Treppe benutzt haben, wissen: Die Verbindung ist eigentlich sehr bequem, aber sie gibt einem nicht ein wahnsinnig gutes Gefühl. In der Nacht ist sie sogar unheimlich. Es ist nicht praktisch, sie zu benutzen. Höchste Zeit also, die Treppen und den Lift zu sanieren und mit einem anständigen Licht- und Gestaltungskonzept zu bestücken. Wenn wir das nicht mehr dieses Jahr machen, müssen wir den Durchgang auch sperren. Gebaut wurde der Zugang, ihr habt es von der Kommissionssprecherin gehört, vom Stauwehrrain hinauf auf die Tiefenaustrasse 1974. 30 Jahre später, eben im Jahr 2004, sind die Plattform, der Lift und der Treppenturm dazugekommen. Aber ehrlich gesagt: Das, was man gemacht hat, entspricht nicht dem, was auf dem Plan war. Die Abdichtungen fehlen zum Beispiel, das Entwässerungskonzept ist ungenügend und auch die Abdeckung mit Granitplatten funktioniert nicht richtig. Auch das habt ihr von der Kommissionssprecherin gehört. Die Bauarbeiten vor 20 Jahren lassen also zu wünschen übrig. Die 10-jährige Garantiefrist ist abgelaufen und es kann niemand mehr haftbar gemacht werden. Die Tragkonstruktion, das Zwischenpodest, der Treppenturm oder der Liftzugang müssen zwingend saniert werden – ich habe es gesagt – noch in diesem Jahr. Im Sommer möchte man starten. Etwa vier Monate hat man vor zu bauen. Und dann sollte die neue Struktur ungefähr für die nächsten 35 bis 40 Jahre wieder sicher sein. Ursprünglich hat man mit etwas weniger Aufwand gerechnet. Weil man jetzt aber aus ökologischen Gründen und im Sinn der Kreislaufwirtschaft die Stahl-, Beton- und Natursteinelemente nicht entsorgt, sondern aufbereitet, wird das Ganze etwas teurer. 1,129 Mio. Franken ist der Ausführungskredit, den wir beantragen. Ich bitte euch, dem zuzustimmen, sodass wir im Sommer anfangen können zu bauen.

Präsident: Vielen Dank. Die Frage ist auch hier: Ist der Kredit bestritten? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir das Geschäft einstimmig verabschiedet. Vielen Dank.

Stillschweigende Annahme.

2022.TVS.000043

4 Neubau Haltestelle Guisanplatz; Ausführungskredit (Anteil Stadt Bern)

Präsident: Das ist ein Sachgeschäft mit fakultativem Referendum. Es geht um einen Neubau der Haltestelle Guisanplatz bzw. um den Ausführungskredit zu diesem Geschäft. Ich erteile das Wort für die PVS, Jelena Filipovic.

Jelena Filipovic (GB) für die Kommission: Ich werde das Votum für Nora halten, die heute leider nicht da sein kann. Darum wird das Votum auch auf Hochdeutsch gehalten. Die PVS-Kommission empfiehlt euch einstimmig, den Ausführungskredit zum Neubau der Haltestelle Guisanplatz anzunehmen. Die Kommission unterstützt die geplanten Massnahmen im Bereich Veloinfrastruktur, Klimaanpassung und Optimierung der ÖV-Verbindungen. Sie erachtet es als sinnvoll, dass neu die bestehende Guisanplatz-Haltestelle nur noch bei Grossveranstaltungen wie der BEA, den Swiss Skills, den SCB- oder den YB-Spielen verwendet wird, und ansonsten die Besuchenden von der Papiermühlestrasse auf das Festgelände gelangen. In der Kommission wurden verschiedene Themen diskutiert; einerseits, wie viel klimawirksame Fläche gemäss dem Klimaanpassungsreglement durch das Projekt realisiert werden kann. Die Entsiegelung des Aussenbereichs in der Mingerstrasse und die Neupflanzung von 17 Bäumen generieren 1200 Quadratmeter klimawirksame Fläche. Dies entspricht ca. 9% des jährlichen Ziels des KR (Klimareglement). Andererseits wurde thematisiert, wieso kein Hollandknoten umgesetzt wird, sondern eine Veloführung namens Indirektes Linksabbiegen. Die Verwaltung argumentiert, dass der Knoten sich nicht optimal für die Umsetzung eines Hollandknotens eignet, da der ÖV über die Kreuzung verläuft und gegenüber den Velofahrenden Vortritt hat. Zudem ist der Kanton als Grundeigentümer im Lead bei der Gestaltung der Verkehrsfläche. Eine Mehrheit der Kommission erachtet die Erläuterung der Verwaltung als schlüssig. Zur Verbesserung der Veloführung überwies eine Mehrheit der Kommission zwei Anträge zur Optimierung der indirekten Linksabbiege und der einmündenden Velostreifen. Der PVS-Antrag Nr. 1 beantragt, dass die Velofahrenden beim indirekten Linksabbiegen von der Rodtmattstrasse in die Papiermühlestrasse Nord keinen Zwischenhalt auf der Kreuzung machen müssen und die Ampeln entsprechend geschaltet werden. Der PVS-Antrag Nr. 2 beantragt, dass stadteinwärts auf der Papiermühlestrasse Süd Land vom Bund erworben wird, um einen breiteren Velostreifen gemäss dem Masterplan Veloinfrastruktur auf dieser viel genutzten Hauptroute zu ermöglichen. Eine Mehrheit der Kommission empfiehlt euch, die zwei Anträge anzunehmen, um den Velofahrenden ein sicheres und effizientes Kreuzen beim Guisanplatz zu ermöglichen. Zusätzlich zu den Themen Klimaanpassung und Veloinfrastruktur wurde der Umgang mit kommerzieller Werbung im öffentlichen Raum in der PVS diskutiert. Eine Minderheit der Kommission erachtet es als unsinnig, neue Reklameflächen im öffentlichen Raum aufzustellen respektive bei Projekten einzuplanen, obwohl der Stadtrat entschieden hat, kommerzielle Werbung im öffentlichen Raum einzuschränken. Eine Minderheit der Kommission beantragt deshalb, auf die sieben neuen, grossformatigen

Plakatstandorte, welche an der Mingerstrasse projektiert sind, zu verzichten. Dies ist entsprechend der Antrag Nummer 3.
Ich würde sonst noch das Fraktionsvotum anhängen. Die GB/JA-Fraktion begrüsst es, dass der Guisanplatz neugestaltet wird, 17 neue Bäume und 1'200 Quadratmeter klimawirksamer Fläche realisiert werden. Das ist ein grosser Schritt nach vorne. Es ist dringend notwendig, dass der öffentliche Raum grüner und versickerungsfähiger wird, um städtische Hitzeinseln zu vermeiden. Gut ist auch, dass das Projekt nicht nur Klimaanpassungsmassnahmen enthält, sondern den Velos mehr Platz gibt, und das auf Kosten des MIV. Somit kann auch die Mobilitätswende etwas weiter vorangetrieben werden. Wir hoffen, dass die 20 Fahrzeuge pro Stunde, welche die Stosszeiten aktuell von der Rodtmattstrasse rechts in die Papiermühlestrasse Süd abbiegen, zukünftig nicht mehr verkehren. Damit Velofahren sicher und attraktiv ist, muss die notwendige Infrastruktur gebaut werden, und Raum, welcher noch viel zu oft dem MIV gehört, neu grossflächig den Fussgänger*innen und den Velofahrenden zugewiesen werden. Wir sehen es als eine verpasste Chance, dass die Stadt gemeinsam mit dem Kanton am Guisanplatz kein Pilotprojekt für einen Hollandknoten realisiert. Der Guisanplatz ist nämlich gemäss dem städtischen Masterplan Veloinfrastruktur eine geeignete Kreuzung für einen Hollandknoten. Wir verstehen, dass wegen des Trams die Kreuzung nicht optimal ist. Aber wenn wir in allen Bereichen der Mobilitätswende den perfekten Moment abwarten, dann sind wir bis 2050 nie und nimmer fertig. Schliesslich ist ja gerade der Sinn eines Pilotprojekts, neue Erfahrungen zu sammeln. Dies geschieht bei einer Kreuzung ohne, aber eben auch mit Tram und wenig Platz. Auch wenn das Projekt nicht das ganze Potenzial im Bereich Veloverkehr ausschöpft, stimmt die GB/JA-Fraktion zu. Die Gleise müssen saniert werden, die Stadt hat nicht viel Entscheidungskompetenz, es wird entsiegelt und die Variante Indirektes Linksabbiegen ist besser als der Status quo. Die drei PVS-Anträge nehmen wir allesamt an. Zum Antrag 2 noch kurz etwas: Es ist wichtig, dass die Stadt Bern beim Bund prüft, ob gewisse Parkplätze aufgehoben werden können, um einen breiteren Velostreifen hinter den Alleebäumen stadteinwärts in der Papiermühlestrasse Süd zu ermöglichen. Schon heute fahren viele Velofahrende mit oder ohne Kinder über den Parkplatz, da dies sicherer und angenehmer ist, als zwischen Radstreifen und Auto eingequetscht zu werden. Zum Antrag 3: Die GB/JA-Fraktion fordert, dass bei allen Projekten keine neuen Werbetafeln mehr eingeplant werden. Es ist nicht sinnvoll, Geld in grossformatige Plakatstandorte zu investieren und diese nach dem Auslaufen der Werbekonzessionen wieder abzubauen. Der Stadtrat hat sich gegen kommerzielle Werbung im öffentlichen Raum ausgesprochen. Dies soll konsequent bei allen Projekten so umgesetzt werden. Laut Verwaltung sollte das neue Reglement in eineinhalb Jahren vorliegen; dies während der Bauphase der Umgestaltung des Guisanplatzes. Die Werbetafeln werden also erstellt, wenn das neue Reglement bereits in Kraft ist. Darum würden wir euch nahelegen, auch diesen Antrag zu unterstützen. Besten Dank.

Präsident: Merci, Jelena. Ihr könnt euch anmelden für weitere Fraktionsvoten. Dann gebe ich als erstes das Wort für die Fraktion GFL an Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Fraktion: Ich sage etwas zu unserer Haltung bezüglich der Anträge. Wir nehmen die beiden PVS-Anträge an und lehnen den Minderheitsantrag ab. Noch etwas zum Inhalt dieses Projekts: Die direktere Tramverbindung entspricht einer langjährigen Forderung notabene aus dem Quartier und von den Veranstaltern und allen Organisationen in diesem Perimeter und sicher auch von Bernmobil und vom Kanton und von der Stadt. Dementsprechend ist es natürlich sehr positiv zu werten,

dass man jetzt zu einem Bauprojekt oder Realisierungsprojekt kommt. Trotzdem, und ich lehne mich hier auch ein wenig an das Votum von Jelena an, gibt es ein paar Wermutstropfen zu erwähnen. Es wird im Vortrag ausgeführt. dass der Knoten durch die direktere Tramverbindung entlastet wird. Das ist grundsätzlich gut – das steht auch im Vortrag – für alle Verkehrsteilnehmenden. Wer will das schon nicht. Und gleichzeitig ist das eben auch der Punkt – wenn man vom reibungslosen Betrieb dieses Knotens liest –, bei dem man vielleicht etwas hellhörig werden muss. Denn, man sieht ganz deutlich, dass es auf diesem Teil der Strasse, der dem Kanton gehört, notabene die Mingerstrasse, keine MIV-Spurumverteilung gibt. Es gibt also weiterhin eine Spur, die geradeaus führt. Und dann kann man nach links und rechts abbiegen. Und ich hatte kurz Kontakt mit dem Oberingenieur der Region. Es ist ganz klar, dass der Kanton einfach sagt: Wir erwarten mehr Verkehr, notabene via Eventstrasse und Anschluss Wankdorf, und darum muss man die Kapazität dort sicherstellen. Und das ist sicher nicht das, was wir wollen und was wir als stadtverträgliche Mobilität akzeptieren können. Und in diesem Zusammenhang, weil es eben die Spurumverteilung nicht gibt, muss man Abstriche beim Velostandard machen. Und da gibt es jetzt am Guzisanplatz neu ein totales Jekami. Wenn man von der Rodtmattstrasse in die Papiermühlestrasse Süd, also Richtung Rosengarten, abzweigt, dann hat man neu eine saubere Lösung. Man kann quasi am Knoten vorbeifahren mit dem Velo. Gleiches gilt für Wankdorf-Center Richtung Rodtmattstrasse. Das ist ja heute schon ein bisschen so. Es wird noch optimiert. Aber überhaupt nicht befriedigend ist es, wenn man von der Mingerstrasse Richtung Wankdorf-Center fahren will. Dort wird man, wenn man geradeausfährt, von den rechtsabbiegenden Autos fast überfahren. Das ist ungefähr vergleichbar mit der Lorrainebrücke. Und das Gleiche gilt von der Papiermühlestrasse Süd, vom Rosengarten, am Novotel, Ibis-Hotel vorbei, Richtung Mingerstrasse. Dort muss man sich weiterhin auch am MIV, der geradeausfahren oder rechtsabbiegen will, vorbeikämpfen. Man hat dort keine saubere Velolösung hingebracht, und das ist sicher nicht die Schuld der Stadt. Das hat Jelena schon ausgeführt, dass man dort nicht weitergekommen ist. Fazit: Das Projekt ist okay, aber es wäre sicher mehr möglich. Es müsste aus Sicht der Ambitionen der Stadt Bern auch mehr möglich sein in Zukunft. Und die Stadt sollte sich in Zukunft genau überlegen, ob sie weiterhin solche Lösungen mit einem Kredit von 3,6 Millionen mitfinanzieren möchte, wenn ihre eigenen Standards nicht eingehalten werden.

Präsident: Merci, Michael. Dann hat als nächstes das Wort für die Fraktion SP/JUSO, Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Die SP/JUSO-Fraktion wird dem Ausführungskredit zustimmen, ebenso den PVS-Anträgen 1 und 2. Beim Antrag 3 der PVS-Minderheit haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Ich kann der Kritik meiner Vorredner*innen, Michael und Jelena, zustimmen, was den Kanton angeht. Aber ich muss auch sagen: Es ist so, wie es ist. Die Stadt muss mit kleinen Schritten vorwärts gehen. Darum ist aus unserer Sicht mit diesem vorgelegten Bauprojekt ein guter Fortschritt bei diesem Verkehrsknotenpunkt gemacht. Mit diesen 3,6 Millionen Franken könnte man sicher auch mehr machen. Aber mit dem, was uns jetzt vorgelegt ist, wird der öffentliche Strassenraum viel besser genutzt. Der öffentliche Verkehr wird zuverlässiger, ein bisschen schneller und somit attraktiver. Das Gleiche gilt für die Velowege. Sie werden breiter und bequemer und die Kapazität des ganzen Knotens wird auch erhöht. Und dazu gehören noch in diesen 3,6 Millionen Franken die Entsiegelung der Flächen und die Pflanzung neuer Bäume auf diesem stark versiegelten Guisanplatz. Es wird im Quartier ei-

nen Raum geben, der belebbarer ist und auch nutzbarer. Die Prüfung weiterer Verbesserungsmöglichkeiten für den Veloverkehr unterstützen wir, so wie es in den Anträgen 1 und 2 dargelegt ist. Und es wird ja noch weitergehen mit den Verbesserungen, denn der Masterplan Veloinfrastruktur geht ja noch bis 2030 und auch weiter. Was den Antrag 2 angeht, hoffen wir auf die Einsicht und Kooperation der Grundeigentümerschaft, denn es ist auch in ihrem Interesse, dass die Bevölkerung sicher und bequem von A nach B kommt. Zum Antrag 3 der PVS-Minderheit gab es bei uns einiges zu diskutieren. Ein Teil unserer Fraktion ist der Meinung, dass zuerst das Reglement vorliegen muss, bevor ein Verbot für kommerzielle Werbung im öffentlichen Raum umgesetzt wird. Denn ein Vorstoss ist noch kein Reglement. Ein anderer Teil der Fraktion ist der Ansicht, dass während eines Bauprojekts eine Aufhebung und Umnutzung geprüft werden und unter Umständen auch umgesetzt werden können. Darum haben wir dort Stimmfreigabe und sind uns da noch nicht ganz einig.

Präsident: Merci vielmals, Timur. Als nächstes hat das Wort für die Fraktion FDP, Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP stimmt dem Kredit grundsätzlich zu. Wichtig für uns ist, dass der Guisanplatz gemäss dem Konzept der Superblocks, gemäss dem der Verkehr auf die Hauptverkehrsstrasse geleitet wird, auch weiterhin seine Funktion als Hauptverkehrsknotenpunkt haben kann, der in Zukunft von der Verkehrsnutzung dominiert wird. Die Massnahmen zur Attraktivitäts- und Qualitätssteigerung für den Fuss- und Veloverkehr sowie die Aufwertung des öffentlichen Raumes und die Klimaschutzmassnahmen erachten wir als vernünftig. Weiter begrüssen wir, dass die Stadt ganzheitlich denkt und die Sanierung nutzt, um gleichzeitig an der Papiermühlestrasse eine neue Mischwasserableitung zu verlegen. Weiter vertrauen wir der Verwaltung, die uns glaubhaft erläutert hat, dass es nur ganz wenige Verkehrsteilnehmende gibt, die von der Rodtmattstrasse rechts nicht in die Papiermühlestrasse einbiegen können, und es darum kein Problem ist, dass das Rechtsabbiegen wegfällt. Zu den Anträgen: Antrag 1 stimmen wir zu. Antrag 2 ist einfach sinnlos, weil man dort die Verwaltung bemüht, Verhandlungen aufzunehmen, von denen man schon von Anfang an weiss, dass der Grundbesitzer das Land nicht verkaufen will. Antrag 3 werden wir ablehnen, und zwar sehr konsequent. Und wenn der angenommen wird, würden wir eine Neubeurteilung dieses Geschäfts vornehmen. Denn wir finden, dass die demokratischen Regeln eingehalten werden müssen und man nach Gesetz arbeiten muss.

Präsident: Vielen Dank, Thomas. Als nächstes kommt Alexander Feuz für die SVP-Fraktion.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Die SVP ist für das Geschäft. In der Quartierkommission hat es auch Stimmen gegeben, die gesagt haben, dass man die bisherige Lösung belassen soll. Ich finde die neue Lösung besser, weil es dann effektiv viel weniger Querungen hat. Während der Matches fahren sie ja sowieso nicht an die Endstation. Und deshalb scheint es mir wirklich sachgerecht, dass man diese Lösung hat. Die Anträge beurteilen wir sehr kritisch. Die werden wir grossmehrheitlich ablehnen. Wir sind auch grossmehrheitlich gegen Antrag 3, also, dass wir dort eine Änderung machen. Sonst sind wir für das Projekt, einfach mit den Einschränkungen, die wir gesagt haben. Danke.

Präsident: Vielen Dank, Alex. Dann hat Matthias Aebischer für den Gemeinderat das Wort.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Wer in den letzten Jahren einmal über den Guisanplatz gefahren ist, weiss, dass es auf diesem Platz extrem viel Verkehr hat. Fast immer kommt ein Tram von irgendeiner Seite. Es ist gefährlich. Es gab auch schon tödliche Unfälle auf dem Guisanplatz. Es ist also Zeit, dass der Verkehrsknoten Guisanplatz sicherer wird, flüssiger wird und für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Teilnehmer einfacher zu befahren ist. Das Projekt wird, ihr habt es gehört, gemeinsam vom Kanton, Bernmobil und der Stadt realisiert. Der Kanton als Eigentümer dieses Platzes ist für die Umgestaltung verantwortlich. Bernmobil übernimmt die Gleisarbeit. Und wir, die Stadt, sind verantwortlich für den Bau der beiden neuen Haltestationen in der Papiermühlestrasse und für die Klimaanpassungsmassnahmen, sprich für die Entsiegelung und die 17 neuen Bäume. Für den Veloverkehr und die Fussgängerinnen und Fussgänger gibt es ebenfalls Verbesserungen, zum Beispiel eine Veloumfahrung bei den neuen Haltestellen. Es gibt breitere Velostreifen und es gibt einen separaten Veloweg in der Rodtmattstrasse, also von Breitenrain her Richtung Kreuzung. Auf dieser Strasse dürfen die Autos und Lastwagen in Zukunft nicht mehr rechts in die Papiermühlestrasse abbiegen. Das betrifft pro Tag etwa 200 Fahrzeuge. Die müssen in Zukunft über die Kasernenstrasse oder die Viktoriastrasse Richtung Papiermühlestrasse fahren. Die Tramschlaufe auf dem Guisanplatz selbst hinter dem Novotel bleibt, denn etwa an 100 Tagen im Jahr wird sie gebraucht, bei der BEA zum Beispiel den ganzen Tag, bei den YB- und SCB-Matchen nur am Nachmittag oder am Abend. Und auch gebraucht wird die Tramspur in der Mingerstrasse für die Fahrten ins Tram-Depot. Die zwei neuen Haltestellen in der Papiermühlestrasse werden selbstverständlich hindernisfrei gestaltet. Und mittlerweile ist es auch selbstverständlich, dass bei solchen Projekten Klimaanpassungsmassnahmen umgesetzt werden. Hier reden wir von Entsiegelung, Begrünung und 17 neuen Bäumen. Das entspricht ungefähr 1200 Quadratmetern klimawirksamer Fläche und das ist fast 10% des jährlichen Ziels, das wir uns vorgenommen haben. Dann noch kurz zu den drei Anträgen: Wir haben sie ja schon in der Kommission diskutiert. Es sind mittlerweile alles Prüfaufträge. Beim ersten geht es darum, dass die Velofahrerinnen und Velofahrer beim indirekten Linksabbiegen bei der zweiten Ampel nicht auch noch warten müssen, sondern durchfahren können. Das wäre eigentlich auch unser Plan. Darum kann man dem Antrag aus unserer Sicht gut zustimmen. Beim zweiten Antrag geht es um einen Velostreifen zwischen Militärbibliothek und Novotel Stadt einwärts auf der rechten Seite. Der entspricht definitiv nicht den städtischen Standards. Dieser Antrag hat nicht direkt mit dem Projekt zu tun, darum sind wir auch froh, dass es ein Prüfauftrag ist. Wir sind bereit, das Problem anzugehen. In der Kommission sind Varianten auf dem Parkplatz vor der Militärbibliothek diskutiert worden. Dieser Parkplatz gehört dem Bund. Möglich ist, und wir sind gerne bereit dazu, das mit dem Bund anzuschauen. Der dritte Prüfauftrag ist der mit der Reklametafel. Die gleiche Frage musste man ja schon beim Projekt Laupenstrasse klären. Damals war die Argumentation des Gemeinderats, solange das Reglement noch nicht stehe, stelle man sicher nicht mehr Plakate auf, sondern ersetze höchstens im jetzigen Umfang oder weniger. Beim Guisanplatz ist es so, dass 14 Plakatstandorte mit sieben ersetzt werden. Die neuen Plakate sind aber ein bisschen grösser. Und punkto Einnahmen haben wir berechnet, dass die heute 14 Plakatstellen jährlich ungefähr 47'000 Franken bringen, die neuen, etwas grösseren 7 Plakate jährlich 41'000 Franken. Das ist weniger und somit kein Aus-, sondern ein Abbau. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass, solange kein neues Reglement da ist, diese Praxis ein gangbarer Weg ist. Die Realisierung

dieses Projekts startet gemäss Plan im Jahr 2026 mit der Ersetzung der alten Abwasserleitung. Das ist ein eigenes Projekt und nicht in diesem Kredit. Die Gleisbauarbeiten und alles andere ist in den Sommerferien 2027 vorgesehen. Die Kosten sind 3,6 Millionen. Das ist der Ausführungskredit, den wir beantragen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank, Matthias. Wir kommen somit zu den Abstimmungen und schauen zuerst auf die Antragsliste. Aus der vorberatenden Kommission liegen drei Anträge vor. Wir stimmen als erstes ab über den Antrag 1 bezüglich indirektem Linksabbiegen.

Antrag 1
PVS
Es ist zu prüfen, wie die Lichtsignalanlage der Kreuzung Guisanplatz so eingestellt werden kann, dass Velofahrende beim indirekten Linksabbiegen von der Rodtmattstrasse in die Papiermühlestrasse Nord eine gleich anschliessende Grünphase auf Seiten Papiermühlestrasse haben, so dass die Velofahrenden ohne Zwischenstopp den Knoten kreuzen können.

Abstimmung Nr. 006

2022.TVS.000043: Antrag 1

Annahme

Ja	55
Nein	5
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt dem Antrag zugestimmt. Wir kommen zu Antrag Nummer 2 PVS bezüglich des Erwerbs von privatem Land.

Antrag 2
PVS
Der Erwerb von privatem Land im Bereich der Papiermühlestrasse Süd ist zu prüfen, um möglichst durchgehend eine Veloführung gemäss den städtischen Standards für Veloinfrastruktur zu ermöglichen.

Abstimmung Nr. 007

2022.TVS.000043: Antrag 2

Annahme

Ja	41
Nein	19
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen zu Antrag 3 PVS-Minderheit bezüglich der Plakatstandorte.

Antrag 3
PVS-Minderheit

Es ist zu prüfen, ob auf den Ersatz der 14 Plakatstandorte durch 7 neue grossformatige Plakatstandorte verzichtet werden kann.

Abstimmung Nr. 008

2022.TVS.000043: Antrag 3	
Ablehnung	
Ja	20
Nein	41
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Somit kommen wir zur Schlussabstimmung über den Antrag des Gemeinderats. Wer diesen genehmigen will, stimmt grün. Wer dagegen ist, stimmt rot.

Abstimmung Nr. 009

2022.TVS.000043: Schlussabstimmung	
Annahme	
Ja	60
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem einstimmig zugestimmt.

2024.TVS.0293

5 Tiefbauamt (Dienststelle 510); Nachkredit zum Globalbudget 2024

Präsident: Wir kommen somit zu Traktandum Nummer 5. Das ist ein Sachgeschäft ohne Referendum. Es geht um einen Nachkredit zum Globalbudget 2024 des Tiefbauamts. Hier hat das Wort für die Kommission PVS, Timur Akçasayar.

Timur Akçasayar (SP) für die Kommission: Beim vorliegenden Geschäft geht es um einen Nachkredit zum Globalbudget 2024 für das Tiefbauamt. Nachkredite sind immer eine Herausforderung und selten erfreulich. Aber in diesem Fall sind die zusätzlichen Mittel erforderlich, da die Mindereinnahmen bzw. die zusätzlichen Kosten nicht beeinflussbar waren. Ein wesentlicher Grund für die Mindereinnahmen beim Tiefbauamt sind die Parkgebühren. Das vom Volk beschlossene neue Parkgebührenreglement mit der Gebührenerhöhung ist immer noch durch Beschwerden blockiert. Das führt dazu, dass der Stadt wie schon im Jahr 2023 auch im Jahr 2024 Einnahmen entgangen sind. Ein weiterer grosser Posten sind die Einmalzahlungen an EWB aus dem Leistungsvertrag für die öffentliche Beleuchtung. Da geht es um Betrieb und Instandhaltung sowie um die Abschreibung für Ersatz- und Neuinvestitionen. Der bisherige Vertrag von 2018 bis 2024 hat für drei Jahre ein festes Entgelt vorgesehen, das aus dem Mittelwert der vergangenen fünf Jahre berechnet wurde. Das fixe Entgelt ohne Berücksichtigung von Marktentwicklungen wie z.B. der Teuerung, ist der Hauptgrund für eine Unterdeckung bei EWB. Es ist positiv zu erwähnen, dass die Tiefbaudirektion und der Gemeinderat

die Forderungen von EWB sorgfältig geprüft und nur teilweise akzeptiert und eine einvernehmliche Lösung gefunden haben. In Zukunft werden die Kosten von EWB jährlich, basierend auf der aktuell gültigen Finanzierungsgrundlage berechnet, damit für alle Beteiligten Planungssicherheit besteht und es nicht zu einer Über- oder Unterdeckung kommt, sprich zu keinen Überraschungen nach ein paar Jahren. Das Geschäft ist in der Kommission mit neun Ja-Stimmen und zwei Nein-Stimmen angenommen worden. Daher empfiehlt euch die PVS, dem Nachkredit von 4,467 Millionen Franken zuzustimmen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci vielmals, Timur. Besteht zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? – Das ist nicht der Fall. Möchte der Gemeinderat Matthias Aebischer etwas dazu sagen? – Er verzichtet. Ich weiss aber, dass das Geschäft bestritten ist. Darum stimmen wir ab. Wer dem Nachkredit zustimmen möchte, stimmt grün. Wer ihn ablehnt, stimmt rot.

Abstimmung Nr. 010

2024.TVS.0293

Annahme

Ja	52
Nein	8
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Nachkredit zugestimmt.

2023.SK.0150

6 Volksinitiative "Verkehrsmonster Wankdorf stoppen – kein Mehrverkehr durch Nationalstrassenprojekte"

Präsident: Wir kommen somit bereits zum Traktandum Nummer 6. Es geht um eine Fristverlängerung zur Volksinitiative "Verkehrsmonster-Wankdorf stoppen – kein Mehrverkehr durch Nationalstrassenprojekte". Kurz zur Erklärung. Der Gemeinderat hat beantragt, dass es zu dieser Fristverlängerung kommt. Und so eine Fristverlängerung muss im Stadtrat traktandiert werden. Also wir als Stadtrat müssen diese genehmigen. Das ist nicht wie bei den anderen Fristverlängerungen, die eine Kommission abschliessen beraten könnte. Ich erlaube mir zudem einleitend noch die Bemerkung: Es geht um die Fristverlängerung zu einer Initiative, es geht nicht um eine inhaltliche Debatte über die persönliche Einstellung zu dieser Initiative. Ich werde mir vorbehalten, je nach Votum, das ihr haltet, an das zu erinnern, dass eigentlich der Kern des Geschäfts eine reine Fristverlängerung ist. Ich erteile das Wort für die Kommission PVS, Jelena Filipovic.

Jelena Filipovic (GB) für die Kommission: Da es sich nur um eine Fristverlängerung handelt, werde ich das vorliegende Geschäft nicht ganz so ausführlich vorstellen. Vor einem Jahr hat der Verein Spurwechsel die Initiative "Verkehrsmonster Wankdorf stoppen – kein Mehrverkehr durch Nationalstrassenprojekte" mit 6'800 Unterschriften eingereicht. Kurz darauf, also am 6. März 2024, hat die Gemeinde sie als formell zustande gekommen und materiell für gültig erklärt. Die Initiative fordert im Wortlaut: "Der Ge-

meinderat wird verpflichtet, in der Verkehrspolitik die folgenden Grundsätze zu verfolgen und einzuhalten: Der Gemeinderat setzt sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür ein, dass auf alle Nationalstrassenprojekte in der Region Bern-Mittelland verzichtet wird, die mehr Verkehr ermöglichen, insbesondere auf das Projekt "Umgestaltung Anschluss Wankdorf". Er setzt sich weiterhin dafür ein, dass durch die Nationalstrassenprojekte wie das Projekt "Bypass Bern-Ost" die Lebensqualität und Wohnqualität in den Quartieren verbessert wird, indem insbesondere der Siedlungsraum entlastet und die Bevölkerung vor Verkehrsemissionen bestmöglich geschützt wird." Der Gemeinderat anerkennt in seiner Antwort den Handlungsbedarf für einen verkehrspolitischen Grundsatz, insbesondere nach der deutlichen Ablehnung der Nationalstrassenprojekte in der Stadt Bern. Er möchte sich aber im Hinblick auf die nationale verkehrspolitische Entwicklung noch sechs Monate Zeit für die Stellungnahme geben. Diese Ausgangslage hat den Initiant*innen und Kommissionsmitgliedern eingeleuchtet, weshalb die Fristverlängerung einstimmig angenommen wurde. Vielen Dank.

Präsident: Jetzt hat mir Jelena gesagt, sie möchte gerne auch noch das Fraktionsvotum halten. Entsprechend gibt es Diskussionsbedarf. Weitere Fraktionssprechende können sich bitte jetzt anmelden. Dann kann die Jelena jetzt ihr Fraktionsvotum halten.

Jelena Filipovic (GB) für die Fraktion: Ich verspreche schon von Anfang an: Es handelt sich wirklich um die Fristverlängerung. Die GB/JA-Fraktion wird dieser Fristverlängerung ebenfalls zustimmen. Uns war in erster Linie wichtig, dass die Fristverlängerung im Interesse der Initiant*innen ist und die Stellungnahme des Gemeinderats rasch angegangen wird. Das hat man uns glaubhaft versichern können. Denn seit November 2024 ist klar, dass das Initiativbegehren in seinem Grundsatz auch von der Schweizer Bevölkerung geteilt wird. Die Bevölkerung hat sich klar gegen den Bau eines Nationalstrassenprojekts geäussert, welches zu Mehrverkehr führt. Das ist weder meine eigene Interpretation des Abstimmungsergebnisses vom 24. November noch jene als Co-Präsidentin des grössten Verbands für eine nachhaltige Mobilität mit Zukunft. Nein, es sind Fakten, die in den Vor- und Nachwahlbefragungen im Hinblick auf die Abstimmung gegen den Autobahnausbau festgehalten worden sind. Gemäss der VOX-Analyse sind folgende Argumente mit fast 40% Zustimmung ausschlaggebend gewesen für ein Nein, und zwar der Ausbau der Autobahnen führe zu mehr Verkehr – also ein wissenschaftlicher Fakt, der so anerkannt worden ist. Und angesichts der Klimakrise seien Autobahnausbauten nicht angemessen und man sollte lieber in ÖV und Velos investieren. Das heisst, es ist eine perfekte Ausgangslage, um sich als Gemeinderat mit den eigenen verkehrspolitischen Grundsätzen dafür auszusprechen, dass keine weiteren Autobahnprojekte um die Stadt Bern realisiert werden. Auch wenn der Einfluss de jure beim Bund und beim Astra marginal ist, ist der Widerstand einer Gemeinde als politisches Zeichen essentiell. Und der muss konsequent gegen aussen vertreten werden. Wieso sage ich das so explizit? Weil eben die Zeit drängt. Und weil es eben in der Vergangenheit vom Gemeinderat nicht immer der Fall war. Man hat sich lieber mit einer fancy Velobrücke oder ein paar erhaltenen Alleebäumen zufriedengegeben. Ehrlich gesagt möchte ich auch dem neuen Gemeinderat ein bisschen die Angst nehmen. Der Stadtrat hat sich nämlich mehrmals klar dazu geäussert, welche Verkehrspolitik man in der Stadt Bern möchte, nämlich eine, die den Menschen und die Nachhaltigkeit ins Zentrum stellt und den MIV reduziert. Und genau das und diese Haltung ist von den Stadtberner*innen ganz klar bestätigt worden, und zwar mit ganzen 75% Neinstimmen zu den Nationalstrassenprojekten, die zu mehr Verkehr in der Stadt Bern geführt hätten. Also so hohe Zustimmungen kennen wir ja sonst nur bei unbestrittenen Schulhaussanierungen.

Das ist also ein ganz klares Zeichen der Bevölkerung. Darum würde auch nichts dagegensprechen, die verkehrspolitischen Grundsätze, die die Initiative fordert, so zu verankern. Und jetzt komme ich zur Fristverlängerung. Denn der Gemeinderat möchte sich jetzt diese Zeit nehmen, weil es eben unklar sei, wie die aktuellen Ausbaupläne weitergehen. Das ist verständlich. Gleichzeitig wird sich an diesem Zustand wohl bis zum Sommer 2025 nicht viel ändern. Der Herr Bundesrat hat es in seiner Pressekonferenz zum Projekt "Verkehr 45" gesagt. Er möchte jetzt nochmal über die Bücher und mit anderen Lösungsvorschlägen kommen. Im Idealfall sieht das so aus, dass darin grundsätzlich Verkehrsreduktionen inklusive Modalspilt-Verlagerungen vorkommen. Ich persönlich bin ehrlich gesagt skeptisch, dass es zu diesem Best-Case-Szenario kommt. Aber es wird sicher dazu führen, dass wir nicht mehr, so wie wir es bisher hatten, isoliert über Autobahnausbauprojekte wie zum Beispiel dem STEP (Strategisches Entwicklungsprgramm) abstimmen können. Das bedeutet auch, dass der nationale Zeitplan angepasst, alle Projekte nochmal durchleuchtet werden, die nicht gerade kurz vor dem Bau stehen, und das Projekt "Verkehr 45" wohl erst in der Herbstsession dem Parlament unterbreitet wird. In diesem Prozess ist es jetzt extrem wichtig, dass wir eine klare Haltung haben, was dazu führen wird, dass wir einen Vorteil bei den Verhandlungen haben, weil man einen direkten Einfluss auf genau diese Priorisierung erwirken kann. Darum legen wir dem Gemeinderat sehr stark nahe, dass die Fristverlängerung bis zum Sommer 2025 eingehalten wird und es nicht im September in der Budgetberatung untergeht. Besten Dank.

Präsident: Danke, Jelena. Als nächstes hat das Wort von der Fraktion GFL, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Die Stadt Bern hat sich bereits mehrfach für eine nachhaltige, progressive Verkehrspolitik ohne Mehrverkehr ausgesprochen. Die Bevölkerung hat diesen Kurs beim Autobahnreferendum mit über 75% Zustimmung klar bestätigt. Die Forderung der Initiative «Verkehrsmonster Wankdorf stoppen» war also kein neuer oder radikaler Vorschlag, sondern eine logische Konsequenz dessen, was die Stadtberner*in möchte. Eine, man könnte sagen, Schwachstelle der Verkehrsmonsterinitiative ist leider, dass es sich lediglich um einen verkehrspolitischen Grundsatz handelt. Das heisst, nimmt der Gemeinderat sie an, gibt es keine obligatorische Volksabstimmung und auch kein neues Gesetz oder Reglement. Darum bleiben die zwei folgenden Fragen auch nach einer Annahme des Gemeinderats offen. Wird sich die Stadt Bern tatsächlich mit voller Kraft auf nationaler Ebene gegen den Autobahnausbau positionieren? Und wenn ja, was kann sie damit überhaupt konkret bewirken? Trotz der an sich juristischen, aber offenen Fragen darf die Fristverlängerung nicht dazu führen, dass am Ende einfach ein weiteres unverbindliches Papier der Stadt unter "Positionen der Stadt Bern" landet. Wenn der Gemeinderat zustimmt, erwarten wir auch wirkliche, handfeste Konsequenzen – strategisch, kommunikativ und auch politisch. Die GFL-Fraktion unterstützt die beantragte Fristverlängerung, aber bitte nicht als Pausenknopf. Wir erwarten, dass der Gemeinderat bis Juli 2025 eine ganz klare Haltung formuliert und vor allem auch eine Strategie, wie er diese Haltung im Sinne einer deutlichen Bevölkerungsmehrheit umsetzen möchte und umsetzen wird.

Präsident: Vielen Dank, Tanja. Dann kommt als nächstes David Böhner von der Fraktion AL/PdA/TIF.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Ich werde ein Votum zur Fristverlängerung halten. ich bitte um Verständnis, dass ich ein bisschen ausholen muss, aber es wird nicht ewig lang gehen. 75% Prozent jener, die am 24. November 2024 in der Stadt Bern abstimmten, haben sich gegen den Autobahnausbau ausgesprochen. Im Nordquartier waren es sogar noch mehr. Das Nein zum Autobahnausbau ist für Bundesrat Rösti und das Astra eine schallende Ohrfeige. Man könnte auch von einer Zeitenwende reden. Bei dieser Abstimmung ist es zwar nicht um den "Spaghetti-Teller" im Wankdorf gegangen, wie der Gemeinderat richtigerweise ausführt. Es ist aber ein Grundsatzentscheid gegen immer mehr Strassen und folglich immer mehr Verkehr gewesen. Jetzt können wir den Schwung dieses klaren Abstimmungsergebnisses nutzen und den Ausbau im Wankdorf verhindern. Aus diesem Grund war unsere erste Reaktion auf die beantragte Fristverlängerung: Sicher nicht. Wir haben uns das aber dann noch einmal überlegt und gemerkt, dass wir dem Gemeinderat, in dem in seiner aktuellen Zusammensetzung die Mehrheit eine Mitgliedschaft im Verein Spurwechsel hat, das Vertrauen dafür aussprechen wollen, dass er sich hinter den Kulissen beim Astra für einen Übungsabbruch einsetzt. Aus diesem Grund stimmen wir dieser Fristverlängerung ebenfalls zu. Einen kritischen Kommentar zum Gemeinderatsvortrag möchte ich hier aber noch loswerden. Er schreibt, dass es nicht möglich sei, den Gemeinderat mit dieser Initiative zu konkreten Handlungen zu verpflichten und dass mit der Initiative das Projekt "Umgestaltung Anschluss Wankdorf" nicht gestoppt werden kann. Formaljuristisch mag das vielleicht stimmen. Trotzdem zeugt die Aussage doch eher von einem naiven und sehr formalistischen Politikverständnis. Der West-Ast in Biel ist auch nicht durch formaljuristische parlamentarische Handlungen verhindert worden, sondern dank dem Druck von der Strasse. Das ist auch die Strategie des Vereins Spurwechsel. So viel Druck aufzubauen, dass das Projekt so unpopulär wird, dass es nicht mehr gebaut werden kann. Darum, und jetzt wird es kompliziert, fordern wir hier den Gemeinderat auf, falls er das Astra nicht überzeugen kann, von sich aus auf einen Ausbau im Wankdorf zu verzichten, sich formell für den "Spaghetti-Teller" aussprechen. Dann kommt es nämlich zur Volksabstimmung und somit hat die Berner Stimmbevölkerung eine Chance, sich dagegen aussprechen. Das Resultat, davon bin ich überzeugt, wird ähnlich deutlich werden wie bei der nationalen Abstimmung im November. Und dann wird es für das Astra immer schwieriger, das Projekt doch noch durchzudrücken.

Präsident: Jetzt bin ich gespannt auf den Dialekt und gebe das Wort für die SP/JUSO, Lukas Schnyder.

Lukas Schnyder (SP) für die Fraktion: Dankeschön, ich hoffe, es geht mit dem Dialekt. Auch mein Votum ist zur Fristverlängerung und auch ich muss ein bisschen ausholen. Die SP/JUSO-Fraktion stimmt der Fristverlängerung für eine Stellungnahme des Gemeinderats zur Initiative "Verkehrsmonster Wankdorf stoppen – kein Mehrverkehr durch Nationalstrassenprojekte" bis Ende Juli 2025 zu. Die Schweizer Bevölkerung hat vernünftigerweise im November letzten Jahres den Ausbauschritt für die Autobahnen abgelehnt. Nicht nur demokratiepolitisch war es wichtig, Bundesrat Albert Rösti zu zeigen, dass er nicht alles im Alleingang entscheiden kann, sondern auch, weil es eine Forderung nach nachhaltiger Mobilität braucht und nicht immer mehr Individualverkehr und Beton. Bundesrat Albert Rösti will jetzt mit einem externen Experten weiter vorgehen und die Priorisierung analysieren. Für die SP/Juso-Fraktion macht es Sinn, die zukünftigen Pläne des Bundesrates abzuwarten, bevor der Gemeinderat die Initiative behandelt. Wir erwarten, dass der Bundesrat seine Pläne revidiert und eine klimagerechte Verkehrspolitik umsetzt. Falls er weiterhin am Ausbau der Autobahn festhält, erwarten

wir vom Gemeinderat eine konstruktive Antwort auf die Initiative, die sowohl die Bedürfnisse der Bevölkerung in der Stadt Bern als auch die Umweltbelange berücksichtigt. Schliesslich haben letzten November alle Stadtteile diesen Ausbauschritt abgelehnt und insgesamt war die Stadt Bern mit über 74% Nein gegen den Ausbau. Das hat ihn schockiert. An Gewichtigkeit wird die Initiative trotz der verlängerten Frist nicht verlieren. Und zu erwähnen ist das Projekt "Bypass Bern-Ost", das die Lebens- und Wohnqualität in den Quartieren verbessert. Das betrachten wir als eine wichtige Massnahme. Bitte stimmt der Fristverlängerung zu, damit der Gemeinderat aufgrund der veränderten Ausgangssituation Stellung nehmen kann. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und ich hoffe, ihr habt alles verstanden.

Präsident: Danke, Lukas. Ich bin vor allem gespannt, ob die Protokollierungssoftware alles verstanden hat. Und erteile das Wort für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wir stimmen offiziell nur über die Fristverlängerung ab. Aber offenbar gibt es trotzdem noch eine Grundsatzdebatte pro und kontra Neugestaltung Autobahnanschluss Wankdorf. Rein zum Formellen: Wir lehnen die Fristverlängerung ab und bitten den Gemeinderat, endlich Farbe zu bekennen, ob man den Anschluss Wankdorf unterstützen will oder eben nicht. Aber es geht wohl eher auch noch etwas darum, auf Zeit zu spielen. Materiell kann man sagen, dass die Umgestaltung des Anschlusses Wankdorf eben nicht von der Volksabstimmung tangiert wurde und auch nicht, wie es der Gemeinderat richtig schreibt, von der Initiative. Der Gemeinderat hat schlichtweg keine Kompetenz in diesem Geschäft. Zudem ist das Bauprojekt auch nicht Gegenstand der zu überprüfenden Strategie "Verkehr 45" des Bundesrats durch die ETH. Die Kosten-Nutzen-Analyse des Umbaus des Knotens Wankdorf ist nach wie vor positiv. Es werden Stau- und Unfallschwerpunkte saniert. Die rationalen Argumente sprechen für den Umbau des Wankdorfs. Man kann es auch anders formulieren. Ohne den Umbau des Wankdorfs gibt es auch keinen ESP Wankdorf. Das wäre für die BEA, für das geplante neue Lindenhofspital, aber auch für das Quartier selbst ein grosser Nachteil. Die Fraktion FDP ist der Meinung, dass man den neuen Knoten Wankdorf unbedingt braucht und dass der Gemeinderat hier auch Farbe bekennen sollte. Das Projekt nützt der ganzen Stadt. Wir lehnen darum die Fristverlängerung ab und bitten den Gemeinderat, Stellung zu nehmen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci vielmals, Oliver. Und dann noch für die Fraktion Mitte, Michelle Steinemann.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Wir von der Mitte Fraktion sind positiv überrascht vom Hinweis des Herrn Stadtratspräsidenten und wir würden es auch begrüssen, wenn künftige Geschäfte auch so gehandhabt würden. Auch ich habe mich ehrlicherweise inhaltlich auf das Traktandum vorbereitet, aber ich werde mich jetzt zurückhalten, das zu machen. Wir sind sicher, dass es genügend Zeit gibt, um die inhaltliche Diskussion noch zu führen. Wir von der Mitte-Fraktion stimmen dieser Fristverlängerung zu.

Präsident: Das war flott, danke vielmals, Michelle. Gibt es noch Einzelvoten zu dieser Fristverlängerung? Das ist nicht der Fall. Dann würde ich Matthias Aebischer das Wort für den Gemeinderat erteilen.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Ich glaube, so ausführlich ist eine Fristverlängerung hier in diesem Saal auch noch nie begründet worden. Ich hoffe, es ist noch allen klar, um was es überhaupt geht. Es geht eben um eine Fristverlängerung. Wir hatten die Abstimmung am 24. November, als die Ausbaupläne des Bundesrates und des nationalen Parlaments abgelehnt wurden. Und zum anderen hat das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) viele Projekte des Bundesamts für Strassen (Astra) sistiert und lässt sie jetzt von einem Professor analysieren. Erst seit letzter Woche hat uns das Astra offiziell mitgeteilt, dass bei den sistierten Projekten der Bypass Bern-Ost zwar dabei ist, die Ausfahrt Wankdorf hingegen nicht. Der Gemeinderat wird die neue Ausgangslage analysieren; darum auch die Fristverlängerung, die ja noch im alten Jahr vom alten Gemeinderat beantragt wurde. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank, Matthias. Dann kommen wir auch hier zur Abstimmung. Wer die Fristverlängerung genehmigen will, stimmt grün. Wer dagegen ist, stimmt rot.

Abstimmung Nr. 011

2023.SK.0150	
Annahme	
Ja	52
Nein	4
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt sie angenommen.

2024.SR.0214

7 Interpellation Michael Ruefer (GFL): Neuordnung Allmenden: Unterirdische Parkierung als Prämisse für neue YB-Trainingsfelder und Ausbau Anschluss Wankdorf?

Präsident: Wir kommen somit zu Traktandum Nummer 7. Das ist eine Interpellation. Ich weiss, dass von den Einreichenden die Diskussion gewünscht wird. Wir stimmen somit zuerst darüber ab, ob ihr die Diskussion gewähren wollt oder nicht.

Abstimmung Nr. 012

2024.SR.0214: Diskussion	
1/3 Quorum erreicht	
Ja	42
Nein	14
Enthalten	0

Präsident: Das Quorum ist deutlich erreicht. In diesem Fall erteile ich das Wort dem Einreichenden, Michael Ruefer.

Michael Ruefer (GFL) für die Einreichenden: Über den Kredit Neuordnung Allmenden, über diesen Planungskredit, haben wir im Oktober hier gesprochen und ihn verabschiedet. Man hat damals den Eindruck gewonnen, dass in Sachen Einstellhalle auf der grossen Almend der Mist schon etwas geführt ist. Und ich mache keinen Hehl daraus, dass wir von der GFL mit dieser Stossrichtung nicht zufrieden sind. Wir haben auch inzwischen bei der Verfolgung der Berichterstattung der letzten Wochen im Nachgang zu dieser Autobahnabstimmung, vielfach gehört, was alles für Projekte, die im Raum Allmend, Guisanplatz, Wankdorf geplant sind, einen Zusammenhang mit dem Anschluss Wankdorf haben. Und zwar hat man gehört, dass zum Beispiel der Springgarten, das Spitalprojekt, wozu es eine Machbarkeitsstudie gibt, nur umgesetzt werden könne, wenn der Anschluss Wankdorf kommt. Und selbstverständlich ist auch die Einstellhalle auf der Grossen Allmen so deutlich darauf ausgerichtet. Es kann nur Sinn machen, diese zu bauen, wenn auch die Eventstrasse und der Anschluss Wankdorf gebaut werden. Grundsätzlich ist es erfreulich, dass man für den Ersatz der Oberflächenparkierung eine Lösung gefunden hat. Das haben wir schon im Herbst hier diskutiert. Und man wird den Eindruck auch nicht ganz los, dass sich der Gemeinderat in seiner alten Zusammensetzung so an diesem Narrativ festgekrallt hat, dass man vor allem die Oberflächenparkierung beseitigen will. Und dann hätten wir alle Probleme gelöst. Dann kann man die Allmenden beliebig weiterentwickeln, aber nur dann, wenn man die Oberflächenparkierung beseitigt. Interessanterweise war in der Planungsvereinbarung, die der Gemeinderat mal mit der UBS abgeschlossen hat, noch von *weitgehender* Beseitigung der Oberflächenparkierung die Rede. Im Stadtratsvortrag letzten Herbst ist das Wort schon verschwunden. Interessant. Und ich möchte jetzt trotzdem noch schnell auf die Antworten des Gemeinderats – ich bin so mittel zufrieden mit diesen Antworten, wie ihr euch denken könnt – eingehen, notabene auf die Antwort auf die Frage Nummer 1, bei der es um die Baubewilligung für einen Hispa-Platz geht. Einer der älteren Semester der SP, Res Hofmann, hat ein Trauerbuch geschrieben: "Abgesang auf die Allmenden". Und dort kann man feinsäuberlich nachlesen, was in den letzten Jahrzehnten auf den Allmenden alles für Wildwestmethoden angewendet wurden. Und dort steht zum Beispiel aus der Korrespondenz mit dem Stadtbauinspektor aus dem Jahr 2023: "Für die Sanierung und Umgestaltung des Hispa-Platzes wurde gemäss unseren Unterlagen kein Baugesuchsverfahren beantragt." Das widerspricht fundamental der Antwort auf diese Interpellation. Und mich würde es von der Verwaltung sehr interessieren, wie sie sich diesen Widerspruch erklären, denn offensichtlich hat das der Stadtbauinspektor in der Korrespondenz so gesagt, sonst wäre es hier nicht dokumentiert. Aber das ist nicht das Einzige. Es geht weiter. Wenn man zum Beispiel schaut, was man mit dem Zirkusplatz so veranstaltet hat, kann man wirklich von "veranstalten" reden. Das ist das Gebiet hinter der Eventhalle. Schon 1977 ist das passiert und dann 1999 mit der fehlenden Baubewilligung, als man darauf kam, als man das geteert hat. Dazu liess die Stadt mal verlauten: "Die Asphaltierung und die damit verbundene Nutzung wurde seinerzeit, zum Teil vor 1975, ohne Baubewilligung ausgeführt und von der Baupolizeibehörde erst nach langer Zeit beanstandet. Die Parkier- und Platznutzung war bereits Gewohnheitsrecht geworden. Die an sich illegale Nutzung wurde dann über Jahre toleriert." Das Gleiche gilt zum Beispiel für die Tschäppätstrasse. Es ist noch interessant, dass man eine Strasse einer Familie widmet. Diese ist offensichtlich auch ohne Baubewilligung gebaut worden. Und da liess der Stadtbauinspektor sogar mal verlauten: "(...), dass das keine öffentliche Strasse (Auskunft Tiefbauamt) und somit im Zonenplan auch nicht als Strasse ausgeschieden ist." Muss man sich das einfach mal vorstellen. Und dort kann man heute von der Bolligen- zur Papiermühlestrasse fahren. Zusammenfassend kann man, glaube ich, sagen: Wenn der Gemeinderat sich darauf

beruft, dass die Beseitigung der Oberflächenparkierung alle Probleme löst, dann würde ich mal sagen, sollte man zuerst vor der eigenen Haustür kehren, denn was alles in den letzten Jahrzehnten passiert ist, wie sich die Veranstaltenden mit den kommerziellen Nutzungen immer weiter in den Grünraum gefressen haben, ohne Baubewilligungen. Und die Stadt hat zugeschaut und einfach ein Auge zugedrückt. Und dann erst nachträglich die Nutzungen umgezont in Freiflächen. Das lässt einen wirklich ein bisschen staunen. Und ich glaube, das letzte Wort zur Einstellhalle ist sicher noch nicht gesprochen.

Präsident: Merci, Michael, dann könnt ihr euch auch hier anmelden für Fraktionsvoten. Dann hat als erstes das Wort für die Fraktion SP/JUSO Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Zur langen und umfangreichen Geschichte der Allmenden kann man sich tatsächlich in diesem Schwarzbuch von Res Hofmann einiges an Informationen holen. Inwiefern das aber für die Diskussion, die wir jetzt führen, von Bedeutung ist, lasse ich offen. Es ist jetzt auch eine andere Zeit und ich glaube, die Leute von heute schauen mit anderen Augen auf die Allmenden, als das vor 10, 20 oder 30 Jahren der Fall war, als es tatsächlich so war, dass die kommerzielle Nutzung, insbesondere durch die BEA, fast alles andere weggeschaufelt hat, was auf den Allmenden auch noch hätte sein sollen oder hätte sein wollen. Und eigentlich geht es jetzt darum, dass dieser Zustand – was genau passiert ist und wie rechtmässig und unrechtmässig das passiert ist, möchte ich hier gar nicht diskutieren – jetzt zu einem Ende kommen soll. Aus Sicht der SP macht es jetzt keinen Sinn mehr, den Geschichten nachzuweinen, die vor xy Jahren passiert sind. Wichtig ist jetzt einfach, dass dieser Teil der Allmenden, der bis jetzt noch nicht verunstaltet ist, der noch nicht von der BEA oder den Parkplätzen beansprucht wird, in Zukunft auch weiterhin der Bevölkerung – und damit meine ich den Grossteil der Bevölkerung – zur Verfügung steht. Und dafür müssen wir jetzt irgendwie Punkte machen. Einer dieser Punkte ist die Überlegung, allenfalls alle oberflächlichen Parkplätze in dieses Parkhaus hinunterzuverlegen, das zufälligerweise die UBS aus anderen Gründen eigentlich sonst unterhalb des Stadions errichten müsste, wenn sie dort tatsächlich eine zusätzliche Mantelnutzung bauen möchte. Das ist jetzt einfach eine Chance – vielleicht auch ein Risiko. Das wissen wir noch nicht. Jetzt haben wir einen Planungskredit bewilligt. Dieser Planungskredit gibt der Verwaltung die Gelegenheit, das weiterzuentwickeln. Wir haben nicht gesagt, dass diese Tiefgarage à tout Prix kommen muss. Ich glaube, es gibt keine Verbindlichkeit zu dieser Tiefgarage. Das hat niemand gesagt. Das wird ein Entscheid sein, den die betreffenden Organisationen, die Verbände, die Parteien werden fällen müssen, wenn ein Projekt vorliegt. Und bis dahin ist es einfach eine Planung. Und eine Planung ist ein Instrument, um weitere Schritte vorzubereiten. Und was auch noch ganz wichtig ist, und was hier ja offensichtlich fast ein wenig der Kern dieser Geschichte ist, sind diese YB-Felder. Ich glaube, es war tatsächlich so, dass der alte Gemeinderat mal über diese YB-Felder gesagt hat, die könnten noch gut sein. Mindestens einzelne Vertreter des alten Gemeinderats haben das gesagt. Aber dazu ist das letzte Wort nicht gesprochen. Und ich persönlich finde es nie eine Lösung, einen öffentlichen Raum, eine Allmend einem privaten, letzten Endes gewinnorientierten Fussballverein zur Verfügung zu stellen; auch wenn ich weiss, dass es unendlich viele Leute in dieser Stadt hat, die jedes Wochenende ins Stadion pendeln und dort an den YB-Matchen ihre Freude haben. Ich glaube, auch dazu ist das letzte Wort nicht gesprochen. Wir werden uns mit allen Mitteln, nicht unbedingt jetzt schon wehren, aber alle Mittel einsetzen, um die Diskussion

so zu führen, dass wir am Schluss einen Entscheid haben. Ich hoffe, dass es ein Entscheid ist, der nicht für YB-Felder ist.

Präsident: Vielen Dank, Johannes. Als nächstes hat das Wort für die Fraktion GB/JA, Katharina Gallizzi.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion: Grundsätzlich finde ich es schade, dass wir erst jetzt über die Interpellation diskutieren, denn eigentlich hätten wir die Antworten gerne schon gehabt, bevor wir das Geschäft, also den Kredit zur Neuordnung der Allmenden diskutierten. Aber jetzt haben, glaube ich, meine beiden Vorredner genau das gesagt, was ich auch gedacht habe. Das letzte Wort in diesem Perimeter ist noch lange nicht gesprochen. Und jetzt reden wir halt noch einmal darüber. Grundsätzlich ist die GB/JA-Fraktion überzeugt, dass ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Reduktion des MIV auch die zur Verfügung gestellten Parkplätze sind. Es muss darum das oberste Ziel sein, die Parkplätze zu reduzieren. Dass Parkplätze auf den Allmenden in ein unterirdisches Parking verlegt werden sollen, ist auf den ersten Blick natürlich bestechend. Trotzdem hat die vorgeschlagene Lösung einige Haken, wie man aufgrund der Antworten aus dieser Interpellation auch nochmals gut sehen kann. Erstens ist der Bau des Parkings an den Ausbau der Mantelnutzung und der zugehörigen erhöhten Parkplatzzahl gekoppelt. Aber die Mantelnutzung ist ja noch gar nicht bewilligt. Und wenn sie nicht bewilligt wird – das ist nämlich ein Geschäft, das wir erst später haben –, dann wird die UBS auch die Parkplätze nicht bauen. Das ist alles andere als in trockenen Tüchern. Wir wissen zum Beispiel, dass die Quartierkommission Dialog Nord sich sehr kritisch gegenüber diesen Mantelnutzungen geäussert hat. Wir haben darum im Geschäft Neuordnung der Allmenden beantragt, dass man die ganze Geschichte erst aufrollt, wenn man weiss, ob die Mantelnutzung und somit auch der Parking der UBS potenziell tatsächlich kommen würde. Aber wir sind damit gescheitert, wie ihr vielleicht noch wisst. Der Gemeinderat argumentiert in seiner Antwort, es sei doch ein Erfolg, dass nur 49% der Besucher*innen und Kund*innen mit dem Auto zu diesem Perimeter kommen. An einem Ort, der so gut erschlossen ist – es hat Tramhaltestellen, Zughaltestellen, wobei der Bahnhof Wankdorf einer der am häufigsten angefahrenen Bahnhöfe in der ganzen Umgebung ist –, finde ich 49%, die mit dem Auto kommen, ziemlich unambitioniert. Die neue Nutzung, also die Mantelnutzung, wird noch zusätzliche Fahrten generieren, denn sonst müssten wir ja nicht zusätzliche Parkplätze bauen. Man kann jetzt argumentieren, das seien jetzt halt die Vorgaben des ESP und das sei jetzt halt einfach so geregelt. Und das stimmt ja vielleicht auch. Aber die Vorgaben kann man zum Glück ändern. Man sieht, was in den letzten Jahren passiert ist punkto Parkplatzzahlen zu Wohnungen zum Beispiel, wie stark die heruntergekommen sind. Und wir wollen sehr stark, dass wir weiterhin mit dem Kanton verhandeln. Und wenn man jetzt so ein Parkhaus baut, ist das unglaublich teuer. Und darin gibt es unglaublich viele Parkplätze, die unglaublich teuer sind. Und die muss man ja irgendwie amortisieren. Und das wird nicht dazu führen, dass man dafür sorgen will, dass es möglichst wenige Fahrten gibt. Ebenfalls kritisch ist für uns die Verbindung zwischen Parking und Autobahnausbau Wankdorf. Der Gemeinderat schreibt in seinem Vortrag: "Die neue Einstellhalle wäre theoretisch auch ohne Umgestaltung des Anschlusses Wankdorf realisierbar, würde dabei aber nicht die gewünschte Verkehrslenkung erreichen." Ich bin nicht ganz sicher, ob ich das richtig verstanden habe. Aber ich lese das so, dass er damit meint, dass ohne die Eventstrasse der Verkehr dann halt einfach durch das Quartier fliessen müsste. Und das möchte man ja eigentlich vermeiden. Ich möchte dem

aktuellen Gemeinderat nicht unterstellen, er setze sich aktiv für die Autobahnumgestaltung Wankdorf ein. Das sollte er nicht, zumindest wenn man dem Wahlprogramm der neuen Mitglieder des Gemeinderats glaubt. Zudem hat die Abstimmung im November ja auch gezeigt, dass die Stadt Bern keine Autobahn will. Das würde also bedeuten: Es gibt eine Chance, dass das Projekt vielleicht doch gar nicht realisiert wird. Das heisst, wir haben jetzt neue verkehrspolitische Rahmenbedingungen in diesem Perimeter Wankdorf. Seit dem November hat sich da einiges geändert und aus Sicht der GB/JA-Fraktion muss das unbedingt mitgedacht werden. Und eine Re-Evaluation dieses Parkings unter den Allmenden wäre in diesem Fall aus unserer Sicht angezeigt. Dass wir gegen die YB-Trainingsfelder sind, haben wir bei der Beratung des Geschäfts zur Neuordnung der Allmenden schon gesagt und ausgeführt. Darum werde ich jetzt nicht noch einmal darauf eingehen.

Präsident: Merci vielmals, Katharina. Dann hat das Wort für die Fraktion SVP, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Fraktion: Ich danke dem Gemeinderat für die Antwort. Es hat interessante Ausführungen darunter. Ich kann mich auf wenige Punkte beschränken. Für mich ist einfach ganz klar und entscheidend: Wenn wir jetzt ein Stadion bauen, dann braucht es auch Parkplätze. Für mich ist auch klar, dass, wenn man die oberirdischen wegnimmt, sie unterirdisch ersetzt werden müssen. Darin herrscht hoffentlich ein Konsens bis weit in die GFL/SP. Denn sonst gibt es einfach kein Stadion, weil ihr sinnvollerweise dort den Betrieb nicht machen könnt, wenn ihr nicht über genügend Parkplätze verfügt. Denkt daran: Es gibt jetzt auch Elektromobilität, es gibt auch andere Möglichkeiten für Mobilität, aber die Parkplätze braucht ihr – für Veranstaltungen, grosse Anlässe oder für Anlieferungen etc. Ich bin der Meinung, die Schausteller und die Leute, die an diesen Anlässen sind, kommen mit irgendwelchen Küchengeräten, mit irgendwelchen Anlieferungen, Mustern oder was auch immer. Soll einer, der Weinflaschen bringt, die mit dem Veloanhänger transportieren? Denkt einfach mal rein praktisch. Es geht um einen Messestandort. Der braucht Parkplätze. Wenn ihr das nicht wollt, dann habt ihr eben dann nichts und dann haben wir gar nichts. Dann habt ihr dann weder Sport noch irgendetwas, was unter dem Boden ist. Darum bin ich der Meinung, ist das wichtig. Jetzt vielleicht ein Punkt, der hier eigentlich nur ganz am Rande ist, aber den führe ich vielleicht hier als obiter Dictum an. Ich sehe es als grosses Problem auf diesem Areal, wenn man nachher diese Sportplätze mit Sichtschutz versieht. Dieser Perimeter gehört in das Gebiet der Quartierkommission Quavier Kirchenfeld. Also das ist dort sehr umstritten, meines Erachtens zu Recht. Wenn man die Allmenden antastet, was ich sowieso als sehr heikel anschaue, aber noch heikler wird es, wenn man eine ausschliessliche Benutzung macht mit Sichtschutzwänden, Ich frage mich sowieso, was man da verstecken möchte. Man kann ja ein Loch in den Zaun bohren und hindurchschauen oder das mit einer Drohne überwachen. Für mich ist der Sichtschutz die Technik der 20er-Jahre, als man die geheime Aufstellung nicht bekanntgeben wollte. Das ist ein schwerer Eingriff. Mit solchen Sachen würde man ein Scheitern riskieren. Ein Punkt, auf den ich noch aufmerksam gemacht wurde, den ich euch auch sagen möchte: Denkt einfach immer daran, bei der ganzen Situation: Ihr habt ja jetzt auch den Springgarten – ich bedauere das sehr, denn, ihr wisst, ich habe eine gewisse Affinität für Pferde, die zu den wenigen Tieren gehören, die ich nicht esse, weil ich nämlich aus psychologischen Gründen kein Pferdefleisch essen kann. Ich bin der Meinung, dass, wenn man den Springgarten, dieses historische Areal, aufgibt, dann zerstört man eine weitere grüne Lunge, was ich sehr bedauern würde. Mit der ganzen

Verkehrssituation, die es dann gibt oder nicht gibt, bitte ich einfach den Gemeinderat, von uns entgegenzunehmen, dass diese Verkehrssituation – es ist ja schon gesagt worden, dass je nachdem, ob es ein Spital oder Wohnbau oder was auch immer es gibt – Einfluss hat auf die ganze Verkehrssituation. Wenn es dort keine Parkplätze gibt oder Parkplätze gibt, hat das für mich Einfluss auf die andere Planung. Das sind die Bemerkungen unserer Fraktion zu diesem Geschäft. Danke.

Präsident: Vielen Dank, Alex. Gibt es zu diesem Geschäft noch Einzelvoten? – Das ist nicht der Fall. Dann hätte das Wort für den Gemeinderat, Matthias Aebischer.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Eine Interpellation im Rat zu besprechen, ist ein Novum für mich, weil man das auf nationaler Ebene nie macht. Aber mir ist das gerade sehr recht, denn damit kann ich noch ein paar Sachen klären und nach den bisherigen Voten ein bisschen ordnen. Das Vorgehen des Gemeinderats zur Autobahnausfahrt Wankdorf wiederhole ich jetzt nicht noch einmal. Das habe ich ja schon bei der Fristverlängerung im letzten Traktandum erklärt. Wichtig hingegen ist mir zu sagen, dass rund um die Allmenden noch gar nichts fix ist. Ich durfte am 23. Januar die Testplanung "Neuordnung Allmenden" eröffnen. Da waren etwa 40 Leute mit dabei, die jetzt in Workshops die Möglichkeiten diskutieren. Die Quartiervereine sind dabei, die UBS, YB, Bernexpo, der Kanton, zwei Direktionen der Stadt, mehrere Planungsbüros, also eine ziemlich breit zusammengewürfelte Gesellschaft. Und ich glaube, das unterstreicht den Punkt, wonach die Nutzung der Allmenden noch gar nicht fix ist. Der Gemeinderat hat einzig gesagt, dass, wenn man die oberirdischen Parkplätze unter den Boden verlegen könnte, es die Möglichkeit gäbe, die YB-Trainingsfelder darauf zu machen. Geprüft werden jetzt verschiedene Varianten mit und ohne YB-Trainingsfelder. Wenn die Testplanung respektive die Mitwirkungsphase vorbei ist, dann wird das Ganze wieder hier im Stadtrat diskutiert und über die Planungsvorlage wird am Schluss sicher auch das Stimmvolk abstimmen. Merci für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Dann wären wir eigentlich durch mit dem Traktandum. Ich halte noch fest zuhanden des Protokolls: Der Interpellant ist teilweise zufrieden.

2015.SR.000216

8 Postulat Fraktion GB/JA! (Seraina Patzen, JA!/Franziska Grossenbacher, GB) - übernommen durch Katharina Gallizzi (GB): Gesamtnutzungskonzept für den öffentlichen Raum in der Innenstadt

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 8 und auch hier erlaube ich mir die Vorbemerkung. Es ist eine Fristverlängerung, also wir führen eigentlich keine inhaltliche Debatte zu diesem Postulat. Dieses hat der Rat überwiesen. Es geht einfach darum, ob wir die Frist des Gemeinderats zur Erarbeitung des Prüfungsberichts verlängern wollen oder nicht. Diese Fristverlängerung war offensichtlich in der Kommission bestritten. Aus diesem Grund haben wir es im Stadtrat traktandiert. Ich erteile das Wort für die PVS, Jelena Filipovic. Bei mir ist Jelena Filipovic auf der Liste. Hat irgendjemand von der PVS ein Kommissionsvotum bereit? Das ist in diesem Fall nicht der Fall. Dann haben als nächstes die Einreichenden das Wort. Katharina Gallizzi, möchtest du? Gut, dann erteile ich das Wort für die Einreichenden, Lea Bill. Sie müsste aber noch angemeldet werden.

Lea Bill (GB) für die Einreichenden: Ich wollte mich eigentlich auf das Votum der Kommissionssprecherin stützen. Ich habe gewusst, was die Kommissionssprecherin sagt. Leider ist sie ausgefallen. Grundsätzlich können wir sagen, dass es sehr erfreulich ist, dass der Gemeinderat sich von der Mehrheit des Stadtrats überzeugen liess und jetzt bereit ist, das Gesamtnutzungskonzept für den öffentlichen Raum in der Innenstadt zu erarbeiten. Ich erinnere mich. Genau vor einem Jahr bin ich hier gestanden und habe betont, wie wichtig es ist, ein solches Konzept zu haben und es eben nicht der Beliebigkeit oder einer Gewerbepolizei zu überlassen, was in der Innenstadt im öffentlichen Raum Vorrang hat und was nicht. Jetzt ist es so, dass wir nur noch im Tempo nicht einig sind mit dem Gemeinderat. Der Vorstoss ist bereits 2015 eingereicht worden. Der Druck auf den öffentlichen Raum steigt seither ständig. Und auch wenn wir natürlich begrüssen, dass eine sorgfältige Erarbeitung des Konzepts stattfindet, muss man hier trotzdem vorwärtsmachen. Darum beantragen wir auch, dass die Fristverlängerung um ein halbes Jahr gekürzt wird, nämlich bis Ende Juni 2026. Und wir bitten euch da um Unterstützung. Herzlichen Dank.

Präsident: Vielen Dank, Lea. Dann kommt Timur Akçasayar für die Fraktion SP/JUSO.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Ich kann den Ärger und die Ungeduld der Kollegin Lea sehr gut nachvollziehen. Das Postulat ist fast vor zehn Jahren eingereicht worden, vor sieben Jahren vom Stadtrat erheblich erklärt worden. Vor einem Jahr haben wir den Prüfungsbericht abgelehnt. Das ganze Thema ist auch notwendiger denn je. Es ist von der Bedeutung her nicht weniger wichtig geworden. Ungeachtet dieser unbefriedigenden Situation wird die SP/JUSO-Fraktion der Fristverlängerung des Gemeinderates bis Ende 2026 zustimmen. Wir finden, dass wir uns Zeit nehmen müssen. Die Begründung der Projektverantwortlichen, warum sie erst diesen Frühling mit den Arbeiten anfangen wollen, können wir sehr gut nachvollziehen. Knappe Personalressourcen, etliche Bestellungen und Erwartungen aus dem Stadtrat, ein fast komplett neuer Gemeinderat, neue Direktor*innen mit hoffentlich auch neuen und frischen Ideen, eine anspruchsvolle Partizipation in einem sehr übernutzten Perimeter und so weiter. Dass die Projektverantwortlichen alle Akteure und Anspruchsgruppen einbeziehen wollen und ein praktikables Konzept erstellen wollen, finden wir gut. Wir als SP/JUSO wollen eine echte Partizipation und erwarten vom Gemeinderat und von der Stadtverwaltung, dass die Mitwirkung mit genügend Zeit für die Bevölkerung durchgeführt wird. Mit dieser vom Gemeinderat beantragten Fristverlängerung haben wir aber auch entsprechende Erwartungen.

Präsident: Vielen Dank, Timur. Jetzt Achtung! Gemäss Ratsreglement kann ein Sachgeschäft nur beraten werden, wenn die Kommissionssprecherin anwesend ist oder sich vertreten lassen kann. In der Zwischenzeit ist das Votum der Kommission aufgetaucht und Jelena Filipovic macht jetzt noch das Votum im Namen der PVS.

Jelena Filipovic (GB) für die Kommission: Wir wollen das ja alles korrekt machen. Wir üben jetzt gerade mal eine Ausnahmesituation und machen es noch ein bisschen lustig für die Leute oben auf der Tribüne. Das Kommissionsvotum darf ich für Nora halten, und zwar wieder auf Hochdeutsch. Die PVS begrüsst, dass der Gemeinderat nicht mehr, wie in der Antwort von 2021, auf die Erstellung eines Gesamtnutzungskonzepts für die Plätze und Pärke der Innenstadt verzichtet und dessen Notwendigkeit anerkennt. Es ist wichtig, dass die Nutzung der verschiedenen Plätze vom Bundesplatz über den Waisenhausplatz bis zum Münsterplatz koordiniert und mit klaren Kriterien geregelt

wird. Der Bereich Nutzung und Gestaltung des Tiefbauamts plant einen partizipativen Prozess für die Erarbeitung des gesamten Nutzungskonzepts. Zudem wollen sie bereits umgesetzten Nutzungskonzepte aus anderen Städten zu Rate ziehen. Die Arbeiten werden nicht alleine von der Fachstelle umgesetzt, sondern aufgrund mangelnden städtischen Personals von externen Büros begleitet. Aktuell ist geplant, das Gesamtnutzungskonzept Ende 2026 vorzulegen. Die PVS stimmt der beantragten Fristverlängerung des Gemeinderats nicht einstimmig zu. Einige Mitglieder der Kommission beantragen, dass das wichtige Nutzungskonzept bereits früher vorliegt. Sie finden, dass die Dringlichkeit für eine klare Richtlinie hoch sei, da der Nutzungsdruck des öffentlichen Raums von Jahr zu Jahr zunimmt. Was bei unkoordiniertem Vorgehen und keinen klaren Regeln passiert, war 2023 ersichtlich. Damals wurde keine Grossdemonstration mehr bewilligt aufgrund einer zu starken Nutzung des öffentlichen Raumes in der Innenstadt durch Weihnachtsmärkte, einem Fussballspiel, des Staatsbesuchs von Emmanuel Macron und die alljährliche Lichtershow. Das unkoordinierte Bewilligen von verschiedenen Veranstaltungen auf den Plätzen und in den Pärken der Innenstadt ist mittels eines Gesamtnutzungskonzepts möglichst schnell zu verhindern. Einige Kommissionsmitglieder beantragen deshalb mit ihrer Gegenstimme zur Fristverlängerung, dass wir die Dringlichkeit für die Fertigstellung des Gesamtnutzungskonzepts der Innenstadt heute jetzt im Stadtrat entscheiden.

Präsident: Wunderbar, das war auch reglementskonform. Herzlichen Dank. Als nächstes hat das Wort für die Fraktion FDP, Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP) für die Fraktion: Grundsätzlich befürwortet die FDP-Fraktion das Anliegen des Postulats, eine Gesamtsicht zur Nutzung des öffentlichen Raumes zu erarbeiten. Die Berner Innenstadt ist ein begrenzter Raum mit vielfältigen Ansprüchen, sowohl von nicht-kommerziellen wie auch von kommerziellen Akteuren. Was uns aber stört, ist die Unterscheidung zwischen erwünschter und unerwünschter kommerzieller Nutzung. Viele Anlässe, wie etwa das Beach-Volleyball-Turnier auf dem Bundesplatz, sind ohne Sponsoring nicht finanzierbar. Ist das jetzt kommerziell? Oder wenn das SOS-Kinderdorf mit dem Tag der Familien auf dem Waisenhausplatz auf seine Arbeit in Schwerpunktländern aufmerksam macht, fällt das jetzt unter kommerzielle Nutzung? Diese Abgrenzung ist weder praktikabel noch zielführend. Die FDP-Fraktion wird Fristverlängerung annehmen, erwartet aber, dass der Gemeinderat die im Postulat geforderten Priorisierung kritisch hinterfragt und unnötige Verbote vermeidet. Eine Gesamtsicht ist sinnvoll, ebenso eine gute Planung, um eine Übernutzung des öffentlichen Raumes zu verhindern. Aber dieser Raum gehört allen und dazu gehört auch die Wirtschaft. Wenn eine Nutzung im Interesse der Allgemeinheit liegt, soll sie im öffentlichen Raum weiterhin Platz haben.

Präsident: Vielen Dank. Gibt es zu diesem Geschäft noch weitere Fraktionsvoten? Gibt es Einzelvoten? Dann hat für den Gemeinderat Matthias Aebischer das Wort.

Matthias Aebischer, Direktor TVS: Bei diesem Traktandum kann ich mich sehr kurzhalten. Es geht, wie ihr jetzt mehrfach gehört habt, nicht um den Inhalt. Dort sind alle gleicher Meinung: Wir sollen es regeln. Vielmehr geht es nur darum, wann die Arbeit fertig sein soll. Der Gemeinderat ist klar der Meinung, dass man bei einer Partizipation, von der das Ziel ist, dass am Schluss alle dahinterstehen, nichts übereilen sollte. Ob das jetzt noch ein halbes Jahr länger geht oder nicht, ist aus unserer Sicht nicht entscheidend. Der Grund des leicht stockenden Startes ist ja, dass man gesagt hat: Wir

wollen die Partizipation mit dem neuen Stadtrat, also mit euch, und dem neuen Gemeinderat starten. Das ist jetzt der Fall. Ich bitte euch, nicht unnötigen Stress zu verursachen und die Verkürzung des Zeitplans abzulehnen. Merci für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank, Matthias. Wir kommen somit zur Abstimmung. Uns liegen zwei Anträge vor und wir mehren sie aus. Der Gemeinderat beantragt eine Fristverlängerung bis 31.12.2026. Die Fraktion GB/JA beantragt eine Fristverlängerung bis 30.06.2026. Wer dem Antrag des Gemeinderats den Vorzug gibt, stimmt grün. Wer dem Antrag GB/JA den Vorzug gibt, stimmt rot.

Antrag 1
GB/JA
Die Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts ist lediglich bis zum 30. Juni 2026 zu verlängern.

Abstimmung Nr. 013

2015.SR.000216: Antrag Gemeinderat vs. Antrag 1	
Antrag Gemeinderat obsiegt	
Ja	42
Nein	17
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Antrag des Gemeinderats den Vorzug gegeben. Wir stimmen somit über einen obsiegenden Antrag ab. Wer die Fristverlängerung gemäss dem Antrag des Gemeinderats genehmigen will, stimmt grün und sonst rot.

Abstimmung Nr. 014

2015.SR.000216: Antrag Gemeinderat	
Annahme	
Ja	59
Nein	0
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir kommen heute Abend derart gut vorwärts, dass wir Matthias Aebischer noch in der ersten Sitzung verabschieden können. Er darf natürlich bleiben, solange er möchte, aber seine Geschäfte wären hiermit vorbei.

2024.PRD.0052

9 Sportplatz Steigerhubel: Erweiterung Garderobengebäude; Projektierungs- und Baukredit

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nr. 9. Das ist ein Sachgeschäft mit fakultativem Referendum. Es geht um den Sportplatz Steigerhubel, den Projektierungs- und Baukredit für die Erweiterung des Garderobengebäudes. Ich erteile das Wort für die PVS Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Kommission: Ich probiere, mich kurz zu halten, weil das Geschäft eigentlich bislang sehr unbestritten war. Es ist so unbestritten, wie ein Geschäft nur sein kann. Es geht um den Sportplatz Steigerhubel im schönen Holligenquartier, der aufgrund des veränderten Nutzendenverhalten, um es technisch auszudrücken, den heutigen Anforderungen nicht mehr genügt; insbesondere deshalb, weil mittlerweile auch Frauen und Mädchen Fussball spielen. Und als man den Sportplatz gebaut hat, hat man eigentlich nur zwei Mannschaftskabinen, wie man damals gesagt hat, eingebaut. Das ist natürlich für einen Fussballplatz ein bisschen blöd. Deshalb kommt hier diese Vorlage des Gemeinderats mit der Idee, dass man die Kabinensituation verbessert und an diesem Standort eben neu vier Teamgarderoben und zwei Schiri- respektive Trainer*innen-Garderoben hat. Ebenfalls wird ein weiteres WC gebaut, weil die heutige Situation eben auch nicht mehr den Voraussetzungen für die Nutzung des Platzes entspricht. Kosten soll das Ganze ungefähr 2 Millionen Franken. Das kann auf den ersten Blick erstaunen. Wir haben das in der PVS denn auch ein bisschen ausdiskutiert, kritische Fragen gestellt, sind aber überzeugt, dass die Kosten eben durchaus im Rahmen liegen, und empfehlen euch deshalb einstimmig, diese Vorlage anzunehmen. Die PVS hat dann auch noch einen Antrag gestellt, nämlich dass die Verwaltung mit dem SC Holligen, der hauptsächlich diesen Platz nutzt, schauen sollte, ob man nicht eine wasserdichte Store auf der Terrasse im Obergeschoss bauen könnte. Dazu muss man sagen, dass der Platz so gedacht ist, dass man dort im Obergeschoss das Klublokal des FC Holligen hat, das verpachtet ist und rege genutzt wird, und davor eine Terrasse, die sich anbietet, um von dort die oftmals sehr spannenden Spiele der Mannschaften, der Teams mitzuverfolgen. Das Problem an dem Ganzen ist, dass Fussball nicht ein Sport ist, den man vor allem im Juli und im August treibt, so dass ein Sonnensegel, wie es von der Stadtverwaltung geplant wäre, zielführend ist. Vielmehr ist es eben ein Sport, den man in den anderen zehn Monaten spielt, wo es ziemlich viel Regen gibt. Deshalb möchten wir gerne vorschlagen, dass die Stadtverwaltung zusammen mit den Nutzern des SC Holligen nochmal prüft, ob man dort nicht eine sinnvollere Lösung finden könnte, eine wasserdichte Store oder was auch immer, die dann eben für die Leute, die sie brauchen, einen wirklichen Mehrwert bietet. Das wäre es schon. Ihr seht, ich glaube, es ist nicht ein sehr komplexes Geschäft. Wie gesagt, die PVS schlägt euch sowohl unseren Antrag als auch die Annahme der Vorlage einstimmig vor. Besten Dank.

Präsident: Vielen Dank, Dominik. Besteht zu diesem Geschäft Diskussionsbedarf? – Ja, es besteht Diskussionsbedarf. Dann könnt ihr euch anmelden für Fraktionsvoten. Als erster erteile ich das Wort für die Fraktion SP/JUSO Dominique Hodel.

Dominique Hodel (SP) für die Fraktion: In meiner Jugend war ich auch in einem Fussballverein aktiv, nicht hier in Bern, sondern in einem anderen Kanton. Die Zeit, die ich im Training, während den Spielen mit meinen Mannschaftskameradinnen verbracht habe, gehören zu den wertvollsten Erinnerungen meiner Jugend. Diese Erfahrungen haben mir nicht nur soziale Fähigkeiten vermittelt, sondern auch den unschätzbaren Wert von Teamarbeit und Gemeinschaft nähergebracht. Wir, die SP/JUSO-Fraktion, sehen das genauso. Wir sind für ein klares Ja und somit für die Genehmigung dieses Projekts, für die Erweiterung der Garderobengebäude und für den Baukredit des Sportplatzes Steigerhubel. Wie wir bereits gehört haben, gibt es in Bern einen Mangel an Rasensportkapazität. Dieser wird insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Frauenfussball-EM weiter wachsen. Wir brauchen mehr Sportplätze. Darüber sind wir auch in der Fraktion einig gewesen. Wir, die SP-Juso-Fraktion, setzen uns klar für

Gleichstellung und Inklusion ein, auch im Fussball. Die geplante Erweiterung der Garderoben von 2 auf 4, ohne Trainer*innen und Schiedsrichter*innen-Garderoben dazuzurechnen, und die Schaffung von gendergerechten Nassräumen und Toiletten sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und werden den Bedürfnissen aller Geschlechter gerecht. Die Verbesserung der Barrierefreiheit durch eine geplante Rampe, die vorhin noch nicht genannt wurde, wird den Zugang der Sportanlage für alle Nutzer*innen erleichtern und somit eine inklusive Sportkultur fördern. Wir, die SP/Juso-Fraktion, sind überzeugt, dass die finanziellen Mittel, die für die Umsetzung des Projekts benötigt werden, auch gut investiert sind. Gemeinsam können wir die Sportlandschaft in Bern positiv verändern und eine Umgebung schaffen, die für alle eine Möglichkeit bietet, ihre Leidenschaft für den Sport auszuleben. Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank, Dominique. Als nächstes hat das Wort für die Fraktion FDP, Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP stimmt dem Geschäft und dem Antrag zu. Wir sind der Meinung, dass eine elegante und sinnvolle Lösung gefunden wurde, und das in Anbetracht der sehr engen und herausfordernden Platzverhältnisse. Auch sehen wir, dass das Bedürfnis nach mehr Garderoben – eigentlich sollten es noch zwei mehr sein – noch nicht erfüllt ist. Also man konnte das Problem noch nicht definitiv lösen können mit genügend Garderoben. Allerdings finden wir die Kosten sehr, sehr hoch. Zwei Mannschaftsgarderoben, zwei Trainer*innen-Garderoben, eine Damentoilette, ein Lager- und Putzraum sowie ein Aussengeräteraum – dafür sind 2,36 Millionen unglaublich viel Geld. Mit dem kann man zwei Einfamilienhäuser bauen. Der Staat muss unbedingt günstiger bauen.

Präsident: Danke, Thomas. Dann hat als nächstes das Wort für die Fraktion GFL, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Es ist gut, dass die Garderoben auf dem Sportplatz Steigerhubel endlich erweitert werden. Das ist wirklich dringend nötig und auch lange überfällig. Aber was hier vorliegt, reicht eigentlich nicht aus. Zwei Spielfelder und neu nur vier Garderoben. Der Standard wäre vier Garderoben pro Platz und sechs auf zwei Felder. Der Gemeinderat meint, Garderobenkästen vor der Umkleide seien eine flexible und gute Lösung, ein guter Kompromiss. Aber das ist eigentlich nicht wirklich praktikabel. Vor allem nicht für die jüngeren Kinder. Und ich rede heute nicht nur als Fraktionssprecherin, sondern auch als FF-9-Trainerin. Und ich erlebe es in der Saison wöchentlich. Die Teams kommen nicht gestaffelt, die kommen natürlich alle aufs Mal. Und nein, FF-9-Spielerinnen oder auch zum Teil ältere Juniorinnen sind nicht in fünf Minuten einfach fertig, so dass sie die Garderoben übergeben können und dann rausgehen, schön in einer Reihe und dann die Kästchen füllen, sondern die brauchen einfach wirklich manchmal 20 Minuten und mehr. Es sind manchmal auch schon gegen 20 Kinder. Es ergibt irgendwie eine Minute pro Kind, dem man helfen muss, Schuhe zu binden und sich anzuziehen. Das reicht schlicht nicht. Stehen also zu wenige Garderoben bereit, ist das ein grosser Frust. Die Kinder stehen, statt sich aufzuwärmen und einzuspielen, davor und warten auf eine Garderobe. Dann haben wir frustrierte Kinder, Eltern, Trainer*innen und auch Turnierbegleiter*innen. Und wir wissen es alle: Trainerinnen und Trainer sind jetzt schon sehr schwer zu finden, zu rekrutieren und Turnierbegleiter*innen sowieso. Wenn sie bei gewissen Turnieren noch früher als die heute standardmässige Stunde erscheinen müssen, um die Umzieh-Engpässe auch noch zu

bewältigen, und sie danach auch noch länger bleiben müssen als sowieso die 3/4 Stunde, bis alle Kinder wieder umgezogen sind, dann vergrault man einfach Menschen, auf die man eigentlich dringendst angewiesen ist. Wer auf freiwillige Arbeit setzt, muss auch die Rahmenbedingungen dafür bieten. Die Stadt schreibt sich ja auf die Fahne, jedes Kind solle den Sport ausüben können, den es möchte. Das ist natürlich löblich. Aber wenn es um Fussball geht, dann braucht es nicht nur Rasenfelder dazu, das haben wir immer wieder und auf und ab diskutiert, sondern es braucht eben auch andere Infrastruktur, wie so etwas Simples wie die Garderoben. Wir werden selbstverständlich das Geschäft annehmen, um weitere Verzögerungen zu verhindern. Aber es ist eigentlich eine Endlosschlaufe. Wir sind immer wieder an diesem Punkt, wo wir vor der Frage stehen, ob wir verzögern und es besser machen oder ob wir wenigstens das Mindeste machen und dann vielleicht trotzdem noch schauen. Es ist irgendwie so ein Hamsterrad, von dem wir selbst nicht recht wissen, wie wir damit umgehen. Aber wir fordern wirklich explizit, dass die Stadt diesen Punkt ernster nimmt, dass es auch mehr Austausch mit Trainer*innen, Turnierbegleiter*innen und Vereinen gibt, denn sonst hätte man das nicht so leicht abgetan mit diesen Kästchen vorne dran. Es kann nicht sein, dass Kinder und Jugendliche beim Fussballspiel der Stadt Bern eine Garderoben-Lotterie spielen müssen und dass dann Turnierbegleiter*innen je nach Turnier abspringen.

Präsident: Merci, Tanja. Gibt es in diesem Geschäft noch weitere Fraktionsvoten? Gibt es noch Einzelvoten? Also, Chantal, du kannst in diesem Fall für ein Einzelvotum kommen. Wenn ihr sonst noch ein Einzelvotum mithalten möchtet, dann bitte anmelden. - Gut. Das war ein Fehler. Dann wären wir beim Gemeinderat. Ich erteile dort als erstes das Wort Marieke Kruit. Sie teilt sich das Votum mit Ursina Anderegg.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Schon bald steht ja die Frauen-Euro vor der Türe. Ein Event, der dem Frauenfussball sicher noch einmal einen weiteren Boost gibt. Das ist sehr erfreulich. Aber wir brauchen auch die nötige Infrastruktur dazu, sodass eben mehr junge Fussballspielerinnen trainieren können. Der Druck auf die bestehenden Fussballplätze wächst und wir müssen zusätzliche Kapazitäten schaffen. Das soll unter anderem mit dem Bau der Kunstrasenfelder, mit Beleuchtungsanlagen und der Erweiterung von Garderobengebäuden erreicht werden. So sieht es die Rasensportstrategie vor, die ihr später mit der Kollegin Ursina Anderegg diskutieren werdet. Zum Baulichen: Beim Sportplatz Steigerhubel ist eine Erweiterung von zwei auf vier Garderobe-Einheiten geplant. So kann die Anlage mehr genutzt werden. Sie wird auch noch gender- und barrierefrei ausgestattet. Jetzt kann man sagen, dass das die Probleme des Mankos an Rasensportfeldern und eben auch an der nötigen Infrastruktur nur marginal löst. Ja, das ist so, aber es sind viele einzelne Schritte, die grossen und eben auch die kleineren, die schlussendlich zum Ziel führen. Hier gibt es jetzt die Gelegenheit, eben mehr Kapazitäten zu schaffen. Und darum bittet euch der Gemeinderat, diesem Kredit auch zuzustimmen. Dann noch zum Antrag der PVS zur wetterfesten Store. Das werden wir gerne so prüfen.

Präsident: Merci vielmals und jetzt hat für den zweiten Teil das Wort, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Ich werde von der Nutzendenseite noch ein paar Worte verlieren und möchte auch noch betonen, dass erst kürzlich der SC Holligen 94 am stadtinternen Bern Champion in der Kategorie Breitensport für seine vorbildliche Mädchen- und Frauenförderung ausgezeichnet wurde. Das freut es mich natürlich sehr.

Der Klub macht hervorragende Arbeit und führt auch eine grosse Nachwuchs- und Junior*innenabteilung. Und wir wissen es alle: Aufgrund der umliegenden neuen Wohnbauten wächst natürlich der Club auch und stösst an Kapazitätsgrenzen. Und aktuell hat er eben nur die zwei Garderoben und darum ist es auch eine Frage der Zeit und der Dringlichkeit, dass wir dort jetzt vorankommen. Es ist höchste Zeit, dass wir vorankommen. Heute, Marieke hat es schon erwähnt, heute steht auch noch die neue Rasensportstrategie auf der Traktandenliste. Da freue ich mich auch auf die Debatte. In dieser Strategie haben wir 25 Massnahmen definiert, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden müssen, damit wir auch dem Nutzungsbedarf gerechter werden können als heute. Und die Erweiterung dieser Garderobe im Steigerhubel, das ist eben eine dieser Massnahmen – Massnahme 6b, für die, die es interessiert. Und ich bin sehr froh, können wir die jetzt schon abhaken. Vielleicht noch zu dir, Tanja: Es ist ein pragmatisches Projekt, es ist aber auch ein bedürfnisgerechtes Projekt, halt einfach im Rahmen der gesetzlichen und auch der räumlichen Voraussetzungen, die wir dort haben. Man stösst dort an Grenzen, aber man hat mit dem Projekt alles herausgeholt, das man machen kann. Und dann ist es halt auch eine Abwägung zwischen nichts machen, weil man zu wenig machen kann, um länger daran herumzustudieren und vorwärtsmachen, damit man die Kapazität erweitern kann. Ich danke darum dem Stadtrat für die Zustimmung zum Projektierungs- und Baukredit, damit wir das jetzt wirklich anpacken können. Vielen Dank.

Präsident: Vielen Dank. Wir kommen somit zur Abstimmung über das Geschäft. Wir kommen zuerst zum Antrag der PVS, in dem es um die Frage wegen der Store geht. Wir stimmen über den Antrag ab.

Antrag 1
PVS
Der Gemeinderat und die Verwaltung prüfen, die Terrasse in Zusammenarbeit mit dem Mieter SC Holligen durch eine Store oder ähnliches wetterdicht abzudecken.

Abstimmung Nr. 015

2024.PRD.0052: Antrag 1	
Annahme	
Ja	62
Nein	0
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt dem Antrag zugestimmt. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Kredit. Wer dem zustimmen möchte, stimmt grün und sonst rot.

Abstimmung Nr. 016

2024.PRD.0052: Kredit	
Annahme	
Ja	63
Nein	0
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt dem Kredit zugestimmt.

2024.SR.0115

10 Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, GFL (Lea Bill, GB/Mahir Sancar, JA!/Dominik Nellen, SP/Michael Burkard, GFL): Es braucht eine Unterscheidung zwischen kommerziellen und ideellen Flyern

Gemeinsame Beratung der Traktanden 10 und 11.

Präsident: Die Traktanden Nummer 10 und 11 werden wir gemeinsam behandeln. Ich gebe dort als erstes das Wort den Einreichenden. Ich weiss nicht, ob das für beide Geschäfte Lea Bill ist. - Gut. Dann erteile ich das Wort für die Einreichenden zu beiden Geschäften Lea Bill.

Lea Bill (GB): Ich möchte mich noch bedanken, dass wir hier gemeinsam über die beiden Motionen diskutieren können. Die Forderungen sind zwar unterschiedlich, aber es ist so, dass die Motivation für die beiden Motionen die gleiche ist; nämlich, dass das Ausüben demokratischer Rechte prioritär behandelt werden soll, dass der niedrigschwellige Zugang gewährleistet werden soll. Leider muss man auch sagen, dass beide Antworten des Gemeinderates an derselben Stelle kranken. Darum ist es sehr gut, dass wir die Diskussion gemeinsam halten können. Der Grund, weshalb wir diese Vorstösse eingereicht haben: die Demokratie ist ein hohes Gut und wir müssen ihr Sorge geben. Das ist uns gerade in der heutigen Zeit mit dem Aufwind für faschistische und demokratiefeindliche Parteien umso bewusster. Dementsprechend muss aber auch die Ausübung demokratischer Rechte Sorge getragen werden. Das heisst, der Zugang muss niederschwellig sein. Wir haben hier im Saal auch schon über einfache Sprache bei Abstimmungsunterlagen geredet. Das ist zum Beispiel eine Sache. Aber der Zugang dazu selbst politisch aktiv zu werden, zum Beispiel Unterschriften zu sammeln oder auch Flyer zu verteilen, ist ein weiterer Aspekt. Bis heute wäre es zwar eigentlich so, dass bis zu drei Personen ohne Infrastruktur Unterschriften sammeln und Flyer verteilen dürfen, dass das bewilligungsfrei ist. Aber in der Nähe von Veranstaltungen gilt Bewilligungspflicht, wobei die Bewilligung in den allermeisten Fällen nicht erteilt wird – das weiss ich aus Erfahrung – angeblich aus Sicherheitsgründen. Man muss also eigentlich davon ausgehen, dass es in der Stadt Bern verboten ist. Zudem fehlt die Unterscheidung zwischen kommerziellen und ideellen, z.B. politischem "Flyern". Das heisst, Werbung für ein kommerzielles Angebot verteilen, wird gleichgestellt mit dem politischen "Flyern" vor Wahlen und Abstimmungen. Das erscheint uns falsch. Darum fordern wir mit den vorliegenden Motionen, dass erstens die Unterschriftensammlung bis zu drei Personen ohne Infrastruktur auf dem gesamten Stadtgebiet, unabhängig davon, ob es Veranstaltungen gibt oder nicht, bewilligungsfrei sein soll. Und wir fordern, dass es eine Unterscheidung gibt von kommerziellem und ideellem "Flyern". Ideelles "Flyern" soll auf dem gesamten Stadtgebiet bewilligungsfrei sein, kommerzielles "Flyern" hingegen nicht. Und es soll so sein, dass es Einschränkungen nur in gut begründeten Fällen geben soll, und das wirklich nur ausnahmsweise, und dass beides in einem Reglement über die politischen Rechte aufgenommen werden soll. Soweit, so klar und simpel, wäre hier nicht der Gemeinderat, der laut seiner Antwort auch die Ausübung politischer Rechte sehr wichtig für die Demokratie findet. Er findet auch, dass der Zugang niederschwellig sein soll, aber nachher ist er doch nicht bereit, seine Grundsätze zu ändern oder auch seine Praxis. Wieso ist diese Haltung problematisch und für uns nicht akzeptabel? Ich habe es schon gesagt, aber es schadet nicht, es zu wiederholen.

Die Demokratie ist darauf angewiesen, dass das Ausüben demokratischer Rechte niederschwellig möglich ist. Es sollen sich also möglichst viele Menschen tatsächlich daran beteiligen können. Aussagen des Gemeinderats wie, dass die Bewilligungen meistens erteilt würden oder bereits heute Unterschriftensammeln, zum Beispiel auf dem Weg zu Veranstaltungen, möglich sei, verkennen die abschreckende Wirkung einer Bewilligungspflicht. Und der Gemeinderat verkennt auch, dass aufgrund seiner Grundhaltung, das Ausüben demokratischer Rechte nicht prioritär zu behandeln, konkret auf der Strasse zu einer Praxis führt, die Menschen abschreckt und ausschliesst. Von der Polizei weggeschickt zu werden beim Unterschriften sammeln, beim Flyer verteilen, das verunsichert und schreckt ab. Menschen, die schon nicht ewig politisch aktiv sind, wir sprechen nicht nur von Jungen, sondern von Leuten, die irgendwann in ihrem Leben entscheiden, jetzt doch politisch aktiv zu werden, die schreckt das ab. Oder auch Menschen, die sich aufgrund eines fehlenden Schweizer Passes oder grundsätzlich eines nicht genügend abgesicherten Aufenthaltsstatus' solche Konfrontationen nicht leisten können. Das schreckt sie ab. Und das können wir uns nicht leisten und dagegen müssen wir etwas unternehmen. So viel zur Grundsatzhaltung des Gemeinderates. In seinem Wunsch, die Bewilligungspflicht nicht aufzuheben, verliert der Gemeinderat sich dann auch in etwas bizarren Vorstellungen, wie man seinen Antworten entnehmen kann. Er skizziert ein Szenario, dass bei der Aufhebung einer Bewilligungspflicht ganz viele, wahrscheinlich auch gegensätzliche Aktionen, gleichzeitig stattfinden und das Ganze gefährlich werden könnte und die Bevölkerung von solchen Situationen geschützt werden müsse. Dazu kann ich sagen: Schön wär's. Es ist aber mehr als unwahrscheinlich, dass bei der Aufhebung einer Bewilligungspflicht plötzlich Menschen in Scharen auf Veranstaltungen strömen würden und dort für unzählige Initiativen und Referenden gleichzeitig sammeln würden, vielleicht gleichzeitig auch noch Flyer verteilen und sich gegenseitig im Weg stehen würden. Dafür ist die politische Arbeit doch auch sehr mühselig. Und zudem muss ich sagen, aus eigener Erfahrung, bisher hat es in solchen Situationen, wenn man gleichzeitig an einem ähnlichen Ort ist, noch immer eine gute Übereinkunft gegeben mit anderen Sammelnden oder Verteilenden. Und dabei ist es auch nicht darauf angekommen, ob man sich politisch einig ist oder nicht. Aus unserer Sicht ist das ein vorgeschobenes Argument. Zweitens ist es so, dass der Gemeinderat auch so tut, als wäre das Ziel jeder Unterschriftensammlung oder Flyeraktion, die öffentliche Sicherheit zu gefährden oder Menschen zu verärgern. Auch hier kann ich beruhigen. Das ist nicht so. Aber Unterschriften sammeln und Flyer verteilen ergibt vor allem dort am meisten Sinn, wo es viele Leute hat, und dazu sind Veranstaltungen und Märkte ideal. Und ja, es kann schon vorkommen, dass sich Leute durch die Aktionen belästigt fühlen, weil sie vielleicht gar keine Lust auf Politik haben oder es sie überhaupt nichts angeht, das Ganze. Aber da muss ich mit Verlaub auch sagen, es ist eine sehr privilegierte Haltung, zu meinen, dass Politik einen nichts angeht und es nichts mit dem eigenen Leben zu tun hat. Diese Haltung können sich einfach nur die Leute leisten, die genügend Privilegien haben, um apolitisch zu sein, um sich vor politischen Konsequenzen nicht fürchten zu müssen. Aber ich hoffe sehr, dass der Gemeinderat nicht diese Menschen meint, wenn er an einer Bewilligungspflicht festhält, sondern weil, wie er selbst sagt, es um Sicherheitsbedenken aufgrund der Nutzungskonflikte geht. Und hier haben wir als Einreichende eine sehr klare Haltung. Der Gemeinderat tut gut daran, sich hier endlich auch zu bewegen. Die Ausübung demokratischer Rechte muss Priorität haben. Wieso? Das habe ich schon genug ausgeführt. Und in diesem Zusammenhang dürfen wir das auch nicht dem Ermessen einer Bewilligungsbehörde oder einem Veranstalter überlassen, ob die Unterschriftensammlung oder das Flyerverteilen stattfinden kann oder nicht. Das muss eine Grundhaltung sein. Dann

ganz zum Schluss noch zu den rechtlichen Abhandlungen in den Antworten des Gemeinderats: Die Ausführungen täuschen alle nicht darüber hinweg – und das gibt der Gemeinderat in seinen Antworten selbst auch zu –, dass die Stadt Bern durchaus einen Handlungsspielraum hätte und unsere Forderungen umsetzen könnte. Dass es übrigens rechtlich bedenklich sein soll, einen Unterschied zwischen kommerziellem und ideellem "Flyern" zu machen, das sehen wir nicht ein. Gerade bei Werbung in Briefkästen ist es ja sehr wohl möglich, zwischen kommerzieller Werbung und politischer Werbung zu unterscheiden. Bei der kommerziellen Werbung müssen die Adressat*innen ihre Zustimmung geben, bei der politischen Werbung nicht. Wieso soll also diese Argumentation nicht auch beim "Flyern" im öffentlichen Raum möglich sein? Aufgrund all dieser bisherigen Ausführungen sind wir Einreichenden nicht bereit, die Motionen zu wandeln, und bitten euch stattdessen, uns hierbei zu unterstützen und den Motionen zuzustimmen. Herzlichen Dank.

Präsident: Das war eine Punktlandung im doppelten Sinn der Zeit. Herzliche Gratulation. Es ist 19 Uhr, wir wären fertig mit der ersten Sitzung. Denkt daran, es findet noch der Bernmobil-Anlass statt. Und achtet bitte darauf, dass ihr rechtzeitig um 20.30 Uhr wieder da seid, damit wir mit der zweiten Sitzung starten können. Und das Büro soll natürlich seine Bürositzung nicht vergessen. Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 19.01 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

06.05.2025

X

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

27.05.2025

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Anwesenheit in der Sitzung von 20:30 bis 22:20 Uhr

Stadtrat anwesend

Tom Berger, Präsident

Valentina Achermann
Janina Aeberhard
Timur Akçasayar
Debora Alder-Gasser
Emanuel Amrein
Mirjam Arn
Oliver Berger
Natalie Bertsch
Gabriela Blatter
David Böhner
Laura Brechbühler
Michael Burkard
Carola Christen
Francesca Chukwunyere
Laura Curau
Alexander Feuz
Jelena Filipovic
Sofia Fisch
Dominik Fitze
Katharina Gallizzi
Franziska Geiser
Thomas Glauser
Bernadette Häfliger
Georg Häsler
Bernhard Hess
Dominique Hodel
Thomas Hofstetter
Stephan Ischi
Monique Iseli
Seraphine Iseli
Ueli Jaisli
Bettina Jans-Troxler
Anna Jegher
Barbara Keller
Fuat Köçer
Mirjam Läderach
Anna Leissing
Corina Liebi
Maurice Lindgren
Denise Mäder
Esther Meier
Matteo Micieli
Szabolcs Mihàlyi
Tanja Miljanovic
Dominic Nellen
Roger Nyffenegger
Shasime Osmani
Cemal Özçelik
Chantal Perriard
Ronja Rennenkampff
Sarah Rubin
Michael Ruefer
Judith Schenk
Lukas Schnyder
Tobias Sennhauser
Chandru Somasundaram
Michelle Steinemann
Ursula Stöckli
Irina Straubhaar
Johannes Wartenweiler
Lukas Wegmüller
Béatrice Wertli
Janosch Weyermann
Markus Zürcher

Stadtrat entschuldigt

Nadine Aebischer
Lena Allenspach
Lea Bill
Laura Binz
Sibyl Eigenmann
Nik Eugster
Helin Genis
Muriel Graf
Nora Joos
Ingrid Kissling-Näf
Nora Krummen
Salome Mathys
Mehmet Özdemir
Simone Richner
Mirjam Roder

Gemeinderat anwesend

Marieke Kruit PRD
Mattias Aebischer, TVS
Ursina Anderegg BSS
Alec von Graffenried SUE

Stadtkanzlei anwesend

Claudia Mannhart, Leitung Stadtkanzlei

Ratssekretariat anwesend

Nadja Bischoff, Leitung Ratssekretariat
Mago Flück, Cornelia Stücker, Weibeldienste

2024.SR.0115

10 Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, GFL (Lea Bill, GB/Mahir Sancar, JA!/Dominik Nellen, SP/Michael Burkard, GFL): Es braucht eine Unterscheidung zwischen kommerziellen und ideellen Flyern

Präsident: Geschätzte Anwesende, es ist Zeit für die zweite Sitzung. Ich mag es allen von Herzen gönnen, die unten von diesem Buffet essen konnten. Bitte nehmt Platz, fahrt den Geräuschpegel runter. Liebe Leute, ich bitte euch um Ruhe. Geht jetzt an eure Plätze. Dann können wir starten. Vielen Dank. Wir sind bei der Behandlung der Traktanden 10 und 11, die gemeinsam behandelt werden. Bereits geredet haben die Einreichenden. Ihr könnt euch somit jetzt anmelden für die Fraktionsvoten. Dann erteile ich als erstes das Wort für die Fraktion SP-JUSO, Dominic Nellen.

Dominic Nellen (SP) für die Fraktion: Die SP-Juso-Fraktion begrüsst die beiden vorliegenden Motionen ausdrücklich. Beide Vorstösse zielen darauf ab, den öffentlichen Raum als Ort für die Begegnung der demokratischen Teilnahme und des politischen Austausches zu stärken. Sie leisten dabei einen wichtigen Beitrag zur Förderung der demokratischen Kultur in der Stadt Bern. Die erste Motion befasst sich mit dem Unterschriften-Sammeln im öffentlichen Raum. Das Sammeln von Unterschriften für Initiativen, Referenden oder Petitionen ist eine zentrale Säule unserer direkten Demokratie. Es ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern, ihre Anliegen direkt und niederschwellig in politische Prozesse einzubringen. Laut dem Entscheid des Bundesgerichts ist das Sammeln von Unterschriften von bis zu drei Personen als schlichter Gemeingebrauch bewilligungsfrei. Die Praxis der Stadt Bern widerspricht jedoch diesen klaren rechtlichen Grundlagen, indem sie das Unterschriften-Sammeln bei bewilligten Veranstaltungen grundsätzlich untersagt. Das betrifft sowohl kleine Quartierfeste wie auch grössere Veranstaltungen, was in der Konsequenz die demokratische Basisarbeit erheblich einschränkt. Und hier, geschätzte Zuhörende, erklärt mir doch bitte, was in der Stadt Bern anders ist als in der Stadt St. Gallen. Das Urteil hat sich auf St. Gallen bezogen. Die SP-Juso-Fraktion ist der Überzeugung, dass ein solches Vorgehen nicht mit unseren demokratischen Werten vereinbar ist. Politisches Engagement darf nicht davon abhängen, ob eine Bewilligung erteilt wird oder nicht. Die Demokratie lebt davon, dass Menschen ihre Meinung äussern und für ihre Überzeugungen sich einsetzen können, und dass eben gerade im öffentlichen Raum. Einschränkungen beim Unterschriften sammeln müssen die absolute Ausnahme bleiben und dürfen nur aus zwingenden Gründen der öffentlichen Sicherheit erfolgen. Drei Personen, die Unterschriften sammeln, stellen keinen gesteigerten Gemeingebrauch dar, der eine Bewilligungspflicht erst möglich machen würde. Die zweite Motion fordert eine klare und dringend notwendige Unterscheidung zwischen kommerziellen und ideellen Flyern. Bisher werden die kommerziellen Aktivitäten und politische Engagement im öffentlichen Raum gleichbehandelt, was dazu führt, dass das ideelle Flyern den gleichen Einschränkungen unterliegt wie die kommerziellen Promotionen. Das ist nicht nur stossend, sondern auch kontraproduktiv für eine lebendige Demokratie. Die Möglichkeit, politische Flyers zu verteilen, ist ein zentrales Mittel, um Bürgerinnen und Bürger direkt anzusprechen, über politische Anleger zu informieren und zu motivieren, sich an den demokratischen Prozessen zu beteiligen. Insbesondere für kleinere Gruppierungen und Bewegungen, die über begrenzte finanzielle Ressourcen verfügen, ist Flyern essenziell, um ihre Position in den Öffentlichkeiten zu tragen. Eine Einschränkung oder eine Bewilligungspflicht für solche ideellen Ak-

tivitäten steht klar im Widerspruch zum Ziel, Bern als Stadt der Beteiligung zu etablieren. Es darf nicht sein, dass politisches Engagement, das im Kern Dienst an der Gesellschaft und der Demokratie ist, durch bürokratische Hürden zu behindern. Die Motion fordert zu Recht, dass das Flyern im Zusammenhang mit Wahlen, Volksabstimmungen und Initiativen sowie Petitionen im ganzen Stadtgebiet bewilligungsfrei möglich sein muss. Und zwar unabhängig davon, wie viele Personen beteiligt sind. Einschränkungen sollen nur im begründeten Ausnahmefall zulässig sein. Diese Forderung ist für die SP-JUSO so eine notwendige Massnahme, um die demokratische Beteiligung in unserer Stadt zu stärken. Darum stimmen wir für die Annahme beider Motionen.

Präsident: Vielen Dank, Dominic. Als nächstes hat das Wort für die Fraktion Mitte, Laura Curau.

Laura Curau (Mitte): Natürlich finden wir von der Mitte Fraktion, dass Politik im öffentlichen Raum möglich sein soll. Und das ist es auch. Aber nicht alle sind so politikgetrieben wie wir hier und finden es jederzeit toll, angequatscht zu werden oder etwas in die Hand zu bekommen. Wir sind der Meinung, dass die Motionäre hier auch das Bundesgerichtsurteil überinterpretieren. Das Bundesgerichtsurteil bezieht sich auf Fussgängerzonen. Die Motion will jetzt daraus eine Begründung finden für Durchgangspassagen oder Veranstaltungen. Ich bin auch noch Co-Präsidentin von "Kino im Kocher", dem OpenAir-Kino im Kocherpark. Jeden Sommer beleben wir den Kocherpark mit ganz viel freiwilliger Arbeit und machen da kostenlose Kino-Abende möglich, ohne Konsumzwang. Jedes Jahr bekommen wir Anfragen von Unterschriften-Sammlerinnen und Unterschriften-Sammlern oder auch zum Flyern. Wir haben schon verschiedenste Anliegen wie z.B. die Demokratie-Initiative oder die Inklusionsinitiative zugelassen. Es war bereichernd, in unserem OK darüber zu diskutieren, ob die Werte der Unterschriftensammlung, also das Vorhaben, zu unserem Event passen und zum Raum, den wir mit unserem Event gestalten wollen. Es gibt aber durchaus Vorlagen, demokratisch legitimierte Vorhaben, die wir nicht wollen, dass sie unseren Gästen – zum Beispiel, wenn sie für das Bier anstehen –, unter die Nase gerieben werden. Noch viel mehr, es würde auf unsere Veranstaltung zurückfallen. wenn wir es zulassen müssten, dass sie bei uns sammeln dürften. Wir wären fast gezwungen, uns von diesen Anliegen öffentlich sichtbar zu distanzieren. Es wäre uns klar, dass wir nicht zulassen würden, dass für ein demokratiefeindliches oder kulturfeindliches Anliegen gesammelt werden würde, aber auch nicht geflyert werden. Flyern, jetzt wieder beim Beispiel "Kino im Kocher," haben wir immer abgelehnt, auch für unsere Sponsorinnen und Sponsoren von unserem Event, ob kommerziell oder nicht, ist es nicht erlaubt bei uns zu flyern, wegen dem Abfallkonzept, nicht weil überhaupt irgendwie das nicht demokratisch wäre. Es wäre ein falsches Zeichen, wenn wir politische Anliegen auf einmal zulassen würden. Darum lehnen wir auch den zweiten Vorstoss klar ab. Es braucht in diesem Fall keine Unterscheidung zwischen Flyer-Typen. Es ist möglich, vor dem Eingang jeder Veranstaltung jetzt schon zu sammeln und zu flyern. Das soll reichen und gibt eine wichtige Distanz zur Veranstaltung. Bitte bringt unsere Veranstalterinnen und Veranstalter nicht in die Situation mit Leuten vor Ort, in einen Konflikt zu kommen, die irgendein Anliegen haben, das ihrer Veranstaltung nicht entspricht. Die heutigen Bestimmungen sind freundlich für politische Anliegen und lassen trotzdem noch genug Spielraum zu. Wir müssen nicht unsere eigene politische Arbeit in der Stadt Bern überregulieren oder uns irgendwelche Sonderzugaben gewähren. Wir hätten Punkt 1 und 3 als Postulat zugestimmt. Weil das nicht mehr zur Debatte steht, werden wir beide Motionen ablehnen. Merci vielmals.

Präsident: Merci vielmals. Dann hat als nächstes das Wort für die Fraktion GLP-EVP, Debora Alder-Gasser.

Debora Alder-Gasser (EVP) für die Fraktion: Die Motion: "Unterschriften sammeln im öffentlichen Raum grundsätzlich ermöglichen", hat in unserer Fraktion zu reden gegeben. Und es hat sowohl ablehnende Haltungen wie auch Sympathien für die Forderung gegeben. Die demokratie-politischen Instrumente, die wir auf kommunaler, kantonaler und Bundesebene haben, sind einzigartig. Wenn wir die aktuelle politische Weltlage anschauen, dann liegt es auf der Hand, dass wir unsere demokratie-politischen Instrumente und Institutionen schützen und stärken müssen. Zurzeit sind bei der Stadt Bern sechs Initiativen in verschiedenen Stadien hängig. Das Instrument Initiative hat in den letzten zwei Jahren Aufwind bekommen. Man kann also sagen, das Unterschriften sammeln funktioniert und die politischen Instrumente, gerade im Wahljahr, werden fleissig genutzt. Wir finden alle, dass man die politischen Rechte so wenig wie möglich einschränken darf. Aber wie der Gemeinderat in seiner Antwort auch ausführt, gibt es bereits vielfältige Möglichkeiten, und effiziente Möglichkeiten für die Unterschriftensammlung, wie zum Beispiel in den Fussgängerzonen oder in der näheren Umgebung von Veranstaltungen oder mit Bewilligungen von Veranstaltern, wie Sie gehört haben, sogar auf dem Veranstaltungsperimeter. Die Triage und die Interessensabwägung, die mit dem bestehenden Bewilligungsverfahren erreicht werden kann, finden wir sinnvoll. Wir sehen darum nicht, dass es eine spezifische grundsätzliche Lockerung braucht, und lehnen die Motion ab. Jedoch hätten wir bei einer allfälligen Wandlung ein Postulat unterstützt, sodass der Gemeinderat prüfen kann, ob es allfällige andere Möglichkeiten gibt, das Recht reglementarisch zu stärken, ohne dass Sicherheitsrisiken entstehen. Bei der Motion, es brauche eine Unterscheidung zwischen kommerziellen und ideellen Flyern, sind wir uns in der Fraktion schnell einig gewesen. Die Überprüfung, ob etwas ideell oder kommerziell ist, ist oft schwierig. Die Abgrenzung ist nicht immer trennscharf und sie wird schnell ideologisch. Ausserdem ist, wie der Gemeinderat ausgeführt hat, nicht sicher, ob die Unterscheidung zwischen ideellen und kommerziellen Flyern nicht übergeordnete Rechte verletzt. Die aktuelle Handhabung anzupassen, erachten wir, wie es der Gemeinderat auch ausgeführt hat, nicht zielführend. Wir würden etwas anpassen, was sich in der Praxis bewährt. Der öffentliche Raum gehört allen und es gilt die Interessen der unterschiedlichen Stakeholder zu beachten und auszubalancieren. Das macht die aktuelle Handhabung möglich. Wir lehnen die Motion ab und wir finden, Demokratie und Mitgestaltung zu stärken und zu fördern, ist nicht mit einzelnen Reglementsanpassungen gemacht, sondern es ist etwas, von dem wir alle immer wieder herausgefordert sind, unseren Einfluss dafür geltend zu machen. Wir sind alle herausgefordert, unsere Demokratie zu stärken und uns für ein konstruktives Miteinander hier bei uns im Stadtrat und in unserer Gesellschaft einzusetzen. Und auch dafür wollen wir unseren Beitrag immer wieder leisten. Vielen Dank.

Präsident: Merci dir. Dann kommen wir für die Fraktion AL/PdA zu David Böhner.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Die Fraktion AL/PdA/TIF ist den Einreichenden der beiden Motionen sehr dankbar für die beiden Vorstösse. Wir würden uns sehr freuen, wenn sie angenommen werden. Und wir sind auch sehr dankbar, dass ihr sie nicht umgewandelt habt. Es sind echte Motionen, das heisst, die müssen umgesetzt werden, wenn wir sie annehmen. Und nicht ein Postulat, wo man dem Gemeinderat die Möglichkeit lässt, sich wieder herauszuschleichen. Bern als Stadt der Beteiligung will, dass das

Unterschriftensammeln für Initiativen und Referenden bewilligungspflichtig bleibt, bei öffentlichen Veranstaltungen im öffentlichen Raum, sogar wenn nur ein bis drei Menschen Unterschriften sammeln. Das ist an sich schon ein Widerspruch. Wenn man sich in der Stadt im öffentlichen Raum bewegt, muss man damit rechnen, dass es noch andere Leute hat und der Raum eng wird. Das kann man aushalten. Wenn dann noch ein bis drei Menschen Unterschriften sammeln oder Flyer verteilen, kann das vielleicht gemäss juristischer Auslegung des Gemeinderats gesteigerter Gemeingebrauch sein, mit einem gesunden Menschenverstand kann man es aber einfach als Wahrnehmung von unseren demokratischen Rechten nennen. Was betreiben denn die shoppingwütigen Massen, die jeden Samstag in die Innenstadt strömen, wenn nicht gesteigerter Gemeingebrauch? Der öffentliche Raum soll genutzt werden können, um politische Debatten zu führen, in Form von Unterschriften-Sammlungen oder Flyer-Aktionen. Das nennt sich Demokratie. Die Aktivitäten einer Bewilligungspflicht zu unterstellen, ist einschränkend und undemokratisch. Und ja, auch im Kocherpark, auch da ist öffentlicher Raum, liebe Laura Curau, und auch dort soll es möglich sein und das müssen auch die Leute dort aushalten, die an diesen spannenden Veranstaltungen teilnehmen. Wenn man jetzt das Kino Movie mieten und es drinnen machen würde, wäre es eine andere Geschichte, aber im öffentlichen Raum soll das möglich sein. Und vielleicht noch ein anderes Argument für unsere liberalen und bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen. Wegen jeder Unterschriften-Sammlung und Flyer-Verteil-Aktion den Gang zu den Behörden zu bemühen, ist ein unnötiger bürokratischer Aufwand. Wenn ihr also eine schlanke und effiziente Verwaltung wollt, müsst ihr den Vorstoss unbedingt annehmen. Betreffend Traktandum 10 finden wir sehr wohl, dass Unterschiede gemacht werden können und müssen zwischen ideellen und kommerziellen Interessen, wenn Flyer im öffentlichen Raum verteilt werden, so wie das in der Motion vorgesehen ist. Vielen Dank.

Präsident: Merci dir. Dann hat als nächstes das Wort für die Fraktion FDP, Chantal Perriard.

Chantal Perriard (FDP) für die Fraktion: Ich halte das Votum im Namen von meinem Kollegen Nik Eugster. Er hat den Teil für das Traktandum geschrieben. Die Förderung der Demokratie sollte so wenig wie möglich wegen bürokratischer Hürden behindert werden. In einer funktionierenden Demokratie ist es wichtig, dass jede und jeder die Möglichkeit hat, sich frei und ungehindert zu äussern. Und dann noch habe ich Angst vor einem Wettrüsten der Parteien vor den Wahlen. Wenn plötzlich auf dem Breitenrainplatz vier Parteien am Flyern sind mit je zehn Leuten, dann schiessen wir über das Ziel hinaus. Dann können wir unsere Message nicht besser herüber bringen im Gegenteil. Die Bernerinnen und Berner werden wegen der Belagerung eher ablehnend reagieren. Und das Gegenteil passiert. Es gibt eher weniger Demokratie als mehr Demokratie. Die jetzige Regelung ist gut. Sie garantiert, dass für grössere Aktionen der öffentliche Raum fair geregelt, verteilt wird. Und kleinere Aktionen mit bis zu drei Leuten sind noch immer problemlos möglich. Es wäre eine Verschlimmbesserung der Situation. Und darum lehnt bitte, wie wir, die Motion in allen Punkten ab. Was mich aber hässig macht, ist der Seitenwagen. Es wird eine Liberalisierung bei den nicht kommerziellen Flyern gefordert und in Punkt 4 noch gerade eine Verschärfung von Regelungen für kommerzielle Flyer. Erstens, ich weiss nicht, wann ich das letzte Mal auf öffentlichem Grund einen kommerziellen Flyer in die Hand gedrückt bekommen habe. Das passiert fast nie, bis gar nie. Wenn, dann ist es für ein Konzert oder es ist eine Freikirche und dann muss man dann mal noch jemandem erklären, ob das kommerziell oder nicht kommerziell ist. Flyer werden im Bahnhof verteilt oder in der Migros oder im Coop. Und

dort müssen alle Aktionen bewilligt sein oder sie sind vom Laden selber. Wir wollen also etwas mehr regeln, was kein Problem ist. Und es zeigt die wahre Haltung der Motionärinnen und Motionäre. Nämlich, dass wir mit diesem demokratiepolitischen Anliegen im Seitenwagen nur ein Werbeverbot oder eine Werbeeinschränkung mehr durchdrücken wollen. Ich bin froh, dass der Gemeinderat schon darauf hinweist, dass da höchstes Recht tangiert wird. Aber so oder so, wir sagen zu allen Punkten Nein, weil die jetzige Regelung gut ist und reicht. In einer funktionierenden Demokratie ist es von zentraler Bedeutung, dass jede und jeder die Möglichkeit hat, sich frei und ungehindert politisch zu äussern. Wir sind uns aber auch bewusst, dass es gewisse Einschränkungen braucht, um den öffentlichen Raum zu schützen und die öffentliche Ordnung zu wahren. Nach sorgfältiger Abwägung sind wir der Ansicht, dass die vollständige Aufhebung der Bewilligungspflicht, wie sie in der Motion vorgeschlagen wird, nicht zielführend ist. Wir teilen die Auffassung des Gemeinderats, dass insbesondere bei grossen Verteilaktionen oder Veranstaltungen, die den öffentlichen Raum bereits beanspruchen, eine gewisse Regelung notwendig ist, um die Zugänglichkeit und Sicherheit für alle zu gewährleisten. Aus diesem Grund lehnen wir die Motion ab. Herzlichen Dank.

Präsident: Sorry, jetzt habe ich gemeint, dass du mit dem ganzen Votum fertig bist, und habe dich abgestellt. Kann nochmals jemand Chantal anmelden? Entschuldigung, das ist mein Fehler. Du kannst dein Votum jetzt fortführen, Entschuldigung.

Chantal Perriard (FDP): Schon gut. Zum Zweiten: Die Motion fordert, dass die Unterschriftensammlung im öffentlichen Raum grundsätzlich bewilligungsfrei sein soll. Auch in Bereichen, in denen bereits bewilligte Veranstaltungen stattfinden. Ein Anliegen, das auf den ersten Blick sinnvoll erscheint, da es die demokratische Partizipation fördern möchte. Wir müssen uns aber auch die praktischen und sicherheitsrelevanten Aspekte dieses Vorhabens anschauen. Bei grösseren Veranstaltungen, wo viele Menschen unterwegs sind, könnte das Sammeln von Unterschriften zu Beeinträchtigungen führen, etwa durch das Verengen von Wegen oder das Blockieren von wichtigen Zugängen. Die bestehende Regelung zum Unterschriften sammeln, in solchen Fällen mit der Zustimmung der Veranstaltenden zu führen, stellt sicher, dass die Aktivitäten ohne negative Auswirkungen auf den Ablauf der Grossveranstalter stattfinden können. Aus diesem Grund schliesst sich die Fraktion FDP dem Gemeinderat an und lehnt die Aufhebung der Bewilligungserfordernisse ab. Merci.

Präsident: Jetzt ist fertig. Danke vielmals. Dann für die Fraktion SVP, Bernhard Hess.

Bernhard Hess (SVP) für die Fraktion: Die SVP-Fraktion begrüsst die Überweisung beider Motionen. Und liebe Chantal, du hast vorhin gesagt – ich habe schmunzeln müssen –, dass du befürchtest, dass es auf dem Breitenrainplatz, irgendwann am Samstagmorgen, zum Beispiel vor Wahlen oder Abstimmungen, was hast du gesagt, glaube ich, vier Parteien mit je zehn Leuten, dort würden Flugblätter verteilen oder Unterschriften sammeln. Da muss ich einfach sagen, das ist ja völlig unrealistisch. Also wir wissen alle zusammen, dass es meistens sogar relativ schwierig ist, so zwei, drei Helferinnen und Helfer zu mobilisieren. Also das ist wirklich absolut kein Problem, das man da sieht. Allenfalls natürlich die Sozis sind vielleicht die Einzigen, die das hinbekommen. Also ich muss sagen, dort draussen bei uns, in Bümpliz, beim Abstimmungslokal, da bin ich fast ein wenig neidisch, wie ihr da, mit sechs, sieben Leuten aufmarschieren könnt, wenn man selber vielleicht zwei oder drei Personen hat, Maximum. Man muss sich auch

bewusst über die Bewilligungsverfahren sein, die man da hat: Man muss bei der Gewerbepolizei ein Gesuch stellen, dann muss man schreiben, welche Plätze man da wünscht und dann wird einem das so zugeteilt. Das ist genauso auf einen Plan eingetragen. Da ist zum Beispiel Standplatz Nummer 1 beim Kornhaus und dann Standplatz Nummer 2 beim Casino. Dort ist noch ein dritter Standplatz. Mittlerweile gibt es zum Beispiel auch in Bümpliz einen. In Betlehem wollten wir schon einmal einen. Aber das ist auf jeden Fall nachher immer dann auch ein auskäsen. Also ganz am Schluss ist es so, dass die verschiedenen Parteien natürlich dann auch ein Gesuch stellen. Dann heisst es ja – das habe ich gerade erlebt bei unserer Initiative, die wir hatten, dem Streichelzoo –, da hat es dann geheissen, ja, in der Länggasse ist das Grüne Bündnis dran, aber am nächsten Samstag, da könntet ihr dann kommen, dann seid ihr dann allein, und da steht noch ein zweiter Standplatz dort. Auf jeden Fall, das ist nicht so einfach. Und das ist wirklich, das muss ich schon sagen, das ist an und für sich für eine direkte Demokratie, wo man doch das Unterschriften sammeln, Initiativen, Referendum, wo man das hochhält, wo man das sehr schätzt, auch etwas unwürdig. Dann kommt noch dazu, mindestens bei den Unterschriften-Sammlungen ist es natürlich auch so, dass es auch immer interessante Diskussionen gibt. Das weisst du ja selber auch, Chantal, die eigentlich wertvoll sind. Oder dass man auch manchmal mit politischen Gegnern diskutiert und das ist auch das Schöne. Sonst haben wir dann irgendwann die Situation wie in den USA, wo man wirklich eine total verhärtete Front hat. Deswegen sind wir dafür, dass mindestens drei Leute mit einer mobilen Einrichtung, was gut und praktisch ist und auch nicht viel Platz braucht, Unterschriften sammeln dürfen. Also eine mobile Einrichtung, das würde deutlich weniger Platz brauchen als zum Beispiel ein Märitstand und das sollte eigentlich nebeneinander vorbeigehen, überall im öffentlichen Raum. Bei den Flugblattverteilaktionen ist es nicht so einfach ist, die Flugblätter zu verteilen. Also sehr viele Leute nehmen kein Flugblatt mehr, aber ich bin der Meinung, dass es eigentlich möglich sein sollte und dass man auch einen Unterschied macht zwischen den kommerziellen Flugblättern und den politischen. Das muss man sich auch bewusst sein, wenn man Flugblätter in Briefkästen verteilt, dass man das als politische Partei oder Organisation darf, hingegen bei den kommerziellen nicht. Also man macht dort die Unterscheidung eigentlich schon und deswegen könnte man das auch im politischen Bereich machen. Wie gesagt, es wird jetzt spannend, wie die Abstimmung sein wird, aber vielleicht ist die SVP noch das Zünglein an der Waage, dass die beiden Motionen durchkommen.

Präsident: Merci vielmals. Dann hat als nächstes das Wort für die Fraktion GFL, Michael Burkard.

Michael Burkard (GFL) für die Fraktion: Bernhard Hess, du bist wieder einmal für eine Überraschung gut. Jetzt muss ich ein bisschen improvisieren, weil eigentlich habe ich mit dem Verweisen auf die Streichelzoo-Initiative und "mehr Wohnungen für Bern" sagen wollen, dass das an sich hier überhaupt kein links-rechts Anliegen ist, wie wir lange meinen konnten, wenn wir hier die Debatte verfolgt haben. Bis jetzt, bis Bernhard kam, der gesagt hat, ja, eigentlich stimme ich da voll zu, was da geschrieben worden ist. Und so ist es genau richtig. Also gerade der Streichel-Zoo und "mehr Wohnungen für Bern", zeigt, dass alle Unterschriften sammeln, alle machen Wahlkampf, alle müssen auf die Strasse, alle müssen probieren, die Stimmberechtigten irgendwo in ein Gespräch zu verwickeln und zu überzeugen. Auch Leute, die nicht im Stadtrat sind, wie Tier im Fokus (TIF) oder irgendetwas im Stadtrat mit Anliegen zu kommen. Irgendwie irreale Anliegen probiert man an die Leute zu vermitteln. Das ist das eine, es ist kein linkes Anliegen,

sondern eines, das alle betreffen muss. Es gibt nämlich politische Grundrechte. Das ist das Thema. Und das andere ist, wenn man beim Strassenwahlkampf gesehen hat – unser Grüppchen war beim Mühle-Spiel, da bei den Coffee Fellows, beim Märit und da waren wir nicht die Einzigen –, dass ganz viele kamen. Da durfte man das plötzlich, weil fast alle, die ganze Prominenz da aufgetaucht ist. Und da ist das möglich gewesen. Und sicher hat es Leute gegeben, die ausgewichen sind, je nach Couleur und so, aber es hat auch spannende Gespräche gegeben. Und ich habe nicht das Gefühl, dass der Märit dort lahmgelegt worden ist, weil man dort mobil probiert hat Flyer zu verteilen oder mit den Leuten ins Gespräch zu kommen.
Also der Märit ist nicht zusammengebrochen, weil dort Wahlkampf gemacht worden ist. So ist es nicht. Und die Beschwörung von dem gesteigerten Gemeingebrauchs, dass man da Rettungsgassen bilden muss, mit apokalyptischen Szenarien, wo man da Notfallpläne erarbeiten müsste, falls irgendein Brand ausbricht auf dem Märit und dann kommt die Sanität nicht durch mit Blaulicht, das ist wirklich an den Haaren herbeigezogen. Und es sind alles mobile Anlagen, Bernhard hat es gesagt, es ist schneller weg als manche Personen mit zwei Einkaufstaschen und Kinderwagen. Das sind immer so vorgeschobene Argumente, wenn man rechtlich nicht weiterkommt. Und der Kollege hat es schon gesagt, rechtlich ist da kein Fleisch am Knochen. Das ist wirklich nicht so, die restriktive Auslegung dort, dient nur dazu der Diskussion auszuweichen. Man will einfach nicht und flüchtet sich in eine restriktive Auslegung mit Sicherheitsüberlegungen, die gar nicht realistisch sind. Man merkt es gut, leider ist es dieses mal auseinandergenommen worden bei dieser Debatte, letztes Mal war es zusammen. Wir haben noch die Videoüberwachung gehabt. Dort hat der Gemeinderat interessanterweise den gesteigerten Gemeingebrauch ganz anders ausgelegt. Er wollte nämlich plötzlich nicht, dass wir den gesteigerten Gemeingebrauch annehmen. Denn dann hätte er auch mit den Kamera-besitzenden oder Kamera-einrichtenden Privatleuten, plötzlich in Verhandlungen treten müssen und sagen, das geht nicht, das will man nicht, man will ja niemanden auf die Füsse treten. Sondern man sagt, nein, das ist nicht gesteigerte Gemeingebrauch jetzt die Kameras, aber das hat man jetzt auseinandergenommen, diese Geschäfte. Aber dort würde man sehen, wie man eigentlich das gleiche juristische Konstrukt herbeizieht, mit je unterschiedlicher Begründung, einmal um Vorstösse zu versenken und einmal, um mit einer permissiven Auslegung Video-Überwachung zu tolerieren, das ist natürlich ein bisschen schwach.
Wir gewichten die politischen Grundrechte höher als andere Interessen, mindestens gleichwertig. Es muss eine Aushandlung stattfinden. Ich verstehe den Einwand von Laura Curau mit dem Kocherpark, das kann effektiv ein Problem sein bei kulturellen Veranstaltungen, das kann ich nachvollziehen. Dort sind aber auch in beiden Vorstössen Ausnahmemöglichkeiten vorgesehen, dass wir bei den anderen – das sind auch nicht kommerzielle Veranstaltung –, dass man dort sagt, wenn man einen kulturellen Fokus hat auf das Thema, dann kommt etwas, was völlig widerspricht, dass man dort eine Einschränkung machen muss, leuchtet mir ein. Es gibt auch noch ein anderes Thema, das man allenfalls überlegen müsste, nämlich die kommerziellen Sammler*innen die jetzt neuerdings immer mehr ein Problem sind. Es ist eigentlich nicht die Idee, dass bezahlte Sammler*innen die interessanten Stellen einfach fluten. Dort müsste man noch irgendeinen Hebel haben und eine Möglichkeit. Aber ich denke, die Ausnahmebestimmungen, die in den beiden Vorstössen angedacht sind, reichen, um die beiden Bedenken auszuräumen. Darum kann man den beiden Vorstössen selbst als Motion zustimmen. Ich bitte euch an dem festzuhalten, unerwarteterweise ganz im Sinne von meinem Kollegen . Bernhard Hess, vielen Dank für dein Votum.

Präsident: Danke vielmals. Es gibt keine Fraktionsvoten mehr, das ist richtig. Dann frage ich, ob es Einzelvoten gibt zu diesen Geschäften. Gibt es auch nicht. Dann hätte für den Gemeinderat das Wort Marieke Kruit.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Das Unterschriftensammeln ist für eine lebendige, direkte Demokratie natürlich von grosser Wichtigkeit und soll darum auch möglichst unkompliziert möglich sein. Ich glaube, dass wir uns hier im Saal alle einig sind. Darum ist es in der Innenstadt aktuell auch erlaubt, mit bis zu drei Personen und mobiler Infrastruktur ohne Bewilligung Unterschriften zu sammeln. Wird der Perimeter bereits durch eine bewilligte Veranstaltung, das könnte der Märit sein, beansprucht, ist der Raum für andere Nutzungen in der Regel ein wenig eingeschränkt, weil es so ein Sicherheitsrisiko darstellen könnte, z.B. Fluchtwege müssen offen sein und auch der Zugang zu den Liegenschaften muss gewährleistet sein. Nach Auffassung des Gemeinderates hat sich die bestehende Regelung grundsätzlich bewährt. Es ist bis jetzt meines Wissens kaum jemand daran gehindert worden, Unterschriften zu sammeln. Bewilligungen werden in der Regel wirklich ohne Weiteres erteilt. Wir sind aber natürlich gerne bereit, im Rahmen eines Postulats zu klären, wie wir das Recht auf Unterschriften sammeln, reglementarisch weiter stärken können, ohne dass ein Sicherheitsrisiko besteht. Zur Unterscheidung zwischen kommerziellen und ideellen Flyern. Wie bereits erwähnt, sind öffentliche Aktionen wichtig für die direkte Demokratie. Darum ist das Verteilen von Flyern mit bis zu drei Personen bewilligungsfrei möglich. Punkt 1 bis 3 nimmt der Gemeinderat als Postulat entgegen. Punkt 4 lehnt der Gemeinderat ab, und zwar aus folgendem Grund: Kommerzielles Flyern durch bis zu drei Personen muss gemäss übergeordnetem Recht bewilligungsfrei möglich sein. Punkt 4 ist darum nicht umsetzbar gemäss dem Gemeinderat.

Präsident: Vielen Dank. Wir kommen somit zur Abstimmung zu diesen zwei Vorstössen. Ich stelle fest, sie sind nicht gewandelt worden. Es sind zwei Motionen. Ich gehe nicht davon aus, dass punktweise abgestimmt wird. Dann würden wir entsprechend als erstes über einen Vorstoss zu Traktandum 10 abstimmen. Wer die Motion erheblich erklären will, stimmt grün. Wer sie ablehnt, stimmt rot.

Abstimmung Nr. 017

2024.SR.0115: Erheblicherklärung	
Annahme	
Ja	44
Nein	19
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt diese Motion für erheblich erklärt.

2024.SR.0114

11 Interfraktionelle Motion GB/JA!, SP/JUSO, GFL (Lea Bill, GB/Mahir Sancar, JA!/Dominik Nellen, SP/Michael Burkard, GFL): Unterschriftensammeln im öffentlichen Raum grundsätzlich ermöglichen

Gemeinsame Beratung der Traktanden 10 und 11: siehe Traktandum 10.

Präsident: Wir kommen somit zur Abstimmung über die Motion bei Traktandum 11. Wer die erheblich erklären will, stimmt grün. Wer sie ablehnt, stimmt rot.

Abstimmung Nr. 018

2024.SR.0114: Erheblicherklärung	
Annahme	
Ja	45
Nein	17
Enthalten	2

Präsident: Ihr habt auch die Motion erheblich erklärt.

2024.SR.0066

12 Interpellation Nik Eugster (FDP), Florence Pärli (JF): Neue Organisationsverordnung: Ist die Zuteilung der Aufgaben auf die einzelnen Direktionen ausgewogen?

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 12. Das ist eine Interpellation. Ist da vonseiten der Einreichenden die Diskussion gewünscht? Die ist nicht gewünscht. Dann hätten die Einreichenden eine Minute Zeit für eine kurze Erklärung. Oliver du musst dich noch schnell anmelden. Nein, jetzt bist du wieder weg. Genau, dort. Für die Einreichenden hat das Wort, Oliver Berger. Eine Minute.

Oliver Berger (FDP) für die Einreichenden: Besten Dank, ich halte das Votum in Vertretung von Nik Eugster. Die Grundlage unserer Interpellation ist eigentlich sonnenklar. Es steht im Artikel 124 der Gemeindeordnung in Absatz c: Bei der Zuteilung der Direktionen ist darauf zu achten, dass es eine gleichmässige Verteilung der Arbeitslast und der Führungsverantwortung gibt. Es ist einfach Fakt, dass die SUE wesentlich kleiner ist als alle anderen Direktionen und dass die BSS eine Führungsspanne hat, die überproportional ist. Es wird also die Gemeindeordnung nicht eingehalten. Wir haben uns darum eine andere Antwort vom Gemeinderat gewünscht. Sie schreiben selber, dass es wichtig sei, Entwicklungen, die den Einfluss auf eine Organisation haben könnten, immer wieder zu beobachten und gegebenenfalls organisatorische Anpassungen vorzunehmen. Dann werden aber x Gründe angegeben, warum man nichts ändern sollte. Wenn eine Reorganisation eine Zusatzbelastung für die Mitarbeitenden ist, zum Beispiel, ist aber auch eine Direktionsleitung,...
Der Präsident bittet, zum Schluss zu kommen.
...die wie zu viel Eisen im Feuer hat, auch eine Zusatzbelastung für Mitarbeitende. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Danke vielmals. Der Zufriedenheitsgrad ist "nicht zufrieden". Danke.

2024.SR.0050

13 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz /Thomas Glauser, SVP): Provisorium Volksschule Kirchenfeld im Gaswerkareal: Verbesserung der

Schulwegsicherheit: Bau eines Brückenprovisoriums unten an der Aare, um den Zugang zum Provisorium zu verbessern! Der Gemeinderat habe bei der Armee und den zuständigen kantonalen Stellen abzuklären, unter welchen Voraussetzungen dies möglich wäre

Präsident: Dann kommen wir zu Traktandum Nummer 13. Das ist eine Motion als Richtlinie der Fraktion SVP. Da es schon vorgängig kommuniziert worden ist, teile ich mit, damit ihr es schon jetzt gehört habt: Die Ziffer 1 ist von den Einreichenden zurückgezogen worden und die Ziffern 2 und 3 sind in ein Postulat gewandelt. Das ist nach wie vor richtig so? Der Einreichende bestätigt es. Und da die Motion bestritten ist, erteile ich das Wort für die Einreichenden an Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich danke Tom Berger ausdrücklich dafür, dass er hier auf das hingewiesen hat. Ich habe den Fraktionspräsidien etwa zwei oder drei Mal schon zukommen lassen, dass wir Ziffer 1 zurückgezogen haben und dass wir den ganzen Vorstoss gewandelt haben in ein Postulat. Ich habe in Gesprächen mit vielen Kollegen festgestellt, dass offenbar die Botschaft nicht angekommen ist. Es ist ganz entscheidend. Zu Ziffer 1 halte ich klar fest, die ist falsch. Es ist wahrscheinlich Armee 61 oder Truppenordnung 1907 oder was auch immer, wo das ich mich berufen habe. Die Armee hat früher so Stege gemacht. Das ist klar, das kann man nicht machen, das habe ich auch gesehen bei der Antwort. Das ist nicht mehr, wie es war, als ich mal in der Offiziersschule, Zentralschule ausgebildet wurde. Da ist man weitergegangen, darum ziehen wir die ersatzlos zurück, über das reden wir gar nicht mehr. Ganz wichtig ist, dass wir auch nicht mehr über die Motion reden. Wir reden wirklich von einem Postulat. Es geht hier, und das ist für mich ein grosses Anliegen, da bin ich wirklich mit Herzblut dabei, um eine Verbesserung der Schulwegsicherheit für das Gaswerkprovisorium. Und zwar ist nicht der Weg links gut oder rechts gut. Entweder kann man dort über die Aare gehen und die Kinder und die Eltern haben eine rasche und gute Verbindung, oder man hat es eben nicht. Und ich kann euch jetzt sogar sagen, was die Begründung ist. Ihr seht, bei diesem Gaswerkareal gibt es jetzt eben ein Schulraumprovisorium für den Umbau des Kirchenfeldschulhauses. Ihr wisst, ich war dort sicher nicht dafür, ich habe immer Bedenken gehabt, aber um das geht es auch nicht. Es geht jetzt darum, dass während dem Umbau die Kinder drüber gehen können. Und jetzt haben wir ein Provisorium, das erstellt worden ist wegen dem Schönausteg. Und der Schönausteg kommt jetzt wieder einmal zurück und da müssen wir eigentlich das Provisorium aufheben. Aber die Brücke ist jetzt dermassen nahe am Provisorium dieser Schule unten im Gaswerkareal, dass es eben sinnvoll wäre, dass man die weiterhin dort belassen würde. Ich mache ein Beispiel: Es gibt Kinder im Kindergarten oder in der Schule, da muss die Mutter, wenn es die Brücke nicht gibt, runtergehen zum Dalmaziquai, muss wieder raufgehen mit dem Kind über die Monbijou-Brücke und genau das gleiche beim Abholen. Es sind dann Bedenken aufgekommen wegen dem Hochwasserschutz. Mir ist auch klar, dass, wenn wir mal wieder ein Jahrhundert-Hochwasser hätten, man diese Brücke wahrscheinlich sperren muss, wie man die Altenbergbrücke auch sperren musste. Aber ich bin der Meinung, dass es hier darum geht, eine Lösung zu suchen und zu finden, darum auch nicht als Motion, sondern nur als Postulat. Ich würde sagen, wenn man eine Brücke hat, ein Provisorium, das sich bewährt hat, das für das Quartier und die Kinder Vorteile bringt, dann bin ich der Meinung, sollte man das Provisorium, genauso wie es ist, lassen. Wir haben hier auch gesagt, als Postulat. Wir geben hier dem Gemeinderat einen grossen Spielraum, vielleicht kann er von sich aus die nötigen Schlussfolgerungen ziehen, die nötigen Verbesserungen ziehen. Denn ich sage euch

ehrlich, ich weiss jetzt nicht, ob sie schon publiziert sind, die Abgänge der Monbijou-Brücke, sie sind ja auch nicht bewilligt. Meine Tochter geht dort im Brückenpfeiler ins Ballett und manchmal ist der Lift kaputt oder nicht kaputt, wenn alle Kinder gleichzeitig, um die gleiche Zeit in die Schule gehen wollen oder in die Schule gehen sollten. Um pünktlich zu sein, gibt es da ziemlich einen Puff. Darum sage ich, lasst den Verbindungsweg doch offen. Denkt an die Kinder. Ich wohne nicht dort unten, aber gerade beim Dalmaziquai müssen sie sonst hochgehen zur Brücke und dann müssen sie wieder runtergehen auf der anderen Seite. Da bin ich der Meinung, man sollte doch versuchen für die Kinder eine Lösung zu machen. Das ist jetzt nicht ein SVP- – ein rechter oder ein linker – Vorstoss, es geht darum, dass man über die Aare kommt, einen guten Schulweg hat und darum bitte ich dem Vorstoss zuzustimmen, auch wenn er von der SVP kommt. Ich danke für die Unterstützung. Merci.

Präsident: Merci, Alex. Dann könnt ihr euch bei diesem Vorstoss für die Fraktionsvoten anmelden. Da besteht kein Redensbedarf. Gibt es Einzelvoten? Das ist auch nicht der Fall. Dann würde ich auch hier für den Gemeinderat das Wort Marieke Kruit erteilen.

Marieke Kruit, Stadtpräsidentin: Ich kann es wirklich ganz kurz machen. Der Bau dieser Brücke wurde von Hochbau Stadt Bern geprüft. Sie wäre theoretisch machbar, doch sind die Anforderungen an ein bewilligungsfähiges Brückenprovisorium über die Aare sehr hoch, also unverhältnismässig hoch. Das ist mal das eine. Und zudem verlangt das VBS eine monatliche Miete von 50'000 Franken. Der Gemeinderat beantragt darum, die Motion auch als Postulat abzulehnen. Es ist wirklich unverhältnismässig.

Präsident: Merci vielmals. Dann kommen wir hier bereits zur Abstimmung. Wir stimmen ab über die Punkte 2 und 3 als Postulat. Wer die erheblich erklären will, stimmt grün. Wer sie ablehnt, stimmt rot.

Abstimmung Nr. 019

2024.SR.0050: Punkte 2 und 3 als Postulat

Ablehnung

Ja	6
Nein	55
Enthalten	0

Präsident: Ihr habt den Vorstoss abgelehnt.

2016.BSS.000084

14 Rasensportstrategie der Stadt Bern 2024

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 14. Das ist die Rasensportstrategie der Stadt Bern. Das ist ein Bericht des Gemeinderats ans Parlament. Wir stimmen zum Schluss über eine Wertung des Berichts ab. Also nicht die Annahme oder Ablehnung des Berichts, sondern einfach, ob wir den zustimmend, ablehnend oder ohne Wertung zur Kenntnis nehmen. Und für die Kommission SBK würde ich Janina Aeberhard das Wort erteilen, wenn sie angemeldet wäre. Janina, du hast das Wort. Vergiss nicht das Pult herunter zustellen.

Janina Aeberhard (GLP) für die Kommission: Die geltende Rasensportstrategie, die damals bereits aufgrund eines Mankos an Rasensportflächen entstanden ist, stammt aus dem Jahr 2016. Die Strategie ist jetzt mit dem vorliegenden Geschäft überarbeitet worden. Von 2007 bis 2021 ist die Nachfrage an Rasenplätzen in der Stadt etwa gleichgeblieben. Ab 2021 gab es eine starke Zunahme, insbesondere Frauen- und Mädchen-Fussball wurde populärer. Mit der Frauen-Fussball-EM dieses Jahr könnte die Nachfrage noch mehr steigen. Als man die bisherige Rasenstrategie erarbeitet hat, hat man die stark steigende Nachfrage an Rasensportflächen noch nicht erahnen können. Gemäss einer Umfrage des Sportamtes aus dem Jahr 2022 planen die Berner Rasensportvereine in den nächsten fünf Jahren, 81 neue Teams zu gründen. Davon 57 im Nachwuchsbereich. Das einfach so, damit ihr ungefähr die Grössenordnung habt, was da an Nachfragen noch besteht. Und neben der steigenden Nachfragen ist das Angebot sogar kleiner geworden, weil das Projekt im Bottigenmoos mit vier Rasenfeldern nicht realisiert werden konnte. Darum ist es nötig geworden, diese Strategie zu überarbeiten. Das Ziel ist, das Manko aufzuzeigen und verbindliche Massnahmen zu definieren, wie das in den nächsten zehn Jahren bis 2035 behoben werden kann. Das Manko an Rasenflächen soll behoben werden, damit vor allem Kinder und Jugendliche weiterhin ihre Rasensportart ausüben können. Die wachsende Nachfrage im Mädchen- und Frauenfussball kann gedeckt werden und damit sich die Rasensportvereine weiterentwickeln können. Die Strategie ist sehr umfangreich und auch ambitioniert. Sie ist kapazitätsorientiert erarbeitet worden. Das heisst, man hat zuerst ermittelt, dass jährlich 12'000 Nutzungsstunden fehlen. Dann hat man verschiedene Massnahmen angeschaut und errechnet, wie viele zusätzliche Nutzungsstunden die einzelnen Massnahmen hergeben. Grob zusammengefasst beinhaltet die Strategie folgende Massnahmen: Trainings sollen optimiert werden, in dem Sinn, dass öfters auf Kleinfeldern trainiert wird. Gewisse Schulrasen sollen noch stärker belegt werden als aktuell. Mit Hilfe von Beleuchtungsanlagen, und zwar auch mobilen Beleuchtungsanlagen, soll die Trainingskapazität auf bestehenden Rasenfeldern erhöht werden. Mit der Umwandlung von Naturrasen, der ohne Vorschriften aufgebaut ist, in einen sogenannten DIN-Rasen – das ist jetzt sehr technisch – werden auch mehr Nutzungsstunden möglich, weil der Rasen einfach strapazierfähiger ist. Die Anzahl an Kunstrasenplätzen soll erhöht werden, um zusätzliche Kapazitäten zu gewinnen. Aktuell gibt es 12 Kunstrasenfelder und man will das erhöhen auf 16. Und an verschiedenen Standorten müssen auch die Garderoben und Duschanlagen saniert oder erweitert werden. Wir hatten gerade so ein Geschäft hier im Rat. Zudem kann mit dem Bau von neuen Sportplätzen natürlich auch das Maximum an Kapazitäten dazugewonnen werden, aber die Flächen der Stadt Bern sind natürlich begrenzt und die Planung und Realisierung von neuen Rasenplätzen braucht auch Zeit. Darum würden solche Massnahmen erst ab 2035 zum Tragen kommen. Die Strategie ist umfangreich, ich habe es schon gesagt, darum hier einfach noch vier Punkte, die wichtig sind zu wissen. Gemäss der Strategie kann das Manko an Rasensportflächen grundsätzlich bis 2030 behoben werden. Zweitens, dass man in dieser Strategie mit dem YB-Campus in Rörswil rechnet und dass man die Strategie anpassen müsste, wenn das nicht zu Stande kommen würde. Das ist halt noch ein sehr grosser Unsicherheitsfaktor. Dass drittens die Umwandlung von Natur- in Kunstrasen notwendig ist, um den Bedarf zu decken. Es gibt nicht viel oder gar keine Alternativen dafür. Und dass die Stadt bis 2030, 2035 Investitionen von ca. 50 Millionen Franken tätigen muss, wovon aber 90% schon in der mittelfristigen Finanzplanung eingestellt sind. In der Kommission ist diese Rasensportstrategie grossmehrheitlich positiv zur Kenntnis genommen worden. Darf ich noch kurz etwas sagen?

Präsident: Genau, ich gehe davon aus, dass es hier Diskussionsbedarf gibt. Entsprechend könnt ihr euch noch anmelden für die Fraktionsvoten. Ich habe dich abgeschossen, du müsstest dich nochmal schnell anmelden, Entschuldigung. Janina, du kannst noch das Fraktionsvotum für GLP/EVP halten.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion: Ich mache es kurz. Die GLP-EVP-Fraktion dankt der Verwaltung für die sehr ausführliche Rasenstrategie. Wir finden es wichtig, dass die Bisherige überarbeitet wurde, um so das Manko an Rasenflächen, das ja wirklich schon sehr oft ein Thema war, anzugehen. Besonders begrüssen wir, dass ein Massnahmenmix vorgesehen ist, um dafür zu sorgen, dass alle, die eine Rasensportart betreiben oder das künftig machen wollen, auch wirklich die Möglichkeit haben. Insbesondere im Kinder- und Jugendbereich ist das wichtig. Bewegung an der frischen Luft ist wichtig für die physische und psychische Gesundheit. Wir hoffen, dass die angestrebten Ziele erreicht werden können und wir diese Strategie auch wirklich verfolgen in den nächsten Jahren.

Präsident: Vielen Dank. Dann hat als nächstes für die Fraktion FDP das Wort Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Wir von der FDP stimmen der neuen Strategie zu, respektive wir nehmen sie positiv zur Kenntnis. Die Strategie ist sehr sauber erarbeitet worden und basiert auf einer realistischen Annahme des künftigen Bedarfs. Auch der Mix aus Massnahmen in dem Bereich Optimierungen und Optionen ist sinnvoll. Einen Makel hat die Strategie, weil man darauf zählt, dass der BSC Young Boys ausserhalb der Stadt Bern sein Projekt realisieren kann. Dort machen wir leider ein Fragezeichen, ob das wirklich innerhalb von einem sehr ambitionierten Zeitplan realisiert werden kann. Umso wichtiger wäre es, dass sich die Stadt Bern Zeit nimmt, sich also jetzt, auf das Szenario einstellt, dass es im Rörswil zu Verzögerungen kommt. Als Zwischenlösung erscheint uns die Option Saali als Übergangslösung sehr spannend und sie muss entsprechend unbedingt verfolgt werden. Zudem könnte man gegebenenfalls prüfen, ob nicht auf dem Areal vom Springgarten zumindest temporär neue Felder realisiert werden können. Das mit Blick auf die neuesten Studien, wonach man nur einen Teil der ursprünglich angedachten Fläche effektiv überbauen kann. Noch zwei Bemerkungen mit stark subjektiver Betrachtung, da mit Interessenbindung. Der FC Breiterain wird von der Stadt Bern schon längere Zeit vertröstet. Der Verein spielt aktuell mit der Ausnahmeregelung des Verbandes und ist auf die Gnade der gegnerischen Teams angewiesen, die explizit einwilligen müssen, mit der ungenügenden Beleuchtung einverstanden zu sein. Es hängt wie ein Damoklesschwert über dem Verein, dass der Verband plötzlich die Ausnahmeregelung kippen könnte. Entsprechend finden wir es wichtig, dass das Projekt «Optimierung Sportplatz Spitalacker» endlich umgesetzt wird. Auch wenn deswegen keine zusätzlichen Nutzungsstunden realisiert werden. Einfach noch ein paar Zahlen zum FC Breitenrain: 630 Juniorinnen und Junioren, 36 Juniorenteams, 85 Trainer, rund 2500 Trainings pro Jahr und das eigentlich auf einem Spielfeld. Unser Stadtratspräsident, Tom Berger, ist Mitglied vom Rugby-Club Bern, der auf der grossen Allmend beheimatet ist. Darum ist es auch sehr interessant, was auf der Allmend passiert. Auf jeden Fall auch aus seiner Sicht. Wir erachten es grundsätzlich als sinnvoll, dass man die Testplanung bzw. das Projekt Neuordnung Allmenden abwartet. Dass da sämtliche Massnahmen aber erst ab 2030 in der Strategie sind, fin-

den wir schwierig. Den Einsatz der mobilen Beleuchtung sollte man bereits vorher möglich machen. Zudem könnte man zumindest bei den einzelnen Feldern mit kleinen Massnahmenverbesserungen bzw. Entwässerungen bewirken, ohne dass es gerade von Anfang an der grosse Wurf sein muss. Mit 5281 gültigen Unterschriften ist die Initiative «Mehr Rasensportfelder für alle» oder die Rasensportinitiative formell zustande gekommen. Die Initiative fordert ein bedarfsgerechtes Angebot an Rasensportfeldern für alle. Die Initiative beweist, dass auch die Stimmvolke mehr Rasensportplätze möchte. Darum ist es extrem wichtig, dass die Rasensportstrategie auch tatsächlich umgesetzt wird und kein Papiertiger ist. Die FDP bittet darum den Gemeinderat, fest Gas zu geben, ein bisschen auf das Gaspedal zu drücken und uns zu zeigen, dass er sportlich unterwegs sein kann. Danke.

Präsident: Vielen Dank, Thomas. Dann hat für die Fraktion SP/JUSO das Wort Monique Iseli.

Monique Iseli (SP) für die Fraktion: Die vorliegende Rasensportstrategie ist nicht nur eine Antwort auf den steigenden Bedarf an Sportflächen, sondern auch eine strategische Investition in die Zukunft unserer Stadt. Als SP-Juso-Fraktion unterstützen wir die Strategie und empfehlen, sie zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Wieso ist diese Strategie so wichtig? Erstens, weil der Bedarf an Rasensportplätzen in Bern klar nachgewiesen ist. Bis im Jahr 2030 fehlen 12'000 Nutzungsstunden pro Jahr. Diese Strategie schafft Kapazitäten. Als Stadt müssen wir in die Infrastruktur investieren, um den steigenden Bedarf zu decken. Ein zentraler Punkt für uns ist die Förderung von Mädchen- und Frauenfussball. Seit 2021 ist die Nachfrage enorm gestiegen. Und es ist auch zu erwarten, dass die Frauen-EM die Tendenz noch verstärkt. Doch das Angebot hinkt hier hinterher. Wenn wir von Gleichstellung sprechen, dann müssen wir auch im Sport für faire Bedingungen sorgen. Konkret heisst das, genügend Trainingsmöglichkeiten, adäquate Infrastruktur und eine faire Verteilung der Plätze. Die Strategie trägt dem Anliegen Rechnung und setzt einen wichtigen Schritt in Richtung Gleichstellung. Für uns ist auch die Verteilung der neuen und sanierten Sportanlagen über die gesamte Stadt zentral. Es reicht aber nicht, wenn wir in einzelnen Quartieren Verbesserungen schaffen, während andere unterversorgt bleiben. Die teilweise Beteiligung von Quartierkommissionen und Sportvereinen zeigt, dass bei der Erarbeitung der Strategie eine breite Abstützung vorhanden ist. Wichtig erscheint uns auch die Koordination mit den umliegenden Gemeinden. Sport endet nicht an der Stadtgrenze. Bei der Erarbeitung der Strategie wurde auch abgeklärt, wie die Situation der Rasensportplätze in angrenzenden Gemeinden aussieht. Und die Lage dort sieht ähnlich aus. Auch bei unseren Nachbarn sind Kapazitäten ausgeschöpft. Ein Ausweichen in umliegende Gemeinden ist keine Option und in der Stadt besteht klar Bedarf nach Ausbau der Rasensportplätze. Diese Strategie ist aber nicht nur für organisierten Vereinsfussball relevant, sondern kommt auch dem breiten Sport insgesamt zugute. Rasensportplätze bieten Platz für Frisbee-Vereine, Rugby-Clubs, Lacrosse-Teams oder Quidditch-Turniere. Kurz, es entsteht ein Bewegungsangebot für die breite Bevölkerung. Investitionen in die Sportinfrastruktur sind auch Investitionen in Gesundheit und das gesellschaftliche Miteinander. Und genau das leistet die Strategie. Es geht nicht um ein Luxusprojekt, sondern um eine notwendige und sinnvolle Investition, auch in den Breitensport. Aus all diesen Gründen unterstützt unsere Fraktion die Strategie. Sie schafft die dringend benötigten Kapazitäten und fördert gezielt den Frauen- und Mädchenfussball, stärkt den sozialen Zusammenhalt und sichert den Berner Sport für die Zukunft. Die SP-Juso-Fraktion empfiehlt euch darum, die Strategie zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Vielen Dank.

Präsident: Merci vielmals. Dann hat als nächstens das Wort für die Fraktion Mitte, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Eine Strategie ist etwas, das langfristig und nachhaltig sein muss. Die Mitte-Fraktion nimmt diese Strategie zur Kenntnis. Wir müssen aber sagen, dass sie in einigen Punkten zu kurz greift und somit auch unter den Erwartungen bleibt, wenn man eine Strategie angekündigt bekommt. Erstens der Fokus auf Fussball. Auch wenn man Quidditch spielen kann und American Football, die Strategie konzentriert sich in unseren Augen einfach zu stark auf Fussball und berücksichtigt die anderen Sportarten zu wenig. Es sind doch sehr kurzfristige Lösungen. Wir haben gehört, dass das Problem akut ist, dass es erkannt ist und das zeigen nicht nur die Initiativen, sondern auch die zahlreichen Mitteilungen aus den Klubs. Die Massnahmen, die in dieser Strategie vorgeschlagen werden, wie zum Beispiel die Umwandlung von Natur- auf Kunstrasen oder auch die Stärkung der Belegung von Schulrasen, sind eher Not- oder kurzfristige Lösungen als nachhaltige Konzepte. Die Abhängigkeit des YB-Campus könnte auch eher ein riskantes Kalkül sein. Wir hoffen natürlich, dass alles gut kommt, aber dass ein Drittel der benötigten zusätzlichen Kapazitäten durch den zusätzlichen YB-Campus abgedeckt werden, das ist ein riskantes Kalkül. Bei der Finanzierung ist nicht klar, ob die veranschlagten 50 Millionen für alle notwendigen Massnahmen auch ausreichend sind. Wie gesagt, es ist eine Strategie, die in die richtige Richtung geht, die aber erst der Anfang ist. Wichtig, sehr wichtig ist, dass der Bedarf von diesen 12'000 Nutzungsstunden in dieser Strategie anerkannt wird. Wir haben auch gemerkt, als wir Unterschriften gesammelt haben für unsere Volksinitiative «Mehr Rasen für alle», dass dieser Bedarf sehr anerkannt ist und dass es wirklich akut ist. Die Nachfrage, die steigt. Das Interesse an Sport, besonders an Mädchen- und Frauensport, all die Gründe, die wir gehört haben, die brauchen neben dieser Strategie oder dieser Erststrategie weitsichtige Lösungen. Die Initiative «Mehr Rasen für alle» ist sicher verbindlicher, weil sie eben auch verbindlichere Ziele und einen klaren Zeitraum setzt. Darum war immer klar, dass wir an der Initiative festhalten. Und wenn wir gesamthaft über Sportinfrastrukturen nachdenken, immer wieder sind sie ein Thema hier im Rat, sind wir der Meinung, dass es für die Stadt Bern ein Gemeindesportanlagenkonzept, ein GESAK braucht, das alles übergeordnet anschaut und nicht immer nur auf die akuten Probleme kurzfristige Lösungen sucht. Also, die Strategie ist ein erster Schritt, viele weitere sollen noch folgen. Die Initiative, ein GESAK, damit auch der politische Druck und somit auch die Unterstützung für den Sport, für den Breitensport in der Stadt Bern nachhaltig unterstützt wird und weitergeführt werden kann. Danke vielmals.

Präsident: Merci, dann hat als nächstes das Wort für die Fraktion GFL, Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Gerne halte ich ein kurzes Votum zur Rasensportstrategie. Das vorliegende Dokument ist nicht umsonst in der SBK bereits positiv zur Kenntnis genommen worden. Und dieser positiven Kenntnisnahme schliessen wir uns als GFL-Fraktion vollumfänglich an. Da haben die verantwortlichen Verwaltungsstellen wirklich ein sehr pragmatisches, halb-pragmatisches, halb-kurzfristiges und ausgewogenes Dokument erarbeitet, das sowohl sozialen wie ökologischen, wie ökonomischen Aspekten Rechnung trägt und auch der beschränkten Grösse unserer kleinen Stadt. Es ist nicht einfach, bei beschränktem Platzangebot diesen Dimensionen

gerecht zu werden und angesichts der Schwierigkeiten ist die Verwaltung nicht einfach eingeknickt, sondern hat sogar regelrecht flexibel und kreativ gehandelt. Etwa hinsichtlich der Erhöhung der Nutzungseinheiten von der Fläche etc., was meine Vorrednerinnen bereits betont haben. Ich habe hier noch einen ganz innovativen Vorschlag. Wir könnten nach dem Prinzip «to rob Peter to pay Paul», die sich anbahnende Verzögerung in der Verwirklichung dieses Campus, wo ist es genau, Richtung Rubigen, könnten wir dank der extremen Verzögerung, die im Viererfeld entstanden ist, ausgleichen und das Viererfeld als Zwischennutzung mit ganz vielen Rasensportfeldern bestücken. Vielen Dank für das Zuhören.

Präsident: Merci dir. Dann hat noch für die Fraktion GB/JA! das Wort, Mirjam Arn.

Mirjam Arn (GB) für die Fraktion: Vieles ist schon gesagt worden. Rasensport ist beliebt. Statistisch gesehen werden Rasensportarten auch öfter von jungen Personen ausgeübt als andere Sportarten. Rasensportler*innen sind oft regelmässig auf den Feldern. Für die Förderung der regelmässigen sportlichen Aktivität in der Gemeinschaft ist Rasensport in der Stadt unentbehrlich. Ja, wir wissen, dass der Platz beschränkt ist und 12'000 Nutzungsstunden, die fehlen, sind viel. Darum ist es wichtig, dass man einen guten Plan hat. Die Rasensportstrategie legt den Fokus auf die vermehrte Nutzung bestehender Anlagen und die Verbesserung der Infrastruktur. Das ist aus Ressourcengründen unterstützenswert und kostengünstig. Die Umwandlung von Natur- in Kunstrasenplätze ist zur Erhöhung der Kapazität und Belastbarkeit der Anlagen sehr wichtig, wenn qualitativ hochstehende Materialien gebraucht werden. Das ist aber heutzutage eigentlich kein Problem mehr. Auch die vermehrte Nutzung von Schulrasenplätzen macht Sinn. Und dazu ist noch zu sagen, gerade zu der mobilen Beleuchtung, dass das Sportamt dort schon eine Testphase macht im Holenacker und Ende Sommer gibt es da schon erste Resultate, also das läuft. In der Strategie ist der niederschwellige Zugang zu Rasensport vorangekommen, das ist auch unser grosses Anliegen. Insbesondere die Förderung des aktiven Breitensports, des Vereinslebens und der lebendigen Freizeitsportszene. Auch die explizit erwähnte Förderung des Mädchen- und Frauensports ist zu unterstreichen, gerade im Hinblick auf die Frauen-EM. Im Fussball ist der Frauenanteil gemäss Schweizer Sportobservatorium aktuell 16%, also immerhin ein Siebtel. Mit einer gezielten Verbesserung des Zugangs zu den Fussballfeldern und zu attraktiven Zeiten auch und an zentralen Standorten, erhoffen wir uns eine Zunahme des Mädchen- und Frauenanteils auf dem Stück. Beim Rasensport geht es nicht nur um "Schutten", wir haben es schon gehört. Quidditch ist vielleicht etwas aussergewöhnlich, aber es gibt Rugby, Football, Cricket, Speerwurf, Cup-Golf, Ultimate Frisbee, Feldhockey und ganz viel weiteres. Darum ist zu unterstreichen, dass die Strategie nicht explizit Fussball fördern will, sondern generell Rasensportvereine, was wir sehr unterstützen. Auch die Massnahmen um die Sportplätze wie die Verbesserung der Beleuchtung, die Sanierung der Garderobenanlagen usw. gehören klar zu einer umfassenden Rasensportplanung. Nebenbemerkung: Dass im Rahmen von diesen Massnahmen die Flächen aufgewertet werden können und mit biodiverser Begrünung versehen werden können, ist für uns selbsterklärend. Die GB/JA!-Fraktion nimmt die Strategie positiv zur Kenntnis.

Präsident: Vielen Dank. Gibt es zu dem Geschäft noch Einzelvoten? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Merci vielmals für das ausführliche und gute Referat, Janina. Und merci vielmals für die lebhafte Debatte und die positive Aufnahme dieser Rasensportstrategie. Wir haben es heute Abend viel gehört und es ist auch schon lange bekannt in der Stadt, dass wir im Vergleich zum Bedarf über zu wenige Rasensportkapazitäten verfügen in Bern. Das ist schon lange ein Thema bei vielen Vereinen unterschiedlichster Sportarten, bei vielen privaten Gruppierungen in der Verwaltung und auch hier im Stadtrat. Am besten wäre es, wir hätten einfach so eine riesige Fläche zur Auswahl, wo wir eine sehr grosse Sportrasenfläche möglichst bald in Betrieb nehmen könnten, um diesem Manko zu begegnen. Aber auch das ist bekannt. So eine Fläche gibt es nicht in der Stadt. Diese sucht man schon sehr lange. Vorher ist Bottigenmoos erwähnt worden. Wir wissen aber auch, dass gleichzeitig der Nutzungsdruck je länger, je mehr zunimmt. Das ist auch sehr logisch in einer Stadt, die am Wachsen ist. Das Manko, das haben wir jetzt. Vereine führen Wartelisten. Und erfreulicherweise, spielen immer mehr Mädchen und Frauen Fussball. Wir gehen auch davon aus, dass die Frauenfussball-EM den Trend noch verstärken wird und dass eben darum noch mehr Druck auf die Rasenflächen geben wird. Ich und der Gemeinderat sind darum froh, dass es uns mit dieser Rasenstrategie gelungen ist, aufzuzeichnen, mit welchen konkreten Massnahmen die fehlenden 12'000 Nutzungsstunden erreicht werden können, wenn wir diese Massnahmen umsetzen können. Diese berechnen sich nicht nur aus dem Fussball, sondern auch aus ganz vielen Sportarten, die heute Abend schon erwähnt wurden. Die Rasenstrategie hat 25 Massnahmen, die wir jetzt umsetzen wollen, die ab sofort eine Erleichterung geben sollten. Es wurde auch schon erwähnt, damit wir auf die 12'000 Nutzungsstunden kommen, ist es wichtig, dass der YB-Campus in Rörswil auch wirklich kommt, damit die ganze Rechnung aufgeht. Wenn der nicht kommt, müssen wir dann sehr schnell einen Plan B haben, damit wir die Nutzungsstunden dann wirklich auch abdecken können. Leider ist das halt etwas, was aber nicht in unseren Händen ist. Ihr alle wisst, was bei solchen Projekten noch alles passieren kann. Darum würde ich sagen, drücken wir einfach alle die Daumen, dass das gelingt mit dem YB-Campus. Und ja, wir werden auch noch dem einen oder anderen Risiko begegnen. Ich würde an dieser Stelle betonen, dass der Massnahmenplan sehr pragmatisch und realistisch geplant ist und auch schon in der MIP zu 90% eingeplant ist. Aber wir sind gleichzeitig auch ambitioniert unterwegs und wir wissen alle, wie es kompliziert werden kann, in einer sich verdichtenden Stadt, wo viele Quartierentwicklungsprozesse und Stadtentwicklungsprozesse am Laufen sind, dass es da zu Verzögerungen kommen kann. Ich freue mich sehr, dass ihr alle mithelfen werdet, damit wir die Massnahmen zeitgemäss und nach Plan umsetzen können. Der Gemeinderat möchte in den nächsten zehn Jahren rund 50 Millionen in dieser Rasensportinfrastruktur investieren. Das ist ein grosser Batzen. Aber wir sind überzeugt davon, dass der Nutzen für die Bevölkerung auch sehr gross ist. Und für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass wir der Bevölkerung, das ist eigentlich eine klassische öffentliche Aufgabe, dass wir der Bevölkerung diese Sportinfrastruktur auch zur Verfügung stellen müssen. Wir schaffen damit nämlich Tausende von Bewegungsstunden und eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung, vor allem auch für jüngere Berner*Innen. Wir fördern eben nicht nur Bewegung, sondern auch sehr wichtige Begegnungsorte, solidarische Erlebnisse, Inklusion und ganz viel Spass. Und vielleicht noch kurz ein Hinweis auf die Rasensportinitiative, die ist ja auch ein paar Mal genannt worden. Die ist eingereicht, das habt ihr mitbekommen, formell und materiell für gültig erklärt worden vom Gemeinderat. Und die Initiative fordert eigentlich die Umsetzung der Rasensportstrategie, nämlich indem sie die 12'000 Nutzungsstunden als Ziel erreicht in der Gemeindeordnung verankert. Mit diesem Geschäft werden

wir zu einem späteren Zeitpunkt dann auch wieder in den Stadtrat kommen. Ich bedanke mich auch im Namen des Gemeinderates für das Vertrauen und die positive Kenntnisnahme dieser Strategie und ich betone es gerne nochmal, ich freue mich vor allem, wenn ihr dann mithelft bei den einzelnen Krediten, die ihr sprechen müsst und auch sonst, dass wir grundsätzlich genügend Ressourcen haben, auch im Zusammenhang vielleicht mit Nutzungskonflikten in Bezug auf andere Projekte, die sich dann vielleicht konkurrieren in finanzpolitischen Debatten, dass wir da zusammen vorankommen und genügend Rasensportflächen in der Stadt Bern zur Verfügung haben. Vielen Dank.

Präsident: Vielen Dank, Ursina. Wir würden somit über die Kenntnisnahme dieser Strategie abstimmen. Wenn ihr diese Strategie zustimmend zur Kenntnis nehmen wollt, stimmt ihr Grün, ablehnend ist Rot und ohne Wertung wäre Weiss bzw. enthalten.

Abstimmung Nr. 020

2016.BSS.000084: Kenntnisnahme

Zustimmend

Ja	61
Nein	0
Enthalten	1

Präsident: Ihr habt die Strategie zustimmend zur Kenntnis genommen.

2024.SR.0109

15 Motion Niklaus Mürner/Alexander Feuz (SVP): Sportförderung, Erhalt aller Sportflächen

Präsident: Wir kommen zu Traktandum Nummer 15, Das ist eine Richtlinienmotion: "Sportförderung, Erhalt aller Sportflächen". Ist diese Richtlinienmotion bestritten? Sie ist bestritten. Dann haben die Einreichenden das Wort. Für die Einreichenden, Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP) für die Einreichenden: Ich hatte schon die Hoffnung, dass ich nach vorne kommen und danken kann, dass ihr dieser Motion zustimmt. Für mich ist es wirklich eine Selbstverständlichkeit. Der Vorstoss ist von der SVP. Aber ich möchte euch einleitend darauf aufmerksam machen, dass selbst der Gemeinderat dafür ist, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären und dass die Antwort des Gemeinderats gleichzeitig als Begründungsbericht angenommen werden soll. Ich mache nur eine kurze Ausführung. Was für mich ganz entscheidend ist, ihr redet immer über Sportförderung. Und ihr wisst, wie knapp schlussendlich, aber es hat gut gereicht für die Rasensportinitiative, die von den Sportverbänden eingereicht worden ist. Aber eine Zeitlang haben sie ziemlich gezittert, ob sie zu Stande kommt. Bei unserer Initiative lest einmal, was wir beauftragen. Auch dort wieder genau das Gleiche. Wir machen nicht links oder wir machen nicht rechts oder wir machen nicht in der Mitte Sport. "Der Gemeinderat wird höflich ersucht, umgehend Massnahmen auszuarbeiten, um den bestehenden Sportplatz (alle Sportflächen in der Stadt Bern, beispielsweise Fussball, Tennis, Skate, Volleyballplätze etc. oder Eishockeyfelder etc.) zu erhalten oder sogar zu vergrössern. Jegliche Verminderung ist zu unterbinden." Also ich bin der Meinung, das

ist jetzt wirklich der Sportvorstoss par excellence. Ihr wisst, ich bin ja nicht der grösste Sportler unter uns, das habe ich auch nie in Anspruch genommen. Aber lest das mal, lest, was der Gemeinderat dazu sagt. Und dann müsst ihr einfach vergessen, dass da drei Buchstaben sind, dass es ein Vorstoss der SVP ist. Um euch da den Weg sogar noch einfacher zu machen, haben wir nicht einmal geschrieben, dass es ein Fraktionsvorstoss ist. Das ist ein Vorstoss von Niklaus Mürner und mir persönlich. Wir haben jetzt wirklich versucht, alle Angriffsflächen rauszunehmen. Wir waren dann schon ein wenig enttäuscht, dass niemand mitmachen wollte. Aber lest doch noch einmal die Forderungen. Wenn man einfach wieder irgendwo in einem Quartier Sportflächen abbaut, dann kann der Feuz nach vorne gehen, der weiss Gott nicht der grösste Sportler ist, das wisst ihr, aber er kann sagen, wir haben etwas beantragt. Der Stadtrat hat es abgelehnt. Darum lest es noch einmal durch. Den anderen Vorstoss habt ihr mir auch versenkt, wo ich gesagt habe, es geht hier um die Kinder und nicht um die SVP oder was auch immer. Lest es noch einmal durch. Seht, was der Gemeinderat geschrieben hat. Seht, was er für eine Antwort gegeben hat. Ich möchte jetzt hier nicht länger werden, sonst heisst es noch, ich würde Öl ins Feuer giessen. Aber schaut den Vorstoss an und ich bitte euch, dem wirklich zuzustimmen. Es ist ein Vorstoss für den Sport, für die Stadt Bern, der meines Erachtens keine politische Farbe trägt.

Präsident: Merci vielmals. Ihr habt es gemerkt, ihr könnt euch anmelden für die Fraktionsvoten. Als erstes für die Fraktion GB/JA!, Mirjam Arn.

Mirjam Arn (GB) für die Fraktion: Es ist spannend, was man hier im Nachhinein noch über die Vorstösse erfährt. Wie mir ist, steht da drin, man sei zu schüchtern gewesen, alle anderen anzufragen, um miteinzureichen. Die Sportflächen in der Stadt sind zentral für die Förderung des Breitensports. Dass gerade Kinder und Jugendliche einen kurzen Weg zu den Sportanlagen haben, unterstützen wir sehr. Die Erhaltung und der Ersatz der bestehenden Sportflächen sind uns wichtig. In der Fraktion gehen die Meinungen zu einzelnen Aspekten, vor allem von der Argumentation in der Motion, auseinander. Die Argumentation ist einigen von uns etwas zu starr und zu wenig flexibel und gerade im Rahmen von Quartierumgestaltungen, im Rahmen von Klimamassnahmen, Schulraumschaffung oder Verwandlung von einem Areal von Sport- zu Spielplatz etc. ist es manchmal wichtig, dass man Standorte an einem alternativen Ort suchen kann. Alle Sportflächen immer ohne Nutzungsänderung am Ursprungsstandort zu erhalten, scheint uns nicht sinnvoll. Ausserdem stehen wir nicht hinter der Förderung von Breitensport zur Schaffung von Champions, sondern zur Gesundheitsförderung und zum Zugang zu Sport für alle. Dass man den Fokus nicht nur aufs "Schutten" legen soll, haben wir auch schon genug betont. Also insgesamt, die Forderung unterstützen wir mehrheitlich, die Argumentation nicht überall. Aus all diesen Gründen hat die GB/JA!-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

Präsident: Merci vielmals, dann hat als nächstes das Wort für die Fraktion GFL, Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Ich schliesse mich eigentlich in fast allem dem Votum meiner Vorrednerin an. Wir haben allerdings eine klare Meinung, wir lehnen diese Motion ab, auch wenn es in ein Postulat geändert werden sollte. Die Motion ist in der Absolutheit von ihrer Forderung schlicht in der Stadt und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Flächen nicht umsetzbar. Und es scheint uns in der Abwägung zwischen der Nutzung von vorhandenen Flächen für Verkehr, Wohnen, Sport,

Familiengärten etc. nicht einzusehen, warum die für Sport genutzte Fläche in dieser Auslegeordnung per se eine Sonderstellung gegenüber den anderen erhalten sollte, genauso wie es meine Vorrednerin auch dargelegt hat. Familiengärten haben eben auch ein Anrecht auf Erhalt, ebenso wie die Erschliessung von zusätzlichem Bauland für Schulen und/oder Wohnungen teilweise nötig ist oder Spielplätze neu zu schaffen. Darum lehnt die GFL die Motion ab, weil sie in der Absolutheit nicht umsetzbar ist. Danke.

Präsident: Vielen Dank. Als nächstes für die Fraktion SP/JUSO, Judith Schenk.

Judith Schenk (SP) für die Fraktion: Die in dieser Motion relevanten Aspekte sind in der soeben besprochenen Rasensportstrategie aufgenommen und die SP/JUSO kann darum die Motion als Richtlinienmotion annehmen.

Präsident: Das war sehr kurz. Dann hat als nächstes das Wort, für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP unterstützen die Motion der SVP, die die Sportflächen erhalten will. Wir anerkennen die Notwendigkeit des Erhalts der bestehenden Sportflächen und dem Schaffen von neuen Nutzungsmöglichkeiten innerhalb des Quartiers. Die Bevölkerung wächst und der Bewegungsdrang auch. Darum finden wir es auch gut, wenn der Gemeinderat die Motion als Richtlinie erheblich erklären will. Der Teil der Antwort ist unbestritten. Trotzdem ist die Antwort des Gemeinderats eher schwach und ein wenig mager ausgefallen. Sätze wie, man setze sich ein und mache das im Rahmen von Strategien und Massnahmenplanungen, es seien Langfristprojekte, wo man die Zahlen noch nicht sagen könne, weil es halt noch lange gehe und die Investitionskosten eher hoch seien und man die Mittel schon zur gegebenen Zeit bereitstellen würde, sind eher nichtssagende Phrasen. Hier wünschen wir uns künftig ein bisschen mehr Präzision. Denn für eine saubere Langfristplanung bei Infrastruktur und ihrer Finanzierung braucht es mehr Detailtiefe. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Vielen Dank, Olli. Gibt es zu diesem Geschäft noch Einzelvoten? Fraktionsvoten, sorry. Ueli Jaisli würde noch für die SVP-Fraktion reden.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Ich muss noch etwas sagen. Ja, ich glaube, die Motion schiesst nicht übers Ziel hinaus. Es ist sicher erstrebenswert, dass wir hier einfach die Voraussetzungen, vor allem die, die wir eigentlich schon haben, erhalten und die Möglichkeit Sport zu treiben, auch noch weiter ausbaut. Es ist natürlich so, dass es gut klingt, die Strategien, die Planungen, die man da auf fünf oder zehn Jahre macht für den Sport. Ich bin in Bümpliz zu Hause. Wir haben ganz in der Nähe eigentlich dort die Bodenweid. Dort muss nachher Bernmobil hin, also respektive es gibt ein Tramdepot dort. Es müssen dort nachher zum Beispiel Fussballplätze aufgehoben werden. Das wird sehr wahrscheinlich relativ kurzfristig passieren. Hat man an das gedacht oder hat man das in diesen Strategien oder in der guten Meinung, die man jetzt hat, die man hier vertreten hat, und für den Sport gesprochen hat, hat man das einkalkuliert und kann man das dann abfedern? Hat man Ersatz für die verlorenen Flächen, die kurzfristig wegen Bauvorhaben weichen müssen? Was mich auch noch interessieren würde, ist, wie viele Bauvorhaben es gibt, die den Sport für einen Moment redimensionieren. Das

sind alles offene Fragen. Und das, was wir hier machen, ist einfach gut gemeinte Meinungsäusserung zugunsten des Sportes, was positiv ist. Aber eben, man muss einfach die Realität auch sehen. Man kann nicht nur von positiven Sachen reden, wenn nachher in der Realität eben plötzlich durch Bauvorhaben Sportplätze verschwinden. Danke.

Präsident: Merci, Ueli. Ich frage noch einmal, gibt es hier noch Einzelvoten? Alexander Feuz.

Alexander Feuz (SVP), Einzelvotum: Ich danke denen, die die Motion unterstützen. Ich möchte vielleicht noch etwas sagen, was mir ganz wichtig ist. Entscheidend ist hier der Antrag. Und als Jurist sage ich, dass das, was in der Begründung ist, man verschieden anschauen kann. Und was entscheidend ist, ist der Begründungsbericht des Gemeinderats. Und dem stimmen wir zu. Das ist entscheidend. Dann ist das, was euch in der Begründung in ein paar Sätzen nicht passt oder was auch immer, ist obsolet. Der Begründungsbericht ist entscheidend. Ihr habt den Antrag gesehen. Darum bitte ich, der Sache wirklich zuzustimmen. Und ich erinnere mich also noch, als wäre es gestern gewesen, als Niklaus – es ist seine Motion und ich habe sie mitunterschrieben und gesagt, wir sind vielleicht nicht die grössten Sportler, aber die Zielrichtung gefällt mir – also verschiedene angefragt hat. Ihr kennt ihn und mich, wir sind also nicht die Schüchternen, die nicht den Mut hatten, euch zu fragen. Das habt ihr in anderen Fällen gesehen. Ich frage auch, wäre das etwas, was ihr unterschreiben möchtet oder nicht. Und darum bitte, schaut es einfach nochmal an, auch die Fraktionen, die Stimmfreigabe haben. Entscheidend ist der Begründungsbericht und da halten wir "Lei". Wir stimmen dem Begründungsbericht des Gemeinderats zu. Darum bin ich der Meinung, dass es auch keinen Sinn macht, wenn ich das jetzt wandle in ein Postulat, dass der Gemeinderat noch weitere Sachen machen muss. Es liegt ein Bericht vor. Wir sind mit dem als Antwort einverstanden. Und dann können wir die Sache abschliessen. Es geht hier nicht um Spitzensport. Ihr wisst, ich bin nicht unbedingt der Freund vom Spitzensport, ihr kennt mich. Ihr habt vielleicht mein kritisches Votum vorhin gehört, wegen der Allmend. Aber hier bin ich der Meinung, dass es sinnvoll wäre, dass man versucht, das Bestehende zu erhalten, damit es nicht kleiner wird. Danke für die Unterstützung.

Präsident: Merci vielmals. Ich gehe nicht davon aus, dass es jetzt noch ein Einzelvotum gibt. Dann hat jetzt das Wort für den Gemeinderat, Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Ich gehe mit den Motionären völlig einig. Das Bereitstellen von genügend Sportinfrastruktur, das ist von sehr grosser Bedeutung in der Stadt, aber eigentlich grundsätzlich überall. Und wie vorhin schon gesagt, ist es eine sehr klassische Aufgabe der öffentlichen Hand. Das steht für den Gemeinderat völlig ausser Frage. Und der Gemeinderat ist schon sehr lange da dran. Er hat schon in der letzten Legislatur-Richtlinie festgehalten, dass die Stadt Bern bedarfsgerechte und gut unterhaltene Sportinfrastruktur zur Stärkung einer aktiven und lebendigen Breiten- und Freizeitsportszene bereitstellt. Das Ziel ist kein Papiertiger geblieben. Es ist sehr viel gegangen. Das ist vielleicht auch eine Antwort auf den Phrasenvorwurf. Ich fange mal an aufzuzählen. Wir haben Freibäder saniert, Weyerli und Wylerbad. Bei der Ka-We-De sind wir dran. Pumptracks und die Parkour- und Bewegungslandschaft sind erstellt worden. Es gibt zusätzliche Kunstrasenflächen bereits jetzt. Wir haben eine neue Schwimmhalle im Neufeld und seit letztem Jahr kann man den Brückenpfeiler der Autobahnbrücke hochklettern. Der Gemeinderat hat auch eine Lösung gefunden, um das Beachvolley-Zentrum in der Stadt zu erhalten. Das kommt jetzt gleich. Und auch der

Skate-Park im Weyerli wird nicht zurückgebaut, sondern verschoben und aufgewertet. Wir haben vorhin die Rasensportstrategie diskutiert. Das ist ein Instrument, mit dem wir sehr viel Rasensportkapazität ausbauen werden. Mir ist darum, ehrlich gesagt, ein Rätsel, Alex, wenn ihr von einer grundsätzlichen Verminderung von Sportflächen ausgeht. Ich verstehe, dass es vielleicht manchmal komisch ist, wenn noch etwas Kleines verschwindet, aber dann finde ich, müsste man unter dem Strich schauen: Ploppt es dann irgendwo anders wieder auf? Und dem Gemeinderat ist es bewusst, dass es sehr herausfordernd ist, genügend Sportflächen in einer wachsenden und vor allem in einer sich verdichtenden Stadt aufzubauen. Da müssen wir flexibel darauf reagieren und es ist meistens etwas komplexer, als man es sich vorstellt. Es gibt tatsächlich unterschiedliche Nutzungsbedürfnisse im öffentlichen Raum. Wir haben auch eine grosse Freiraumthematik. Vorhin wurde die Gartenthematik erwähnt. Wir müssen schauen, dass wir eine gute Balance finden, damit wir die öffentliche Infrastruktur für alle Bedürfnisse möglichst bedarfsgerecht aufstellen können. Ich glaube, der alte Gemeinderat hat recht klar bewiesen in den letzten Jahren, dass er sich unablässig dafür einsetzt, dass man so gut, wie es irgendwie nur geht, eine gute Infrastruktur für möglichst alle Menschen zur Verfügung stellen kann und dass er Lösungen findet. Darum ist jetzt dieser Vorstoss aus meiner Sicht schon auch ein bisschen Wasser in die Aare getragen. Und Alex, du hast gesagt, ihr macht zwar nicht links und nicht rechts, aber du verstehst nicht, warum niemand mit dir diesen Vorstoss eingereicht hat. Aber vielleicht jetzt auch nach dieser Debatte ist es schon auch ein Papier, das etwas fordert, das ja eigentlich laufend und schon lange umgesetzt wird und ich bin am Schluss gar nicht mehr so sicher, ob es eigentlich um den Inhalt geht oder einfach darum, wer jetzt mit wem etwas einreicht oder eben halt auch nicht. Der Gemeinderat, der nimmt die Motion als Richtlinie darum gerne entgegen und die Antwort, die haben wir euch auch gegeben, die soll gleichzeitig auch als Begründungsbericht gelten. Merci vielmals.

Präsident: Merci, Ursina. Wir kommen somit zur Abstimmung. Die Motionäre halten an der Form der Richtlinienmotion fest. Wer die Richtlinienmotion erheblich erklären möchte, stimmt grün. Wer sie ablehnt, stimmt rot.

Abstimmung Nr. 021

2024.SR.0109: Richtlinienmotion	
Annahme	
Ja	45
Nein	12
Enthalten	3

Präsident: Ihr habt die Motion erheblich erklärt. Und wie es Ursina bereits richtig gesagt hat und auch Alex Feuz, ist die Antwort des Gemeinderats somit gleichzeitig auch der Begründungsbericht zu dieser Motion.

2023.SR.0232

16 Motion Fraktion AL/PdA (Matteo Micieli, PdA): Das Partizipationsreglement der Stadt Bern den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen – Menschen mit S-Ausweis sowie Asylsuchenden eine Stimme geben!

Präsident: Wir kommen somit zu Traktandum Nummer 16. Das ist eine Motion der AL/PdA zur Anpassung des Partizipationsreglements. Es ist mir schon mitgeteilt worden, dass der Vorstoss aus dem Kreis des Rates bestritten ist. Entsprechend erteile ich das Wort für die Einreichenden an Matteo Micieli.

Matteo Micieli (PdA): Es freut mich, dass es jetzt beim fünften Mal klappt, wo es auf der Traktandenliste steht. Das Partizipationsreglement der Stadt Bern ist ein wichtiges und zentrales Instrument, wenn es darum geht, die Teilhabe und die Demokratie unserer Stadt zu verstärken. Die Idee ist, möglichst niederschwellig Menschen ohne Stimm- und Wahlrecht den Zugang zu politischen Institutionen, zu politischen Gefässen zu gewähren, damit sie politische Rechte wahrnehmen können, die für alle gelten sollten. Da sie es leider nicht tun, braucht es die Partizipationsmöglichkeit, die durch das Partizipationsreglement geschaffen worden ist. Heute besteht die Möglichkeit, dass Menschen mit C-, B- oder F-Ausweis offen zusammen mit 199 anderen Menschen über das Reglement einen Vorstoss im Berner Stadtrat einzureichen. Ich möchte gar nicht allzu lange darüber reden, wie wichtig das für die Bevölkerungsgruppe ist. Das haben wir ja auch schon vor zehn Jahren eingesehen, als das Reglement eingeführt oder verabschiedet wurde. Aber jemandem mit C-Ausweis und einem grossen Netz in Bern fällt es dann auch einfacher, die 200 Unterschriften zusammenzuhaben. Für viele Menschen, die in der Stadt Bern mit F- oder B-Ausweis leben, ist das anders. 200 Leute zu kennen, die mitunterzeichnen können oder auf vermittelnde Organisationen zurückgreifen, die einem dabei unterstützen können, braucht ein soziales Kapital, das durch die bürgerliche Asyl- und Migrationspolitik von Kanton und Bund nur sehr schwer erschaffen ist. Zudem ist es, bis man einen F-Ausweis bekommt, oft auch ein langer Weg, gerade auch für Leute, die noch im alten Asylverfahren sind. Und gleichzeitig hat es heute in Bern auch viele Leute mit einem N-Ausweis, also asylsuchende Menschen ohne Asylentscheid. Und mit dem Ukraine-Krieg sind auch noch Menschen mit einem S-Ausweis nach Bern gekommen. Auch diese fehlen in diesem Reglement. Auch diese sind aber Teil dieser Stadt, der gesellschaftlichen Realität, die wir in Bern wollen und wahrnehmen müssen. Darum habe ich den Vorstoss eingereicht, der fordert, dass Menschen mit S- und N-Ausweisen in das Reglement aufgenommen werden und die Schwelle von 200 auf 100 Unterschriften heruntergesetzt wird. Ich habe mir lange überlegt, ob das die richtige Anzahl ist, ob auch noch andere Personengruppen oder Bevölkerungsgruppen reingenommen werden sollten, und habe mich dann entschieden, das vorerst einmal so zu lassen. Darum bin ich, und das sage ich nicht leichtfertig, hoch erfreut über die Antwort des Gemeinderats und die zu lesen. Wir teilen dementsprechend die Einsicht, dass es wichtig ist. Es ist, glaube ich, eine kleine Premiere, aber wirklich, vielen Dank für die Antwort. Ich bin natürlich einverstanden, auch weitere Personengruppen einzubeziehen und sich bei den Unterschriften an andere Städte zu orientieren. Das Instrument muss auch denen offenstehen, die keinen Schweizer Pass haben und muss zudem auch den Realitäten dieser Menschen entsprechen. Das können wir heute bestimmen für eine demokratischere Stadt, wo sich alle einbringen können. Zeigen wir also heute im Jahr des Respekts in diesem Saal, den Respekt den

Menschen und der Demokratie gegenüber. Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, wie am Anfang schon angetönt, dass wenn so etwas überhaupt nötig ist, das zeigt, wie schlecht die Ausgangslage ist. Den Widerspruch müssen wir anerkennen. Der Vorstoss soll nicht unser Gewissen erleichtern, sondern die Realität einfach besser zum Vorschein bringen. Wir machen mit dem eigentlich nur das Minimum, das bare Minimum, nur was nötig ist. Hat mein Vater vor ein paar Jahrzehnten als Italiener zusammen mit den Hunden in der Dorfbeiz in einer kleinen Gemeinde in Emmental draussen bleiben müssen, könnt ihr heute wenigstens mit 199 anderen eine Partizipationsmotion einreichen. Kleine Schritte, also im linken Bern. Und dann noch etwas, nötig wäre in diesem Zusammenhang auch, dass die Informationen in allen relevanten Sprachen bereitstehen, dass die betroffenen Menschen über ihre Möglichkeit aktiv informiert werden. Das gebe ich dem Gemeinderat einfach auch noch auf den Weg. Die Möglichkeit zu haben allein, reicht nicht. Es muss auch noch in Erfahrung gebracht werden. Merci, nehmt ihr den Vorstoss an.

Präsident: Vielen Dank. Dann könnt ihr euch jetzt für die Fraktionsvoten anmelden. Jemand, der schon ungeduldig gedrückt hat, ist Bernhard Hess und ich erteile ihm im Namen der SVP-Fraktion das Wort.

Bernhard Hess (SVP) für die Fraktion: Fast hätte ich euch noch das zweite Mal heute Abend überrascht mit einem Votum. Und zwar, wir von der SVP-Fraktion wären zwar durchaus damit einverstanden, dass man das Quorum sogar ein wenig herabsetzen könnte. Zum Beispiel auf 100 oder man könnte theoretisch auch 50 oder 30 machen. Und zwar ist unsere Überlegung natürlich ganz klar die, dass, sagen wir mal, Ausländerinnen und Ausländer, die schon lange hier sind und auch gut integriert sind, dass die natürlich zum Teil dann natürlich auch politische Anliegen unterstützen können, die uns von der SVP zum Beispiel sehr wichtig oder zentral sind, wie zum Beispiel die Bekämpfung von Blauen Zonen, die ihr da immer mehr abbauen wollt. Da stellen wir zum Beispiel von der Seite der SVP fest, dass gerade die Migrantinnen und Migranten zum Teil nicht sehr zufrieden sind, dass da immer mehr abgebaut wird. Oder auch zum Beispiel bei den "Familiengärtelern" ist es natürlich so, dass darunter viele, das weiss ich aus eigener Erfahrung, dass da natürlich viele Ausländerinnen und Ausländer sind. Was uns nicht passt an diesem Vorstoss oder nicht gefällt, ist natürlich, dass man jetzt hier noch auf weitere Bevölkerungsgruppen ausdehnt, und zwar auf Status S oder natürlich auch auf Status N. Das sind eigentlich Leute, die vorläufig bei uns sind. Vorläufig, bei denen man eigentlich nicht davon ausgeht, dass sie nachher immer bei uns leben, sondern beim Status S ist es ja klar, dass sie, sobald der Krieg in der Ukraine eigentlich zu Ende ist, was hoffentlich in der nächsten Zeit passiert, im Grossen und Ganzen dann auch wieder zurückmüssen. Oder beim Status N ist es ja so, dass die Flüchtlinge nicht anerkannt sind, zum Teil einfach ein Duldungsrecht haben. Und solchen Leuten natürlich nachher auch gerade eine Partizipation geben, eine demokratische, finden wir doch ein bisschen übertrieben und deswegen lehnen wir doch den Vorstoss ab.

Präsident: Merci, Bernhard. Dann hat für die Fraktion SP/JUSO das Wort, Sofia Fisch.

Sofia Fisch (JUSO) für die Fraktion: Ich kann es kurzmachen. Die SP/Juso-Fraktion dankt den Einreichenden für die Motion und begrüsst auch die Antwort des Gemeinderats sehr. Wir setzen uns ein für eine lebendige, offene Stadt, in der sich alle Menschen, die sich hier aufhalten, mitgestalten und mitbestimmen können. Mit der Annahme dieser

Motion machen wir einen wichtigen Schritt in diese Richtung und können Menschen einen Weg bieten, mitzubestimmen, was sie sonst in diesem Kanton eigentlich überhaupt nicht können. Auch die Stossrichtung des Gemeinderates, die Partizipationsmotion auszuweiten und zum Beispiel auch Sans-Papiers miteinzubeziehen, finde ich extrem wichtig und unterstütze das. Die vorliegende Motion wird aber vor allem auf Stadtebene eine wichtige Ausweitung von Mitwirkung für Menschen ohne Schweizer Pass bedeuten. Hier begrüssen wir auch die Herabsetzung der benötigten Unterschriften für eine Partizipationsmotion. Die SP/JUSO-Fraktion wird die Motion selbstverständlich annehmen und wir unterstützen, wie gesagt, auch das, was der Gemeinderat bei der Ausweitung von den von ihm ausgeführten Punkten aufgenommen hat. Vielen Dank.

Präsident: Merci, Sofia. Dann hat als nächstes das Wort für die Fraktion Mitte, Michelle Steinemann.

Michelle Steinemann (Mitte) für die Fraktion: Die Motion zum Partizipationsreglement hat im Kern zwei Punkte. Das eine ist die Erweiterung des berechtigten Kreises und das zweite die Senkung des Quorums. Es ist so, dass eine gültige Partizipationsmotion zwei Effekte auslöst. Zum einen muss der Stadtrat eine Partizipationsmotion analog zu einer Motion eines Ratsmitglieds behandeln. Der zweite ist, dass der Erstunterzeichnende die Motion vor dem Stadtrat begründen kann. Heute ist es so, dass man mit 18, wenn man drei Monate in Bern lebt und entweder eine Niederlassungsbewilligung C, Aufenthaltsbewilligung B hat oder vorläufig aufgenommen ist, ein F, eine Partizipationsmotion einreichen kann. Anerkannte Flüchtlinge haben ein B oder später dann ein C. Personen mit Asylausschlussgründen, die aber in der Schweiz bleiben dürfen, dabei handelt es sich um Personen, die durch die Flucht erst verfolgt werden in ihrem Heimatland oder die Ausweisung nicht möglich ist, haben einen Ausweis F. Für die zwei Personengruppen ist es bereits jetzt möglich, eine Partizipationsmotion einzureichen. Für Personen mit dem Ausländerausweis N, das sind Personen im Asylverfahren oder die anderen Personen, die einen Status S haben. Es gibt aber auch noch eine Petition. Zur Erinnerung: Dort kann jede Person unabhängig von Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Wohnort eine Petition einreichen. Im Prinzip auch ein Ausländer aus dem Ausland dürfte sie bei uns einreichen. Jetzt zum ersten Punkt, Erweiterung des Berechtigungskreises: Aus unserer Sicht ist ein entscheidendes Kriterium, dass wer an politischen Prozessen in Bern mitwirken will, mittel- oder langfristig auch das Interesse daran haben sollte, was daraus für Resultate geworden sind. Die jetzige Regelung deckt das ab, die neue Regelung wird das nicht abdecken. Und das gilt übrigens auch für Schweizer*innen. Man muss in Bern wohnhaft sein, um an politischen Prozessen auf Gemeindeebene mitwirken zu können. Wer einen Ausweis N hat, ist noch im laufenden Verfahren. Und wenn das angenommen wird, dann wären sie auch berechtigt, eine Motion einzureichen. Und alle Personen mit einem Ausweis S, das können auch sehr kurzfristige, hoffentlich immer kürzere Situationen sein, eben jetzt zum Beispiel mit dem Ukraine-Krieg. Und dann noch kurz zum zweiten Punkt, zum Quorum: Zur Herabsetzung sind wir der Meinung, dass das nichts nützt. In den letzten acht Jahren sind vier Partizipationsmotionen eingereicht worden, die letzte im Jahr 2022. Die jetzige Regelung ist gut, so wie sie ist, und darum lehnt die Fraktion Mitte die Motion ab. Danke.

Präsident: Vielen Dank. Dann hat das Wort für die Fraktion GB/JA!, Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Die vorliegende Motion möchte die Möglichkeit der politischen Partizipation ausweiten. Die GB/JA!-Fraktion teilt das Anliegen und

stimmt dieser Motion selbstverständlich zu. Uns ist allen bewusst, dass die politische Partizipation auf verschiedenen Ebenen stattfindet. Einerseits haben wir Vereine, Organisationen, häufig sehr niederschwellig, nahe an der Basis, wo alle mitmachen können. Dann schon etwas höherschwellig haben wir Parteien, Quartierkommissionen, Vernehmlassungen, auch Petitionen zum Beispiel, wo zwar alle formell dabei sein können, aber dennoch durch die Höherschwelligkeit nicht allen gleich zugänglich sind. Und schliesslich haben wir die institutionalisierte Politik, zum Beispiel ein Parlament oder eine Volksabstimmung, die heutzutage immer noch ein Viertel der Bevölkerung kategorisch ausschliesst. Es gibt zum Glück Initiativen wie die Demokratieinitiative oder hoffentlich auch bald ein Einwohner*innen-Stimmrecht auf kommunaler Ebene. Aber bis dahin ist die Partizipationsmotion das Instrument, um Teilhabe an der institutionalisierten Politik für alle Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Bern zu ermöglichen. Die vorliegende Motion schlägt darum vor, das Instrument zugänglicher zu machen, und zwar mit zwei konkreten Vorschlägen. Einerseits indem, dass der Kreis von Personen erweitert wird, die von der Partizipationsmotion Gebrauch machen können, und zwar auf Personen mit Schutzstatus S, also Geflüchteten aus der Ukraine, und Aufenthaltsstatus N, also Asylsuchende. Und zweitens, indem die Anzahl benötigter Unterschriften für eine Partizipationsmotion von 200 auf 100 gesenkt wird. In der Antwort bekräftigt der Gemeinderat das Anliegen der Motion und schlägt vor, im neuen Partizipationsreglement sogar noch über die Forderung der Motion hinauszugehen. Er will das Instrument der Partizipationsmotion weiteren Personengruppen zugänglich machen und Die GB/JA!-Fraktion begrüsst diese Absicht, weil das politische System davon lebt, dass möglichst viele Personen daran teilhaben können. Die reglementarische Grundlage zur Erweiterung der politischen Partizipation ist aber nur eine Grundlage. Damit das Instrument von der neuen Zielgruppe auch genutzt werden kann, braucht es weitere Massnahmen. Denn es ist nicht selbstverständlich, ein motionstaugliches Anliegen zu identifizieren, einen Text zu formulieren, die nötigen Unterschriften zu sammeln, das Anliegen im Stadtrat zu vertreten, politische Allianzen zu schmieden usw. All das ist eine Frage der Erfahrung, der Übung, der Bildung, der Netzwerke oder wie es auch Matteo am Anfang gesagt hat, eine Frage des sozialen Kapitals. Es ist darum wichtig, dass die Erweiterung des Partizipationsreglements mit entsprechenden Massnahmen begleitet wird. Dazu gehören zum Beispiel die proaktive Kommunikation zu diesem Instrument in möglichst vielen Sprachen, die politische Wissensvermittlung und Sensibilisierung, Angebote für Vernetzung und Austausch und Unterstützung in der politischen Arbeit. Merci all denen, die diese Arbeit leisten und merci allen hier, die die Motion unterstützen. Danke.

Präsident: Merci vielmals. Dann für die Fraktion FDP, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP lehnt die Motion von AL/PdA ab. Wir begrüssen zwar, dass die Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern im politischen Prozess gefördert werden soll. Wir sind aber der Ansicht, dass die Partizipationsmöglichkeiten bereits jetzt grosszügig und ausreichend sind. Zudem sind wir der Ansicht, dass es für eine politische Partizipation zwingend auch eine Integration und Akzeptanz der hiesigen Werte und des Kulturkantons braucht. Die Asylstatus S und N sind vorläufige und vorübergehende Status, bei denen noch nicht klar ist, ob diese Leute auch längerfristig in der Schweiz bleiben können oder hier leben wollen. Wir erachten es, darum, nicht als zielführend, Personen im hängigen Verfahren bereits Mitwirkungsrechte zu gewähren. Ebenfalls finden wir die Halbierung des Quorums nicht zielführend. Fazit, das aktuelle Partizipationsreglement ist ausreichend. Eine weitere

Ausweitung erachten wir nicht als zielführend und nicht verhältnismässig. Wir lehnen darum das Geschäft ab. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsident: Merci vielmals. Gibt es zu diesem Geschäft noch Einzelvoten? Das ist nicht der Fall. Dann hat für den Gemeinderat das Wort Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg, Direktorin BSS: Ja, wir haben es schon gehört, das Partizipationsreglement, das geht zurück auf einen Vorstoss im Stadtrat von 2011 und ist seit dem 1. November 2016 in Kraft. Und das Reglement regelt die Einzelheiten dieser Partizipationsmotion, über die wir jetzt diskutieren. Die Möglichkeit, mit einem eigenen Vorstoss direkt an den Stadtrat zu gelangen, das ist ein Partizipationsinstrument, das weit mehr als einfach nur eine symbolische Bedeutung hat. Es ermöglicht nicht stimmberechtigen volljährigen Berner*innen Prozesse und Diskussionen anzustossen, die die Stadtpolitik beeinflussen und bei denen vielleicht auch die Stadtpolitiker*innen den einen oder anderen weissen Fleck haben und selber eben nicht auf diese Ideen kommen. Seit der Einführung sind vier Partizipationsmotionen eingereicht worden. Zum Beispiel eine, die gefordert hat, dass die Information der Stadt auch in kurdischer Sprache, also alle Informationen, zur Verfügung gestellt werden sollen. Oder auch eine, die die Förderung der Berufstätigkeit von Bernerinnen mit Migrationsbiografie verlangt. Der Gemeinderat unterstützt die Stossrichtung der Motionär*innen, das Instrument der Partizipationsmotion für weitere Personengruppen zu öffnen. Denkbar sind für uns neben der erwähnten Personengruppe mit Ausweis S, also Ukrainer*innen mit Schutzstatus S, eben auch Menschen, die einen Aufenthaltsstatus mit einem Ausweis N, also Asylsuchende, haben. Und wir können eben auch noch an weitere denken, wie zum Beispiel Sans-Papiers. Vielleicht kurz, Bernhard, dein Argument, dass Leute, die mit diesem Status bei uns leben, dass sie gleich wieder zurückgehen, das verfängt meines Erachtens nicht. Es ist eine Tatsache, dass viele von diesen Menschen mit diesen Aufenthaltsstatus sehr, sehr lange mit uns zusammen in dieser Stadt leben. Und darum finde ich es durchaus auch legitim, dass wir auch diesen Menschen ein bisschen Beteiligung zugestehen dürfen. Abgesehen davon verfängt das Argument vor allem auch nicht, weil es sehr, sehr viele Menschen gibt, die in der Stadt Bern sind und einen Schweizer Pass haben. Die können hierhin zügeln, die können irgendwelche Initiativen unterschreiben, sie können sich sogar wählen lassen und nach zwei Jahren wieder wegzügeln und ihr demokratisches Recht in der nächsten Stadt wieder wahrnehmen. Der Gemeinderat würde darum im Rahmen von weiteren Abklärungen gerne prüfen, auf welche Personengruppen man das Instrument noch ausweiten könnte.
Wir sind auch mit den Motionär*innen einverstanden, die Zahl der erforderlichen Unterschriften für das Instrument zu senken. Wir würden uns, wie beschrieben, bei der Festlegung dieser Anzahl der Unterschriften an Bestimmungen von anderen Gemeinden mit vergleichbaren Instrumenten orientieren und würden euch gerne eine Reglementsanpassung unterbreiten. Vielleicht noch ein Hinweis, jetzt könnten kritische Stimmen noch darauf hinweisen, dass ja auf kantonaler Ebene eben bald ein fakultatives Einwohner*innenstimmrecht auf Gemeindeebene eingeführt werden könnte. Das ist ja bis anhin im Kanton Bern verboten für Gemeinden. Letzten Herbst hat der Grosse Rat aber beschlossen und den Regierungsrat beauftragt, dass man das Verbot aufheben sollte. Der Regierungsrat ist jetzt gefordert, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten und falls das realisiert wird, dann könnte das Instrument, über das wir heute Abend sprechen, obsolet werden. Es handelt sich aber dabei um eine Änderung der Kantonsverfassung. Das heisst, alle Stimmberechtigten im Kanton Bern werden darüber entscheiden. Und das wissen wir alle, das wird wahrscheinlich eine schwierige Abstimmung mit

unklarem Ausgang. Und es ist auch unklar, wie das Einwohner*innenstimmrecht konkret ausgestaltet wird und für welche Personengruppen es dann wirklich gelten wird. Ich hoffe darum sehr, dass das fakultative Einwohner*innen-Stimmrecht auf kantonaler Ebene wirklich aber auch kommt. Ich glaube, da helfen dann vielleicht auch viele hier drinnen mit, falls es dann mal zu einem Abstimmungskampf kommt. Denn wir wissen alle, das Demokratiedefizit in der Schweiz, aber auch bei uns in der Stadt Bern, das ist viel zu gross und das wird immer grösser.
Ein Viertel der Berner*innen ist von den institutionellen politischen Prozessen ausgeschlossen. Das heisst sie dürfen nicht mitbestimmen, wie ihre Steuergelder verwendet werden. Und sie dürfen nicht mitbestimmen, was zum Beispiel wir hier drinnen alles Gutes oder nicht so Gutes miteinander am Verhandeln sind. Und vielleicht noch ein wichtiger Punkt. Es ist auch für uns als Stadt und für uns Politiker*innen, die eben institutionell eingebunden sind und Entscheidungen treffen müssen, die sich an den Bedürfnissen der ganzen Bevölkerung orientieren sollten, auch aufwendiger, wenn wir nicht Instrumente haben, um eben die Meinungen auch abzuholen von Leuten, die eben ausgeschlossen sind aus dieser institutionellen Mitbestimmung. Es ist wichtig, dass wir solche Instrumente haben, damit wir eben wirklich unsere Stadtentwicklung auch bedürfnisgerecht gestalten können. Darum sollte man jetzt auch unabhängig von dieser kantonalen Entwicklung natürlich laufend dran sein, unsere Instrumente und Prozesse möglichst partizipativ ausgestaltet zu überprüfen und immer wieder zu optimieren. Und die Motion gibt einen sehr guten Anstoss dazu. Vielen Dank im Namen des Gemeinderats für die Motion und wir beantragen euch, die Motion als erheblich zu erklären.

Präsident: Merci vielmals, Ursina. Wir kommen somit zur Abstimmung über die Motion. Wer die erheblich erklären möchte, drückt grün. Wer sie ablehnt, drückt rot.

Abstimmung Nr. 022

2023.SR.0232: Erheblicherklärung	
Annahme	
Ja	42
Nein	17
Enthalten	4

Präsident: Die Motion ist erheblich erklärt. Somit wird das Traktandum beendet. Jetzt ist es so: Wir sind dieses Jahr schon an zwei Sitzungen in die Verlängerung gegangen. Dann ist Thomas Glauser zu mir gekommen und hat gesagt, du kannst aber auch mal früher aufhören. Es ist 22.20 Uhr, wir könnten jetzt noch etwas anfangen, würden das aber dann halt erst in vier Wochen abschliessen können. Darum erlaube ich mir, die Sitzung heute ausnahmsweise etwas früher zu beenden. Ich mache aber noch drei Bemerkungen, die wichtig sind. Die erste ist ein Anliegen von Ueli Jaisli. Ihr habt heute per Mail nochmal einen Reminder bekommen. Am Samstag ist der Schneesporttag des Parlaments. Ueli legt Wert darauf, dass ich euch informiere, dass Top-Bedingungen herrschen, sowohl in Bezug auf die Schneeverhältnisse als auch auf das Wetter. Ihr habt alle Informationen auf dem Mail. Der Treffpunkt ist um 8.20 Uhr in Bern am Bahnhof. Dann geht ihr zusammen auf einen Zug Richtung Saanenmöser. Die zweite Bemerkung, die ich noch machen möchte, ist, wir haben auch heute mehr Vorstösse abgearbeitet, als neu eingereicht wurden. Wir sind also weiterhin auf einem sehr guten

Weg. Die dritte Bemerkung, die ich mir wirklich nicht verkneifen kann, obwohl es vielleicht nicht ganz so professionell ist, YB ist noch zwei Minuten vom Cup-Halbfinal entfernt. Ich wünsche euch einen schönen Abend und bis in 14 Tagen.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden
Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:
Traktandum: 17 | 2024.SR.0075 Interfraktionelle Motion GLP/JGLP/EVP, Mitte, FDP/JF, SP/JUSO, GB/JA! (Maurice Lindgren, GLP/Bettina Jans-Troxler/Debora Alder-Gasser, EVP/Milena Daphinoff, Mitte/Simone Richner, FDP/Bernadette Häfliger, SP/Franziska Geiser, GB/Francesca Chukwunyere/Matthias Humbel, GFL): Bekämpfung von Antisemitismus – insbesondere an Berner Schulen
Traktandum: 18 | 2024.SR.0068 Motion Milena Daphinoff (Mitte)/Simone Richner (FDP)/Maurice Lindgren (GLP)/Bernadette Häfliger (SP)/Janosch Weyermann (SVP): Klare Kriterien für die Auftragsvergabe von städtischen Bildungsaufträgen
Traktandum: 19 | 2024.SR.0055 Postulat Simone Richner (FDP)/Milena Daphinoff (Mitte)/Bernadette Häfliger (SP)/Maurice Lindgren (GLP): Bildung mit Integrität: Standards und Transparenz bei externen Bildungsanbietern
Traktandum: 20 | 2024.SR.0064 Motion Emanuel Amrein/Bernadette Häfliger/Johannes Wartenweiler (SP)/Francesca Chukwunyere (GFL)/Milena Daphinoff (Mitte): Eine zentrale Produktion der Mahlzeiten für die Betreuungseinrichtungen
Traktandum: 21 | 2024.SR.0119 Motion Fraktion GB/JA! (Sarah Rubin/Ursina Anderegg, GB/Anna Jegher, JA!)/Sofia Fisch (JUSO): Aktionstage Behindertenrechte – und die Stadt Bern zieht mit!Traktandum: 22 | 2024.SR.0120Motion Fraktion GB/JA! (Sarah Rubin/Ursina Anderegg, GB/Anna Jegher, JA!)/Sofia Fisch (JUSO): Massnahmen für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen – Grundrechte sicherstellen!
Traktandum: 23 | 2024.SR.0121 Interfraktionelle Motion GB/JA!, GLP/JGLP/EVP (Sarah Rubin/ Ursina Anderegg, GB/Anna Jegher, JA!/Bettina Jans-Troxler, EVP)/Sofia Fisch (JUSO): Expertise von Menschen mit Behinderungen abholen
Traktandum: 24 | 2023.SR.0168 Interfraktionelles Postulat GB/JA, SP/JUSO, AL/PdA, GFL/EVP (Anna Leissing, GB/Nora Joos, JA!/Barbara Keller, SP/Sofia Fisch, JUSO/David Böhner, AL/Matteo Micelli, PdA/Tanja Miljanovic, GFL/Judith Schenk, GLP): Keine unterirdischen Asylunterkünfte!

Eingereichte Vorstösse
Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:
https://stadtrat.bern.ch/de/aktuelles/meldungen/Vorstoesse-und-GRSR-Revisionen/8703952582.php

2025.SR.0049 | Interpellation | Eingereicht – Interpellation: RecyBag – Ökobilanz der Plastiksammlung, Kosten für die Stadt Bern und Vereinbarkeit mit städtischen Zielen?

2025.SR.0051 | Interpellation | Eingereicht – Interpellation: Kulturkommission Bern – Transparenz, Fairness und Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Hatespeech Fragen

2025.SR.0052 | Motion | Eingereicht – Motion: Lärm, Stress und Schadstoffe reduzieren: Einschränkung von Feuerwerk zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt

2025.SR.0053 | Postulat | Eingereicht – Dringliches Postulat: Einbahnsystem für Fussgängerinnen und Fussgänger auf der Kornhausbrücke während der Bauphase

2025.SR.0054 | Postulat | Eingereicht – Postulat: Zukunft des Gaswerkareals: Genossenschaftlicher Wohnraum und alternative Wohnformen gemeinsam denken

2025.SR.0055 | Interpellation | Eingereicht – Interpellation: Kritische Fragen zu den neusten Schildbürgerstreichen der Stadtverwaltung und Verkehrsplaner für die Verbesserung des Durchgangs für die Kehrichtabfuhr und für die Notfallfahrzeuge im unteren Kirchenfeld.

2025.SR.0056 | Postulat | Eingereicht – Postulat: Fraktion SVP (Glauser, Jaisli, Feuz): Prüfung der Aufhebung der Amtsdauerbeschränkung für Mitglieder des Stadtrates und des Gemeinderates: Änderung der Gemeindeordnung der Stadt Bern

2025.SR.0057 | Kleine Anfrage | Eingereicht – Kleine Anfrage: Streichelzoo Initiative und Einwendungen juristische Bedenken gegen die Zonenplanänderung Tierpark. Zieht der Gemeinderat Konsequenzen für die neue Planung?

Schluss der Sitzung: 22.22 Uhr.

Namens des Stadtrats

Der Präsident

06.05.2025

X

Signiert von: THOMAS CHRISTIAN BERGER

für das Protokoll

27.05.2025

X

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi